ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 14. Mai 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 10

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Räumliche Distanzierung während der Pressekonferenz, v.l.: Ehrenvorsitzender Peter Schmalz, Innenminister Joachim Herrmann und der Vorsitzende des Münchner Presseclubs, Dr. Uwe Brückner. ❐

Stabile Demokratie auch in Corona-Zeiten

Münchner PresseClub-Gespräch mit Innenminister Joachim Herrmann

Dank moderner Technik konnte der Münchner PresseClub seinen ersten Gast in Corona-Zeiten willkommen heißen: Innenminister Joachim Herrmann diskutierte mit ausgewählten Journalisten per Livestream über eine Fülle von Themen, die sich von Einschränkungen der Grundrechte und Grenzkontrollen über die kommunale Handlungsfähigkeit bis hin zu Neuerungen in der Straßenverkehrsordnung erstreckten. Das Gespräch moderierten PresseClub-Vorsitzender Dr. Uwe Brückner und Ehrenvorsitzender Peter Schmalz.

Mit Blick auf die Forderung aus Österreich zu Grenzöffnungen verwies Herrmann darauf, dass dies absolute Bundessache sei. Für zahlreiche Ausländer gelte ein Einreiseverbot. Zudem unterlägen deutsche Staatsangehörige unabhängig von einem konkreten Corona-Verdacht nach wie vor einer 14-tägigen Quarantäne, wenn sie aus dem Ausland zurückkommen.

Joachim Herrmann. ❐

Grenzkontrollen verlängert

„Ich will Österreich daran erinnern, dass es nicht ganz unbeteiligt daran war, dass Deutschland und speziell Bayern so stark betroffen ist. Niemand will Kontrollen für ewig“, unterstrich Herrmann. Wegen praktischer Erleichterungen stehe der Freistaat im ständigen Austausch mit dem Bund und den österreichischen Nachbarn. So sehr die Bayerische Staatsregierung aber auch ein Interesse an kurzfristigen Erleichterungen im nahen grenzüberschreitenden Verkehr und im Berufsverkehr habe, so sehr halte sie aber auch eine Fortsetzung der Grenzkontrollen, die bis zum 11. November verlängert wurden, zum jetzigen Zeitpunkt für unabdingbar. „Ich sehe nicht, dass wir in naher Zukunft auf Grenzkontrollen ganz verzichten können“, machte Herrmann deutlich. Im Übrigen habe auch Österreich die Gültigkeit der eigenen Grenzkontrollen weiter verlängert. „Dies zeigt, dass Deutschland hier beileibe keinen alleinigen Weg geht“, so der Innenminister.

Kommunen stark betroffen

Auch Städte, Gemeinden und Landkreise haben mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Landräte plädieren für Grenzöffnung

Gemeinsam mit den Landräten der Grenzlandkreise Lörrach, Waldshut, Schwarzwald-Baar, Bodenseekreis und Konstanz hat Lindaus Landrat Elmar Stegmann in einem Schreiben an Innenminister Seehofer dringend darum gebeten, „die Grenze wieder zu öffnen und im engen Austausch mit unseren Schweizer und österreichischen Freunden das Infektionsgeschehen niedrig zu halten. Dafür sind Grenzkontrollen und Einreiseverbote nicht erforderlich.“

„Hier in der Grenzregion stellen uns die geschlossenen Grenzen zur Schweiz und zu Österreich vor vielfältige Probleme“, heißt es in dem Schreiben. Zum einen würden sie der Lebenswirklichkeit der Menschen nicht gerecht, zum anderen seien die Regelungen des Bundes und der Länder bezogen auf den Grenzübertritt nicht ausreichend aufeinander abgestimmt.

Gleichzeitig sind aus Sicht der Landräte die Infektionsschutzregeln aufgrund des Corona-Virus in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland ähnlich, das Infektionsgeschehen sei nahezu identisch. „Die Inzidenz in den Schweizer Grenzkantonen zu Deutschland liegt unter der unserer Landkreise; dasselbe gilt für Österreich. Es ist also nicht nachvollziehbar, warum zum Beispiel ausgerechnet zwischen Konstanz und Kreuzlingen, dem deutschen und schweizerischen Laufenburg oder auch zwischen Lindau und Lochau eine erhöhte Ansteckungsgefahr gegeben sein soll im Vergleich zu rein innerdeutschen Nachbarorten bzw. benachbarten Landkreisen.“

Damit ist es nach Auffassung der Landkreischefs auch kaum vertretbar, die vom Bundesinnenministerium dargestellte rechtliche Grundlage für Einreisebeschränkungen anzuwenden: „Es herrscht eine Infektionslage, keine äußere Bedrohungslage. Im Übrigen bedeuten nach EU-Recht zulässige Kontrollen an der Grenze nicht Einreiseverbote.“

Die Akzeptanz der Corona-Regeln gehe allgemein zurück, wenn diese hinsichtlich ihrer infektionsschützenden Wirkung nicht unmittelbar einsichtig oder gar widersprüchlich sind, zeigen sich die Landräte überzeugt. Nur mit akzeptierten Regeln lasse sich die völlig richtige, langsame und schrittweise Öffnung durchhalten. **DK**

Deutscher und Bayerischer Städtetag:

Würdigung und Dank an Maly und Gribl

Als überzeugende und prägende Kommunalpolitiker haben Deutscher wie Bayerischer Städtetag die aus ihren Ämtern geschiedenen Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (Nürnberg) und Dr. Kurt Gribl (Augsburg) gewürdigt. Zudem wurde den beiden ehemaligen Rathauschefs für ihr unermüdliches und erfolgreiches Engagement an der Spitze der Kommunalverbände gedankt.

Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly war von 2013 bis 2015 Präsident und von 2015 bis 2019 Vizepräsident des Deutschen Städtetages. Dem Präsidium des kommunalen Spitzenverbandes gehörte er seit 2005 insgesamt 15 Jahre an, zwischen 2009 und 2013 war er einer der stellvertretenden Präsidenten. Sein Amt als Oberbürgermeister von Nürnberg hatte der Sozialdemokrat 18 Jahre, seit 2002, inne. Bei der Kommunalwahl im März war er nicht wieder angetreten. 2011 bis 2017 war Maly Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Seit 2002 war er dort bereits Mitglied im Vorstand.

Aus Sicht des Präsidenten des Deutschen Städtetages, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung, „war Uli Maly ein wirkmächtiger Präsident des Deutschen Städtetages, der mit viel Überzeugungskraft bundesweite Debatten zu städtischen Themen prägte. Mit Haltung und Klugheit setzte er Maßstäbe, auch in politisch außergewöhnlichen Zeiten. Während der Flüchtlingskrise waren ihm Humanität und Integration entscheidende Anliegen.“

Dr. Kurt Gribl. ❐

Dr. Ulrich Maly. ❐

Städte als Orte des Wandels

Mit Uli Maly habe ein Kommunalpolitiker die Bühne verlassen, der mit seiner Fähigkeit zuzuhören und komplexe Sachverhalte auf den Punkt zu bringen, die Herzen gewann. Er habe sich für Städte als Orte des Wandels sowie für Offenheit der Stadtgesellschaften als Treibstoff für Innovationen eingesetzt. Maly habe bundesweit hohe Anerkennung über Parteigrenzen hinweg genossen und erfolgreich für mehr Respekt von Bund und Ländern gegenüber den Städten gekämpft. „Er forderte immer eine Beteiligung der kommunalen Ebene auf Augenhöhe ein. Sein Ziel war eine starke kommunale Selbstverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger. Dafür hat er in seinen Ämtern wichtige Beiträge geleistet.“

Seine Amtszeit als Präsident des Deutschen Städtetages sei zudem geprägt gewesen durch den verstärkten Zuzug in die Städte und Wohnungsmangel, fuhr Jung fort. Maly habe sich engagiert für mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten eingesetzt, für mehr Neubau und eine Renaissance des sozialen Wohnungsbaus. „Sein Maßstab war Chancengerechtigkeit für die Bürgerinnen und Bürger.“

Danke für eine gute Zeit

„Es war eine Freude, mit Uli Maly im Verband zusammen zu arbeiten. Sattelfest in allen Themen, offen für neue Ideen, hatte er stets die große politische Linie, aber auch die nötigen Details im Blick. Streitbar, mit Haltung und Ziel, aber den Menschen mit Respekt begegnend und immer den Kompromiss suchend. Diese Mischung beeindruckt mich immer wieder. Und für den Deutschen Städtetag war sie ein unschätzbarer Gewinn. Danke für eine gute Zeit“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Nach überschaubar erfolgreichen Heimwerkerversuchen in Quarantänezeiten bat der Bürgermeister seine Vorzimmerperle um die Adresse eines guten Malers und eines geschickten Gärtners, die die Scharten seiner Selbstversuche wieder auswetzen sollen.
Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Zielgenaue Unterstützung für Kommunen. 2
Kommunales Ehrenamt bleibt attraktiv 2
Kommunalfinanzen sichern 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:
Corona bekämpfen – Kommunalpolitik stärken! 3
HSS: Jugendstudie Bayern 2019 3
ORH: Kritik am Umgang mit Haushaltsresten 4
Umwelt • Abfall . . . . . .6 - 8
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV • Straßenbeleuchtung . 9 - 11
Sicherheit • Katastrophenschutz 12
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Zielgenaue Unterstützung für Kommunen

Zwar herrschte im Innenausschuss des Bayerischen Landtags Einigkeit darüber, dass Kommunen Unterstützung benötigen. Doch der von der SPD geforderte Rettungsschirm für Kommunen wurde von den anderen Parteien – mit Ausnahme der Grünen – u.a. als Steuerverschwendung kritisiert und abgelehnt. CSU und Freie Wähler plädierten dafür, zunächst in den Kommunen zu prüfen, wo finanzielle Mittel zielgenau eingesetzt werden könnten.

Über das von der SPD in einem Antrag geforderte Nothilfeprogamm für Städte, Gemeinden und Landkreise – welches u.a. eine einmalige kommunale Kopfpauschale in Höhe von 100 Euro pro Einwohner vorgesehen hätte – diskutierten die Abgeordneten im Innenausschuss. Klaus Adelt (SPD) bezeichnete die Einwohner-Pauschale als leicht berechenbares und wirksames Mittel. Doch der Vorschlag wurde mehrheitlich als „Gießkannenprinzip“ kritisiert. „Wir müssen erst einmal prüfen, wo Schäden entstanden sind und geholfen werden muss. Ein Großteil der Kommunen hat den Haushaltsplan zwar aufgestellt, aber nicht alles lässt sich nach der Corona-Krise realisieren. Dadurch entstehen also auch Einsparungen. Eine Pauschale lehne ich generell ab, weil sowohl arme als auch reiche Kommunen davon profitieren würden, die eine solche Finanzspritze gar nicht nötig hätten“, sagte Joachim Hanisch (Freie Wähler).

Alexander Muthmann (FDP) warnte davor, dass der Staat allein alle finanziellen Einbußen ausgleichen müsse. „Wir stehen vor einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und jeder ist in der Pflicht Korrekturen anzubringen. Außerdem muss jedem klar sein, dass die Kommunen nicht in vollem Galopp weiterreiten können.“ Die Pauschale bezeichnete er als „übles Faul“. Sie mache keinen Sinn bei Kommunen, die hohe Rücklagen hätten, und sei daher eine Verschwendung von Steuergeldern. „Die Soforthilfen, wie sie beispielsweise an Kleinstunternehmer und Solo-Selbstständige ausgezahlt werden sind Hilfen, um diejenigen zu unterstützen, die von jetzt auf gleich keine Einnahmen mehr erzielen. Das ist bei den Kommunen schließlich nicht der Fall. Wir dürfen den Staat jetzt nicht mit zu hohen Erwartungen überfordern“, sagte er.

Zielgenaue Unterstützung

Dr. Martin Runge (Die Grünen) meinte jedoch, es sei an der Zeit den Kommunen ein deutliches Zeichen zu setzen. „Ich verwehre mich gegen die Kritik der „Gießkanne“. Wir müssen jetzt auf Sicht fahren“, sagte er. Dem stimmte Alfred Grob (CSU) zwar generell zu. „Doch um deutlicher auf Sicht fahren zu können, müssen zunächst die Haushaltspläne nachkorrigiert werden. Erst dann können wir die Kommunen zielgenau unterstützen. Wir sind alle kommunalpolitisch engagiert, deshalb sind Unterstützungen auch 100 Prozent politischer Wille. Aber jetzt ist es noch zu früh, mit Maßnahmen über die Lande zu ziehen“, sagte er. Dem pflichtete Hanisch bei: „Wir helfen, wo Hilfe nötig ist. Doch welche Maßnahmen wirklich sinnvoll sind, das ist jetzt noch nicht abzuschätzen.“ Die Sorge von Adelt teilte er nicht. Der SPD-Politiker fürchtete, dass Förderprogramme künftig zurückgefahren werden.

Landrat Josef Niedermaier (Freie Wähler) kündigte im Interview mit dem Merkur an, dass es ohne neue Schulden – ob für die Gemeinde, den Kreis oder beim Bezirk – nicht gehen werde, allein schon wegen der zunehmenden Sozialleistungen. „Der Landkreis hat es da wegen seiner Sandwichfunktion in der Mitte der kommunalen Ebenen am schwierigsten“, sagte er der Zeitung. Als Grund nannte er zum Beispiel, dass Schulen nicht geschlossen werden könnten und noch mehr Geld in die Digitalisierung investiert werden müsse. Auch im Krankenhauswesen reichen die finanziellen Mittel jetzt schon nicht. Doch der Landrat blickt trotz der immensen Herausforderungen optimistisch in die Zukunft. „Gott sei Dank haben wir uns durch einen konsequenten Schuldenabbau von über 40 Mio. Euro in den vergangenen Jahren Spielräume verschafft. Das hilft uns jetzt und gibt eine gewisse Sicherheit. Aber natürlich werden wir in Zukunft heftig diskutieren müssen, wo wir die Schwerpunkte setzen und auch Liebgewonnenes einsparen müssen.“ **red**

Hanns Seidel Stiftung
Institut für Politische Bildung
KOMMUNALPOLITISCHE LEITFÄDEN
Band 1 **(Grundlagen)**, Band 2 **(Baurecht)** und Band 3 **(Haushalt)** aktualisiert erschienen. Jetzt kostenfrei bestellen unter:
www.hss.de/kommunalpolitik oder
E-Mail **publikationen@hss.de**
▶ **Jetzt auch Webinare zur Kommunalpolitik!**
Hanns-Seidel-Stiftung | IPB
Lazarettstr. 33 | 80636 München
E-Mail: ipb@hss.de | www.hss.de

DSTGB fordert Sofortprogramm:

Kommunalfinanzen sichern!

Durch die Corona-Pandemie und der zu ihrer Eindämmung veranlassten staatlichen Regulierungsmaßnahmen steht Deutschland ein massiver kommunaler Finanzeinbruch in einem seit dem 2. Weltkrieg nicht erlebten Ausmaß bevor. Vor allem bei den gemeindlichen Gewerbesteuereinnahmen, die mit über 55 Milliarden Euro eine zentrale Finanzierungssäule der Kommunen sind, sind gravierende Ausfälle zu erwarten. „Schon bei der internationalen Finanzkrise 2008 waren die Gewerbesteuereinnahmen um 20 Prozent gesunken. In der Corona-Krise wird dieser Rückgang noch weit höher liegen“, stellt der DStGB fest.

Angesichts der momentanen Belastungen von Bund und Ländern fordern die Städte und Gemeinden die zeitnahe Einrichtung eines Sofortprogramms „Sicherung der Kommunalfinanzen in der Corona-Krise“ (Corona-Rettungsschirm für die Kommunen). In einem Sieben Punkte Papier hat der DStGB die Bestandteile, die ein derartiges Paket enthalten soll, zusammengefasst:

1. Haushalterische und mögliche finanzpolitische Maßnahmen in den Bundesländern zur Sicherstellung der kommunalen Liquidität und Handlungsfähigkeit. Die für den Finanzausgleich zur Verfügung stehende Verbundmasse muss gehalten werden.

2. Entlastung der kommunalen Haushalte von Sozialausgaben durch den Bund, vor allem durch Mehrübernahme von Kosten der Unterkunft und der Grundsicherung.

3. Erhalt und Stärkung der gemeindlichen Steuereinnahmen, gegebenenfalls durch Zuweisung zusätzlicher gemeindlicher Steueranteile

4. Entfristung und dauerhafte Ausstattung der vorhandenen Bundesfördermittel für kommunale Investitionen, zum Beispiel bei den Kommunalinvestitionsfonds oder für den Breitbandausbau. Erleichterungen bei der Mittelinanspruchnahme und Verausgabung (z. B. im Vergabe- und Beihilfenrecht), Ermöglichen einer 100 %-Vollfinanzierung ohne kommunalen Eigenanteil.

5. Einrichtung eines Finanzierungsinstruments „Sicherung der Kommunalfinanzen in der Corona-Krise“ durch den Bund und die Länder. Ein Konjunkturprogramm zur Wiederbelebung der Wirtschaft muss ein kommunales Kapitel mit einem dauerhaften kommunalen Investitionsvermögen umfassen.

6. Die Mittel aus einem Corona-Rettungsschirm für die Kommunen sollten insbesondere aufgewendet werden, um die coronabedingten finanziellen Ausfälle der Kommunen zu kompensieren und die Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge sowie der kommunalen Investitionen sicherzustellen. Diese werden unverzichtbar und ein Schlüsselelement sein, um in und nach Corona die Konjunktur zu stärken.

7. Gerade in und nach der Krise muss es beim Ziel der Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen und Kommunen des Landes bleiben.

Priorität des Gesundheits- und Lebensschutzes

Das weitere Szenario der Bekämpfung der Corona-Pandemie ist laut Deutschem Städte- und Gemeindebund ungewiss, ebenso die Länge und Intensität der Beschränkungen und Eindämmungsmaßnahmen. „Wir betonen ausdrücklich, dass die Städte und Gemeinden hinter der Priorität des Gesundheits- und Lebensschutzes stehen und diese vor Ort in einem enormen Engagement umsetzen. Dennoch müssen wir befürchten, allein in diesem Jahr 2020 einen kommunalen Finanzausfall in zweistelliger Milliardenhöhe wegen der Corona-Krise zu erleiden. Die Steuerschätzungen im Mai und August 2020 werden dazu weitere Zahlen bringen“, so der Verband.

Kurzfristige Maßnahmen der kommunalen Liquiditätssicherung würden durch die Länder getroffen – durch Haushaltserlasse, die z. B. Nachtragshaushalte und zulässige Verschuldung der Gemeinden betreffen. Kommunale Verschuldung könne möglich sein, um Liquidität sicherzustellen. „Ein stetiges Finanzierungsinstrument der Kommunen kann und darf sie aber nicht sein“, betont der DStGB. Immer mehr Kommunen verfügten bereits Haushaltssperren und werden Nachtragshaushalte aufstellen müssen. Mit einem massiven Einbruch kommunaler Investitionen sei zu rechnen.

„Nach unserer Einschätzung wird das Ausmaß des Konjunktur- und Steuereinbruchs wegen Corona in seiner Dimension aber ohne ein Engagement des Bundes auch unter dem Blickwinkel der gleichwertigen Lebensverhältnisse nicht beherrschbar sein“, führt der Deutsche Städte- und Gemeindebund aus. Die Rückzahlung der Wirtschaftshilfen durch Kredite werde die Gewerbesteuer zukünftig schwächen.

In einem ersten Schritt müsste deshalb gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen eine Bezifferung der Corona-bedingten kommunalen Mindereinnahmen und Mehrausgaben erfolgen, die Zahlen daraus laufend angepasst werden. Ein einzurichtender Bund-Länder-Finanzierungsfonds „Sicherung der Kommunalfinanzen in der Corona-Krise“ sollte leistungsstark in der Grundausstattung eingerichtet und in der Dynamik der zukünftigen Entwicklungen angepasst werden. Gerade jetzt müsse die öffentliche Hand stark sein und gesichert werden, um der Corona-Krise Herr zu werden. **DK**

Änderung des SGB IV:

Kommunales Ehrenamt bleibt attraktiv

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages hat die Beratungen des Siebten Gesetzes zur Änderung des SGB IV abgeschlossen. Die Koalitionspartner CDU/CSU und SPD verständigten sich u.a. auch darauf, die Ausnahmeregelungen, mit denen Aufwandsentschädigungen aus kommunalem Ehrenamt bei vorzeitigem Rentenbezug nicht zu einer Rentenkürzung führen, bis zum Jahr 2022 zu verlängern.

Wie der sozialpolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Stephan Stracke MdB, erläuterte, „steht die CSU hinter dem kommunalen Ehrenamt. Deshalb haben wir uns mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass die Aufwandsentschädigung für die Arbeit u.a. von ehrenamtlichen Bürgermeistern weiter rentenunschädlich bleibt. Am Ende waren wir erfolgreich: Die Ende September 2020 auslaufende Regelung wird um weitere zwei Jahre verlängert.“

Eine Arbeitsgruppe soll bis Ende 2020 eine abschließende Lösung erarbeiten. „Unser Ziel ist klar: Wir wollen eine Entfristung der Regelung und damit eine dauerhafte Freistellung der Aufwandsentschädigung des kommunalen Ehrenamts bei der gesetzlichen Rente“, stellte Stracke fest.

Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christian Haase, sprach von einem „wichtigen Signal an die ehrenamtlichen Amts- und Mandatsträger in den Kommunen, dass wir ihre Arbeit im Besonderen wertschätzen und das kommunale Ehrenamt nicht durch das Rentenrecht unattraktiv machen“.

Wie der zuständige Berichterstatter, Max Straubinger MdB, ausführte, „stärken wir daneben die betriebliche Altersversorgung, indem wir künftig auch pensionskassenbasierte Betriebsrenten über den Pensions-Sicherungs-Verein absichern. Auf diese Weise vermeiden wir, dass über die bisherigen Einzelfälle hinaus weitere Pensionskassen ihre Leistungen kürzen müssen. Gleichzeitig führen wir einen Schutz gegen Betriebsrentenkürzungen ein und setzen entsprechende Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs um.“

Beide Änderungen reihen sich ein in eine Vielzahl weiterer Neuregelungen: Von einem verbesserten sozialen Schutz von Auszubildenden im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialbereich bis hin zur Schaffung der Dienstherrnfähigkeit von gewerblichen Berufsgenossenschaften, damit sie im Hinblick auf die Schließung des Dienstordnungsrechts am Arbeitsmarkt weiter als konkurrenzfähiger Arbeitgeber attraktive Beschäftigungsbedingungen anbieten können. „Mit einem umfangreichen Änderungsantrag haben CDU/CSU und SPD den Regierungsentwurf substanziell verbessert. Wir sind mit dem Ergebnis sehr zufrieden“, betonten Stracke und Straubinger. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Gertrud Werner
91077 Kleinsendelbach
am 19.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Gottwald
97618 Unsleben
am 19.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Dr. Jürgen Ludwig
91506 Ansbach
am 15.5

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Die GlücksSpirale feiert Geburtstag:

50 Jahre Gewinn für die Menschen

1970 zur Finanzierung der Bauten für Olympia 1972 gegründet, ist die GlücksSpirale bis heute Geldgeber unzähliger weiterer Projekte für die Allgemeinheit. Über 2,2 Milliarden Euro flossen seit der ersten Ziehung am 25. April vor 50 Jahren in Wohlfahrt, Denkmalschutz und Sport.

In ihrer aktuellen Form bietet die GlücksSpirale jede Woche die Chance auf eine Rente von monatlich 10.000 Euro, 20 Jahre lang, und weitere Geldgewinne von bis zu 100.000 Euro. Mit der Zusatzlotterie „Die Sieger-Chance“ haben Spielteilnehmer die Chance auf eine Extra-Rente von 5.000 Euro monatlich – ab sofort für zehn Jahre. Außerdem gibt es Woche für Woche 3 x 1 Million Euro und 2 x 10.000 Euro zu gewinnen. Die öffentliche Ziehung der Gewinnzahlen erfolgt samstags bei Lotto Bayern in München.

Gewinnen können jedoch beileibe nicht nur die Spielteilnehmer – ca. 60 Millionen Euro fließen jährlich in zahlreiche Projekte, von denen die Allgemeinheit profitiert. Laut Friederike Sturm, Präsidentin von Lotto Bayern und Federführerin der GlücksSpirale im Deutschen Lotto- und Totoblock, „gingen an den Sport 770 Millionen Euro, die Wohlfahrt konnten wir mit 660 Millionen Euro unterstützen. Für den Denkmalschutz hat die GlücksSpirale 510 Millionen Euro bereitgestellt, für weitere gemeinnützige Projekte auf Länderebene 290 Millionen Euro.“

Um die Möglichkeiten ihrer individuellen Leistungssteigerung zu unterstützen, genießt die Förderung des Breitensports genauso hohe Priorität wie die Unterstützung der im Rampenlicht stehenden Spitzensportler. „Vom dörflichen Sportverein bis zu strahlenden Olympiasiegerinnen und -siegern hat die GlücksSpirale kleinen und großen Athleten dabei geholfen, Freude an gesunder Bewegung und sportlicher Leistung zu erfahren und ihren persönlichen Traum zu leben“, betont Alfons Hörmann, Präsident des DOSB.

Beitrag zu einem zukunftsfähigem Sozialstaat

Ziel aller Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände ist die Verbesserung von Lebenslagen. Mit engagiertem sozialpolitischem Handeln tragen sie dazu bei, dass der Sozialstaat zukunftsfähig bleibt. Die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege vertreten nach eigenen Angaben bundesweit über 90.000 Einrichtungen und Dienste mit über 1,3 Mio. Mitarbeitern und vielen ehrenamtlich Tätigen.

700 Hilfeberechtigte leben in der mit Zuschüssen der GlücksSpirale finanzierten Wohnanlage „Lindenhof“ in Herzogsägmühle im oberbayerischen Peiting. Das Wohndorf gehört zur Inneren Mission München der Diakonie München und Oberbayern. Nach den Worten von Gerda Hasselfeldt, Präsidentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, wurden seit 1976 mehr als 27.000 soziale Projekte in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege unterstützt. „Sie wären ohne dieses Geld so nicht möglich gewesen.“

Jedes Jahr öffnen rund 7.500 Denkmale in über 2.700 Kommunen am „Tag des offenen Denkmals“. Vielerorts werden Führungen angeboten. Für die Deutsche Stiftung Denkmalschutz ist dieser Tag Fest und Bestätigung zugleich. Schließlich bedarf es mühevoller Kleinarbeit, um eine große Zahl an Denkmalen zu erhalten. Das kostet Geld, will koordiniert und finanziert sein.

Die GlücksSpirale ist dabei ein unverzichtbarer Partner, wie folgendes Beispiel zeigt: Das Kloster Benediktbeuern ist eines der seltenen Beispiele einer noch fast völlig intakten barocken Großklosteranlage und damit von besonderer nationaler kultureller Bedeutung. Seit 2011 fördert die Deutsche Stiftung Denkmalschutz die Sanierung der Fassaden, Dächer und Fenster.

„Unsere Städte und Landschaften werden geprägt durch ihre Baudenkmale, die unser Umfeld unverwechselbar machen. Vielfach benötigen die engagierten Eigentümer Hilfe und Unterstützung bei der Bewahrung dieses kostbaren Erbes“, unterstreicht Dr. Steffen Skudelny, Vorstand Deutsche Stiftung Denkmalschutz. „Dank der Mittel der GlücksSpirale konnte die Deutsche Stiftung Denkmalschutz schon bei der Rettung vieler tausend Denkmale helfen. Sie bilden als spannende Wissensspeicher und Identifikationspunkte unser Geschenk an die Zukunft.“ **DK**

Befreiung der KZ Dachau und Flossenbürg:

Gedenken zum 75. Jahrestag

Vor 75 Jahren, im April 1945, marschierte die US-Armee in Bayern ein und beendete die Nazi-Herrschaft. Neben den symbolträchtigen Orten wie München, Nürnberg und den Obersalzberg befreiten die GIs unter großem Jubel auch die Konzentrationslager Flossenbürg und Dachau. In den beiden Konzentrationslagern hatten die Nationalsozialisten über 300.000 Menschen gefangen gehalten, über 70.000 Menschen starben.

Für den 75. Jahrestag hatten die beiden KZ-Gedenkstätten große Gedenkfeiern mit ehemaligen Häftlingen, ihren Familien und Befreiern geplant, die aufgrund der Corona-Pandemie ausfallen müssen. Sie sollen nun nächstes Jahr nachgeholt werden. Dagegen fand ein stilles Gedenken mit den obersten Repräsentanten des Freistaats, aber ohne Publikum, statt. Als Zeichen für Frieden und Freiheit, aber vor allem in Gedenken an die zahlreichen Opfer, die unter den Verbrechen der Nationalsozialisten gelitten haben, und gegen das Vergessen dieser schrecklichen Geschehnisse wurden bayernweit die öffentlichen Gebäude beflaggt.

Söder: Frühzeitig gegen rechtsextreme Tendenzen eintreten

Am 29. April 1945 wurde das Konzentrationslager in Dachau mit mehr als 32.000 überlebenden Gefangenen befreit. Dachau war das erste dauerhafte Lager und wurde im März 1933 in Betrieb genommen. Es galt als Modell für spätere Konzentrationslager. Bis 1945 waren hier mehr als 200.000 Menschen aus ganz Europa inhaftiert. Insgesamt starben im KZ Dachau nach Einschätzung von Historikern rund 41.500 Menschen.

Beim Gedenken an die Befreiung des Dachauer KZ forderte Ministerpräsident Markus Söder, frühzeitig gegen rechtsextreme Tendenzen einzutreten. Das Grauen des Nationalsozialismus habe mit vielen kleinen Schritten begonnen. „Es vollzog sich ganz leise und dann später mit einem großen Schlag, nur weil viele es unterschätzt und nicht wahrgenommen haben und weil viele der Meinung waren, so schlimm wird es schon nicht sein“, bemerkte Söder. Dachau sei eine Mahnung zum Einsatz gegen Hass, Fanatismus und Antisemitismus.

Aigner: Klares Bekenntnis zur Würde jedes Menschen

„Wir halten das Gedenken an das Leid der Opfer in Ehren: mit einem klaren Bekenntnis zur Würde eines jeden einzelnen Menschen“, unterstrich Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Mit Blick auf aktuelle Entwicklungen betonte sie, es sei nun an der Zeit, das Versprechen „Nie wieder!“ zu erneuern: „Wir müssen den Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit noch entschlossener führen – auf den Straßen, an den Stammtischen, auf den Sportplätzen und auch in Parlamenten – überall, wo uns Hass begegnet.“

Freller: Lernort für die Zukunft

„Aus dem Gedenken an die Opfer muss stets die Warnung wachsen, dass es nie mehr Opfer, aber auch nie mehr Täter geben darf“, stellte der Direktor der Stiftung Bayerischer Gedenkstätten, MdL Karl Freller, fest. Damit sei die KZ-Gedenkstätte nicht nur ein selbstverständlicher Erinnerungsort, sondern vor allem ein unverzichtbarer Lernort für die Zukunft. Freller: „Die Warnung aus dem Gestern dient dem Frieden von morgen. Mehr denn je gilt es für unsere wehrhafte Demokratie, jeglicher Menschenverachtung, jeder Radikalisierung und dem Antisemitismus die Stirn zu bieten und erneut aufwachsendem Rechtsextremismus keine Chance zu lassen.“

In einer Videobotschaft erinnerte der Präsident des Comité International de Dachau, Jean-Michel Thomas, daran, wie schwierig es war, den Wunsch der Überlebenden, die Errichtung einer Gedenkstätte zu realisieren. „Die Weitergabe der Erinnerung ist zerbrechlich“, mahnte Thomas.

Singuläres Verbrechen in der Geschichte der Menschheit

„Was die US-Soldaten vor 75 Jahren auch in Flossenbürg vorfanden, war ein ungekanntes Ausmaß an Unmenschlichkeit – Zeugnisse eines bis heute singulären Verbrechens in der Geschichte der Menschheit. Was sie rochen, hörten und sahen, ging um die Welt und ist bis heute so unerträglich, dass es den menschlichen Verstand überfordert“, machte Landtagspräsidenten Aigner beim Gedenken in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg deutlich.

Am 23. April 1945 erreichten amerikanische Soldaten das Konzentrationslager Flossenbürg im Oberpfälzer Wald. Da die SS kurz zuvor das KZ evakuierte und rund 30.000 Häftlinge auf Todesmärsche schickte, konnten die US-Truppen das Stammlager kampflos einnehmen. 1.600 zurückgelassene Häftlinge wurden befreit. Zwischen 1938 und 1945 waren etwa 84.000 Männer und 16.000 Frauen aus über 30 Ländern im KZ Flossenbürg und seinen Außenlagern inhaftiert. **DK**

Präsentation der Hanns-Seidel-Stiftung:

Jugendstudie Bayern 2019

Ein Ausbau der Verkehrswege, ein besserer ÖPNV und Investitionen in die digitale Infrastruktur sind für junge Wähler zwischen 17 und 34 Jahren die wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben. Dies zeigen die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, die das Institut GMS Dr. Jung im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführt hat.

Nicht ganz unerwartet rangieren Verkehr und Infrastruktur mit dem Schwerpunkt Digitale Infrastruktur mit insgesamt 29 % der Nennungen auf Rang 1 der kommunalpolitischen Themen, wobei als Einzelaspekte der ÖPNV, der Neubau von Verkehrswegen und der Ausbau der digitalen Infrastruktur gleichgewichtig angesprochen werden.

Danach folgen Themen wie Klima/Umwelt/ Energie (17 %), Stadtplanung, Attraktivität, kulturelles Leben und Angebote (16 %), Soziales, Bildung und Gesundheit (14 %) sowie der auf kommunaler Ebene deutlich wichtigere Themenbereich Wohnungsnotstand/Mieten (12 %). Dahinter liegen mit einstelligen Nennungshäufigkeiten Themen wie Innere Sicherheit/Polizeipräsenz (9 %), verbesserte Bürgernähe und Arbeitsweise des Bürgermeisters (7 %) sowie Wirtschaft und finanzpolitische Aufgaben (6 %) auf kommunaler Ebene.

Relevanz von Verkehr und digitaler Infrastruktur sowie Klima und Umweltschutz

Die Differenzierung der genannten wichtigsten kommunalpolitischen Aufgaben nach Alter und Geschlecht belegt die überdurchschnittliche Relevanz des Themas Verkehr und digitale Infrastruktur sowie Klima und Umweltschutz für die 17- bis 24-Jährigen auch auf der kommunalen Ebene, die im Gegenzug allerdings deutlich seltener Innere Sicherheit und Polizeipräsenz sowie Bürgernähe und Neuausrichtung der Arbeitsweise des Bürgermeisters ansprechen. Damit unterscheiden sie sich deutlich von der zweitjüngsten Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen im Hinblick auf die unterdurchschnittliche Relevanz von kommunalpolitischen Aufgaben bezüglich Verkehr und Infrastruktur.

Signifikante Unterschiede treten zudem teilweise bei einer Differenzierung der Erwartungen und Forderungen an die Kommunalpolitik nach regionalen Kriterien und der politischen Ortsgröße auf. So spielen Verkehr und Infrastruktur im Gegensatz zur Oberpfalz und Niederbayern im Großraum München sowie in Städten über 500.000 Einwohner ungeachtet immer noch hoher Nennungshäufigkeiten von mehr als 20 % eine unterdurchschnittliche Rolle. Kommunalpolitische Aufgaben im Hinblick auf Klima- und Umweltschutz werden dagegen gerade im Großraum München und in Großstädten über 500.000 Einwohner besonders häufig angesprochen. Stadtplanung, kulturelles Leben und entsprechende Angebote sind in der Oberpfalz und Niederbayern sowie in kleinen Gemeinden unter 5.000 Einwohner besonders wichtig, während Soziales, Bildung und Gesundheit vor allem in Schwaben und in Städten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern angesprochen werden.

Wohnen, Bürgernähe und Neuausrichtung der Kommunalpolitik

Das Wohnungsthema ist in Großstädten über 500.000 Einwohner und insbesondere im Großraum München besonders relevant, dafür aber im Rest Oberbayerns, in Niederbayern, der Oberpfalz sowie kleineren Gemeinden bis zu 20.000 Einwohnern vergleichsweise unwichtig. Allerdings wird die Thematik auch bereits in Gemeinden von 20.000 Einwohnern an aufwärts überdurchschnittlich oft angesprochen. Weitere Themen wie Innere Sicherheit und Polizeipräsenz werden hingegen im Rest Oberbayerns sowie in Großstädten bis unter 500.000 Einwohner überdurchschnittlich oft genannt, während Bürgernähe und Neuausrichtung der Kommunalpolitik im Rest Oberbayerns sowie Wirtschaft und Finanzen ebenfalls in Großstädten unter 500.000 Einwohner vergleichsweise wichtiger zu sein scheinen.

Die Ergebnisse zu wichtigen Ereignissen und Themen, die die Wähler bewegen, sowie die daraus resultierende Umsetzung in entsprechende Forderungen an die Politik belegen, dass das stark emotionsbesetzte Thema Klima, Umwelt und Energie zumindest derzeit als existenziell im engeren Sinne des Wortes empfunden wird und deshalb die anderen, bisher im Vordergrund stehenden Ereignisse wie internationale Krisen, Migration, Flüchtlinge und Zuwanderung, aber auch sozial-, innen- und wirtschaftspolitische Ereignisse und Themen überlagert. Dies schließt jedoch nicht aus, dass andere, derzeit in den Hintergrund gedrängte Themen wieder an Relevanz gewinnen werden.

Mobilisierbarkeit der Wählerschaft

Die verschiedenen Einzelbefunde der Jugendstudie 2019 der Hanns-Seidel-Stiftung lassen laut GMS eine Reihe von Schlussfolgerungen für die Bevölkerung insgesamt und speziell für die jüngeren Altersgruppen zu. So ist die Stimmungslage in Deutschland aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen und der Dominanz des emotionsbeladenen, aller Wahrscheinlichkeit nach für längere Zeit aktuellen Themenbereichs Klimawandel, Umwelt und Energie emotionaler geworden und hat die Wählerschaft insgesamt leichter mobilisierbar und wahlbereit gemacht. Diese auch für die beiden jüngsten Wählergruppen feststellbare Entwicklung ändert jedoch nichts daran, dass Jung- und Erstwähler relativ gesehen noch vergleichsweise unsicher hinsichtlich der Wahlteilnahme und ihrer Wahlentscheidung bleiben.

Höhere Wahlbereitschaft und verändertes Wahlverhalten

Die durch höhere Wahlbereitschaft und verändertes Wahlverhalten erkennbare starke Politisierung der Wählerschaft in Bayern findet auch im starken Anstieg des politischen Interesses und beim veränderten Informationsverhalten über Politik ihre Entsprechung. Dessen ungeachtet sind die jüngeren Altersgruppen bezüglich der Intensität ihres politischen Interesses weiterhin etwas zurückhaltender und nutzen darüber hinaus in Verbindung mit der politischen Informationsgewinnung vergleichsweise wesentlich häufiger Online- und soziale Medien als Informationsquellen.

Bei der Kommunikation über Politik und bei der Bereitstellung von Informationen für die politische Meinungsbildung ist laut der Umfrage zu berücksichtigen, dass die traditionellen Medien und die interpersonale Kommunikation im Familienkreis sowie mit Freunden und Bekannten trotz unterdurchschnittlicher Nutzungsfrequenz bei den Jüngeren immer noch eine sehr wichtige Rolle spielen.

Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass die jüngeren Altersgruppen hinsichtlich der Bereitschaft zur Wahlteilnahme und ihrer Wahlentscheidung unverändert unsicherer sind als die höheren Altersgruppen, obwohl auch bei den Jüngeren politisches Interesse und Mobilisierbarkeit zugenommen haben.

Dessen ungeachtet müssen die politischen Parteien und somit auch die Parteienstiftungen die veränderten Rahmenbedingungen bei ihrer Kommunikation und der Vermittlung von Informationen über Politik beachten, wenn sie nicht den Kontakt zu den jüngeren, teilweise aber auch zu den Wählergruppen zwischen 35 und 59 Jahren verlieren wollen. Dies betrifft weniger die Inhalte bzw. kommunizierten Themen, sondern vor allem Kommunikationsstile sowie neue Angebote zur interaktiven Kommunikation oder Partizipation, zumal sich zunehmend mehr Menschen nach eigenen Angaben im bzw. über das Web sozial, gesellschaftlich und auch politisch engagieren.

Gezielt die Bürger erreichen

„Wir wollen die Ergebnisse nutzen, um die Bürger mit unserer politischen Bildungsarbeit regional und in den verschiedenen Altersgruppen noch gezielter zu erreichen“, macht HSS-Generalsekretär Oliver Jörg deutlich. Sehr erfreulich ist aus seiner Sicht auch das große, in der jüngeren Vergangenheit deutlich gestiegene Interesse an Politik und die grundsätzliche Bereitschaft, sich mit gesellschaftspolitischem Inhalt auseinanderzusetzen und auch zur Wahl zu gehen. **DK**

GZ KOLUMNE Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Krise ist die größte Herausforderung unserer Generation. Alle Lebensbereiche sind betroffen und mit den Auswirkungen werden wir noch sehr lange beschäftigt sein, gerade auch auf kommunaler Ebene.

Aus diesem Grund hat die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) ein Positionspapier ausgearbeitet, mit dem Ziel, die Kommunalpolitik in dieser schwierigen Zeit zu stärken. Denn eines ist klar: Die bayerischen Kommunen müssen dauerhaft leistungsfähig bleiben, um die großen Herausforderungen bewältigen zu können und in Summe letztendlich für gesellschaftliche Stabilität zu sorgen.

An erster Stelle aller Maßnahmen steht immer die Gesundheit unserer Bürgerinnen und

KPV positioniert sich:

Corona bekämpfen – Kommunalpolitik stärken!

Bürger. Wir müssen weiterhin alles tun, um ein weiteres Ausbreiten des Corona-Virus zu verhindern. Die regionalen Krankenhausstrukturen sowie eine flächendeckende ärztliche Versorgung sind gerade in diesen Zeiten von enormer Wichtigkeit. Ebenso hat sich die lokale Gesundheitsversorgung in der Krise bewährt und muss langfristig erhalten werden.

Auch die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen muss weiterhin gewährleistet sein. Fehlende Einnahmen, gesteigerte Kosten sowie Einbrüche bei der Gewerbe- und Einkommensteuer werden künftig zu einer deutlichen Mehrbelastung aller kommunalen Haushalte führen. Der Staat übernimmt bereits einen Großteil der entstehenden Kosten, doch dies reicht nicht aus. Weitere Programme und Maßnahmen für die Kommunen müssen folgen, damit die kommunale Daseinsvorsorge, Investitionen und wichtige Projekte sichergestellt sind.

Klar ist ebenso: Die bayerische Wirtschaftskraft muss weiterhin erhalten bleiben. Dafür ist eine baldmögliche Rückkehr zum regulären Arbeitsalltag für möglichst viele Menschen von zentraler Bedeutung und der Einkauf von regionalen Produkten stärkt die Wirtschaftskreisläufe vor Ort sowie unsere heimische Landwirtschaft und Umwelt vor unnötigen Belastungen. Regionale Wirtschaftskreisläufe gewährleisten so unsere Handlungsfähigkeit in der Krisenzeit. Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung und die Öffnung der Unternehmen sind vereinbar. Die Unternehmen haben bewiesen, dass sie den Gesundheitsschutz ernst nehmen und Hygienemaßnahmen umsetzen. Auch eine schrittweise Öffnung der Hotellerie- und Gastronomie ist in diesem Zusammenhang der richtige Weg.

Das veränderte Mobilitätsverhalten in der Corona-Krise hat gezeigt: Der Individualverkehr vor allem mit dem Auto (oder auch dem Rad) muss aufrecht erhalten werden. Denn der öffentliche Nahverkehr mit Bus und Bahn hat gerade in Zeiten potenzieller Infektionsgefahren durchaus entscheidende Nachteile.

Ein Punkt, der bereits kurz nach Bekanntwerden unserer Forderung weitgehend erfüllt wurde, betrifft die Gottesdienste. Gerade in Krisenzeiten sind diese ein Stabilitätsanker für die Gläubigen. Die Schutzkonzepte der Kirchen, die gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung ausgearbeitet wurden, werden erfolgreich umgesetzt.

Wichtig ist uns als KPV auch, dass Seniorenheime noch besondere Unterstützung bei der Einrichtung von Isolationsbereichen und bei der Schutzausrüstung bekommen. Zudem sollten wir hinsichtlich Kontaktmöglichkeiten der Bewohner zu Familienangehörigen alle aus Sicht des Gesundheitsschutzes vertretbaren Möglichkeiten ausschöpfen, auch auf digitaler Ebene.

Die vielen Maßnahmen und Einschränkungen des öffentlichen Lebens stellen unsere Gesellschaft vor eine große Herausforderung. Geduld und Durchhaltevermögen sind in dieser Zeit besonders gefragt, denn die Corona-Krise ist noch lange nicht ausgestanden. Unser gemeinsames Ziel sollte es deshalb sein, dass unsere Gesellschaft durch die neuen Erfahrungswerte letztendlich gestärkt aus der Krise hervorgeht.

Die KPV wird weiterhin ihren Beitrag zu einem aktiven Krisenmanagement der bayerischen Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke leisten und unsere kommunale Familie durch die Krise begleiten.

In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Ergänzungen zum ORH-Jahresbericht 2020:

Kritik an Umgang mit Haushaltsresten

Wegen der Corona-Krise hatte der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) Ende März lediglich einen knappen Bericht über das Prüfungsergebnis für das Haushaltsjahr 2018 vorgelegt. So sollte trotz der damaligen akuten Herausforderungen eine zeitgerechte Entlastung der Staatsregierung durch den Landtag ermöglicht werden. Mit einem Ergänzungsband hat der ORH nun auch 17 Einzelprüfungsergebnisse vorgelegt.

Deren Feststellungen und Würdigungen beziehen sich laut ORH-Präsident Christoph Hillenbrand noch auf die Lage vor der Pandemie. Seine Behörde habe bewusst von einer Aktualisierung der Prüfungen abgesehen, um den zuständigen obersten Staatsbehörden eine erneute Anhörung und den damit verbundenen zusätzlichen Aufwand zu ersparen.

Finanzpolitisch außergewöhnliche Lage

In dieser finanzpolitisch außergewöhnlichen Lage empfiehlt der ORH mehr denn je, die zur Krisenbewältigung erforderlichen Haushaltsmittel effizient einzusetzen und nicht nur über neue Kredite, sondern auch durch Umschichtungen und Einsparungen zu finanzieren. Auch sollten die bestehenden Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden. Dazu werden wieder konkrete Hinweise und Empfehlungen gegeben.

So hätte der Landtag zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten in Millionenhöhe für aktuelle Schwerpunkte, wenn das Finanzministerium Ausgabereste der Vorjahre nur noch strikt nach den geltenden Vorschriften in den folgenden Haushaltsplan übertragen würde. 2018 beliefen sich die Ausgabereste auf 7,3 Mrd. Euro, also 10,8 % des Gesamtsolls. Seit 2010 haben sie sich nahezu verdoppelt – für den ORH ein Hinweis, dass Haushaltsmittel zumindest früher nicht immer bedarfsgerecht veranschlagt wurden. Der Rechnungshof empfiehlt, Ausgabereste, wie in anderen Ländern, künftig zu kategorisieren, ob sie gesetzlich, rechtlich oder sonstig gebunden sind. Dies stärke das Budgetrecht des Landtags, da er über die Verwendung nicht übertragener Mittel im Regelfall neu entscheiden kann.

Gravierende Folgeschäden und finanzielle Nachteile

Wie der ORH zudem bemängelt, nehme die staatliche Bauverwaltung Bauleistungen oft nicht sorgfältig genug oder sogar ohne jede nähere Prüfung ab. Auch würden Verjährungsfristen nicht hinreichend überwacht; vor Ablauf der Verjährung werde zu oft nicht überprüft, ob noch Mängel vorliegen. Dem Freistaat drohten dadurch gravierende Folgeschäden und finanzielle Nachteile. Der ORH stellte dies fest, als er die Abnahme von knapp 2.000 Aufträgen im Hoch- und Straßenbau mit einer Schlussrechnungssumme von rund 438 Mio. Euro prüfte. Er unterbreitet deshalb eine Reihe von Vorschlägen, um das Abnahme- und Gewährleistungsmanagement zu verbessern und empfiehlt dem Bauministerium, sich der Sache anzunehmen.

Ein weiterer Kritikpunkt: Die jährlichen Software- und Lizenzkosten der Staatsverwaltung sind mittlerweile auf 175 Mio. Euro gestiegen. Die Staatsregierung habe keinen Überblick über den Einsatz und den Kostenanteil ihrer Softwarelizenzen. Dabei hätte der Ministerrat schon vor 14 Jahren beschlossen, ein zentrales Softwarevertrags- und Lizenzmanagement einzuführen. Der ORH empfiehlt dringend, dies nun endlich umzusetzen.

Videokonferenzanlagen besser nutzen

In der Staatsverwaltung gibt es bei 163 Dienststellen rund 250 Videokonferenzanlagen. Diese wurden laut Oberstem Rechnungshof trotz der bisherigen Behördenverlagerungen bis Ende 2018 durchschnittlich nur etwa viermal pro Monat genutzt. Angesichts der Corona-Pandemie sei eine übergreifende Kommunikationsstrategie, die auch Videokonferenzen einbezieht, mehr denn je erforderlich. Durch den verstärkten Einsatz von Videokonferenzen ließen sich auch Reisekosten und -zeiten einsparen sowie Umwelt und Klima schonen.

Wie der ORH weiter berichtet, verursachen Defizite bei der Erstellung und Auswertung von Kontrollmitteilungen jährlich Steuerausfallrisiken in zweistelliger Millionenhöhe. Bereits angesichts von fast 20 % nicht mehr auffindbarer Kontrollmitteilungen empfiehlt die Behörde, bestehende Mängel zeitnah zu beseitigen und zudem endlich ein IT-Verfahren einzuführen.

Illegale Beschäftigung im Baugewerbe eindämmen

Nicht hinnehmbar ist es für den ORH außerdem, dass sich die Steuerverwaltung bislang nicht ausreichend um den Steuerabzug bei Bauleistungen kümmerte, der illegale Beschäftigung im Baugewerbe eindämmen und Steueransprüche sichern soll. Die Finanzämter können auf Antrag in bestimmten Fällen von der Bauabzugsteuer freistellen. Vor allem dann, wenn sie diese sogenannten Freistellungsbescheinigungen zu Unrecht erteilen oder nicht rechtzeitig widerrufen, drohten erhebliche Steuerausfälle. Allein bei den vom ORH geprüften Finanzämtern betrugen die Steuerrückstände in Fällen mit Freistellungsbescheinigungen über 60 Mo. Euro.

Fehler bei der Festsetzung der Versorgungsbezüge

Nicht durchgreifend verbessert habe sich darüber hinaus die Situation bei der Festsetzung von Versorgungsbezügen. Das Finanzministerium habe seine Zusage, deren Qualität nachhaltig zu verbessern, nicht eingehalten. Erneut stellte der ORH beträchtliche Fehler fest, die sich über die Jahre zu Millionenbeträgen addieren können.

Seit zehn Jahren nicht beachtet werde außerdem der Landtagsbeschluss zur leistungsbezogenen Förderung nichtstaatlicher Theater. Derzeit erhalten die Theater eine Grundfinanzierung, die aber immerhin über 42 Mio. Euro pro Jahr ausmacht. Jetzt sollten endlich Ziele definiert werden, damit sich bessere Leistung auch lohnt, empfiehlt der ORH.

Zufrieden zeigte sich Präsident Hillenbrand mit der Reaktion der Bayerischen Staatsregierung auf den ersten Teil des diesjährigen Berichts, der Bedenken am geplanten BayernFonds- und Finanzagentur-Gesetz (BayFoG) geltend gemacht hatte. „Der Landtag stellt die zusätzlichen Mrd. im Haushalt jetzt klarer dar, die Übertragung von Kernaufgaben ist gesetzlich enger gefasst, und nötige Prüfungs- und Erhebungsrechte des Rechnungshofs sind gesichert. Das Parlament hat damit die Weichen in Richtung Vertrauen und Klarheit gestellt“, bilanzierte Hillenbrand.

20 Mrd. Euro neue Schulden und weitere 20 Mrd. Euro Schulden für den BayernFonds seien eingeplant, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen, fuhr der ORH-Präsident fort. Bayern nutze also die in der Verfassung verankerte Notfallklausel, die Ausnahmen von der Schuldenbremse erlaubt.

Dies präge den bayerischen Haushalt voraussichtlich für Jahrzehnte. Umso wichtiger sei nun Transparenz im Haushalt, aber auch, „dass die enormen Mittel wirtschaftlich und wirksam eingesetzt werden: zügig und zielgenau, ohne Mitnahmeeffekte, Doppelförderungen und mit ausreichender Vorsorge gegen Betrug“. **DK**

Stabile Demokratie auch ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Ein Großteil der Maßnahmen, die aktuell erforderlich sind, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, finden auf kommunaler Ebene statt. Minister Herrmann zufolge „haben wir uns auf erhebliche Steuerrückgänge einzustellen, die vielfach jetzt schon zu beobachten sind. Dies hängt von den Branchen ab, die in der einen oder anderen Kommune dominieren. Diese Steuerrückgänge werden Bund, Länder und Kommunen treffen.“

Rekordfinanzausgleich

Für Bayerns Kommunen sei heuer ein Rekordfinanzausgleich vereinbart worden, so Herrmann. „Obwohl auch bei uns die Steuereinnahmen erheblich sinken werden, nehmen wir die Krise nicht zum Anlass, Leistungen für die Kommunen zu kürzen.“ Finanzminister Albert Füracker habe bereits angekündigt, die Auszahlung von FAG-Mitteln teilweise zeitlich vorzuziehen. „Bereits in den nächsten Wochen werden Zahlungen geleistet, die ansonsten erst im Herbst oder Ende des Jahres erfolgen würden. Damit soll die Liquidität der Kommunen verbessert werden“, hob der Minister hervor.

Grundrechtseingriffe auf ein Minimum beschränken

Er stellte in diesem Zusammenhang aber auch klar, dass etwaige Steuerausfälle der Kommunen nicht nach Belieben von Land und Bund übernommen werden können. Diese Last müssten alle gemeinsam tragen. „Wie dies gestaltet wird, werden der Finanzminister und ich demnächst mit den Spitzen der bayerischen Kommunen erörtern“, betonte Herrmann und ergänzte: „Wir haben den Kommunen mehr Spielraum gegeben, um weitere Kassenkredite aufzunehmen. In vielen Fällen wird dieses Prozedere unvermeidlich sein, wenn die Ausgaben steigen und die Einnahmen gleichzeitig geringer ausfallen.“

Was den zeitweilig ungewöhnlichen Ausnahmezustand in Form massiver Grundrechtseingriffe anbelangt, stellte Herrmann fest: „Wir haben zu keinem Zeitpunkt unsere Demokratie außer Kraft gesetzt. Bürger konnten gegen Verordnungen klagen. Einige haben Recht bekommen, andere nicht.“ Klar sei, dass Grundrechtseingriffe generell immer auf ein Minimum beschränkt bleiben und beseitigt werden müssten, sobald sie nicht mehr dringend notwendig sind.

Voll funktionsfähiger Rechtsstaat

Da die Versammlungsfreiheit und die Religionsfreiheit zeitweise stark eingeschränkt waren, war es Herrmann wichtig, besonders diese Bereiche wieder zu lockern. „Mit diesem voll funktionsfähigen Rechtsstaat haben wir es geschafft, die Krise zu bewältigen – auch wenn wir noch nicht über den Berg sind. Wir haben es aber besser gemeistert als so mancher autoritär geführte Staat“, erklärte der Minister hervor und unterstrich: „Wir brauchen keine Diktatur auf Zeit, wie dies im alten Rom vorgesehen war. Wir brauchen keine autoritäreren, geschweige denn diktatorische Systeme, um mit einer solchen Krise fertig zu werden. Unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat hat die Probleme bewältigt – mit einer für den Grundkurs dieses Landes überwältigenden Zustimmung der Bevölkerung.“

Bundestag, Landtag und Kommunalparlamente arbeiten. „Darum war es mir auch so wichtig, dass die Kommunalwahlen in Bayern mit einer im Übrigen höheren Wahlbeteiligung stattgefunden haben“, erläuterte Herrmann. „Ansonsten wäre möglicherweise der Eindruck entstanden, man wolle die Demokratie pausieren lassen.“

Was den Kernbestand der Grundrechte anbelangt, geht der Minister davon aus, dass diese im Herbst weitestgehend gewährleistet sind. Dann stünde das Aufzeigen von Perspektiven auf der Agenda. Hier müsse die Politik glaubwürdige Antworten liefern.

Stichwort Maskenpflicht am Arbeitsplatz. Hier gibt es nach Herrmanns Auskunft „mit Ausnahme der Situation im Einzelhandel“ keine Vorgaben des Staates. Den Firmen sei die Entscheidung freigestellt. Gleiches gelte für den öffentlichen Dienst. Sowohl in Rathäusern als auch in Landratsämtern gebe es Abteilungen, die oftmals den ganzen Tag über keinen Bürgerkontakt haben, so dass es den Mitarbeitern freigestellt sei, einen Mund- und Nasenschutz zu tragen. Von einigen KFZ-Zulassungsstellen wisse er allerdings, dass dort zum gegenseitigen Schutz große Plexiglasplatten installiert wurden.

Mehr Schutz für Radfahrer

Mehr Sichtbarkeit und Schutz für Radfahrer ist das Kernstück der Novelle der Straßenverkehrs-Ordnung, die Ende April in Kraft trat. So muss etwa künftig beim Überholen von Fußgängern und Radfahrern zwingend ein Abstand von eineinhalb Metern, außerorts sogar von zwei Metern eingehalten werden. Aus Herrmanns Sicht ist dies durchaus notwendig. Schließlich stieg die Zahl der Rad-Unfälle und der verunglückten Radfahrer in den vergangenen zehn Jahren jeweils um gut 40 Prozent.

Daneben sieht die neue StVO auch verschärfte Rechtsfolgen für Autofahrer vor. Neben höheren Bußgeldern müssen Temposünder auch deutlich früher mit einem Fahrverbot rechnen. Ein Monat Fahrverbot wird innerorts bereits bei einer Überschreitung von 21 km/h verhängt. Außerorts greift das Fahrverbot von einem Monat ab einer Überschreitung von 26 km/h. Hier riet der Minister zu besonderer Vorsicht und erhöhter Aufmerksamkeit. **DK**

Würdigung und Dank ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Laut Bernd Buckenhofer, Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, „hat Ulrich Maly den Verband in der Öffentlichkeit geradezu verkörpert. Er hat unserem Bayerischen Städtetag wichtige Impulse gegeben, hat uns angeregt und weitergebracht: Mit Ideenreichtum konnte er prägnante Anregungen geben und im richtigen Moment die richtigen Fragen stellen.“ Mit Leidenschaft und Augenmaß habe Maly den Städtetag mit seinen vielfältigen Mitgliedern immer auf eine gute Kompromisslinie führen können, so Buckenhofer. Vorsitzende des Bayerischen Städtetags seien immer auch Hüter der Überparteilichkeit und geschickte Handwerker beim Schmieden von Kompromissen.

Mit seiner Ironie in Reden, mit bildhafter Sprache in Diskussionsbeiträgen, mit Geistesgegenwart und Schlagfertigkeit habe er immer begeistert. Maly verfüge über ein enormes Faktenwissen, auf das immer Verlass gewesen sei. „Und bei aller Theoriebegabung war er zugleich der zupackende Praktiker mit Bodenhaftung“, machte der Geschäftsführer deutlich.

Dr. Kurt Gribl wurde vom Deutschen Städtetag als „prägender Kommunalpolitiker, der sich fünf Jahre lang als stellvertretender Städtetagspräsident engagierte“, gewürdigt. Im Verband habe er sich aus Überzeugung und mit besonderem persönlichen Einsatz für die Interessen der Städte stark gemacht.

Gemeinsame Positionen über Parteigrenzen hinweg

„Dr. Kurt Gribl trug im Städtetag durch seine unaufgeregte und integrative Art maßgeblich dazu bei, gemeinsame Positionen der Städte über Parteigrenzen hinweg zu finden. Auch nach außen brachte er mit Geschick und persönlichem Charme kommunalen Sachverstand und praktische Expertise in viele Gesprächsrunden ein“, hob Städtetagschef Jung mit Blick auf Gribls Ausscheiden aus dem Amt als Oberbürgermeister und aus dem Präsidium des Deutschen Städtetages hervor.

Bei der Vertretung städtischer Interessen auf Bundesebene habe der CSU-Politiker 2017/2018 beispielsweise bei den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag mitgewirkt. „Dr. Kurt Gribl hat sich um die Solidargemeinschaft der Städte verdient gemacht. Sein Ziel war immer, der kommunalen Ebene Gestaltungsspielraum zu sichern“, so Jung abschließend. **DK**

Amtsantritt von 64 Landräten und Landrätinnen in Bayern

Der Deutsche Landkreistag hat seine Karte mit den Parteizugehörigkeiten der 294 Landräte und Landrätinnen nach den Kommunalwahlen in 64 von 71 bayerischen Landkreisen aktualisiert. Mit dem 1. Mai 2020 starten die gewählten bzw. im Amt bestätigten Landräte und Landrätinnen in die neue Amtsperiode.

Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke dazu: „Die Landratswahlen in Bayern vom März sind Grund genug für uns, unsere Karte neu aufzulegen. Bundesweit betrachtet ist es dabei nicht zu signifikanten Verschiebungen gekommen: Unverändert stellen CDU oder CSU in 167 Landkreisen den Landrat bzw. die Landrätin, was 57 % entspricht. 62 oder 21 % der Landkreise werden von sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamten geleitet.“

Insgesamt gehören die Landrätinnen und Landräte folgenden Parteien an: CDU: 114, CSU: 53, SPD: 62, parteilos: 41, Freie Wähler /FW LV Baden-Württemberg: 18, Die Linke: 4, Bündnis 90 / Die Grünen: 2.

Großer Vertrauensbeweis für amtierende Landräte

Die mit Spannung erwarteten Landratswahlen in Bayern hätten bei landesweit erhöhter Wahlbeteiligung zu einem großen Vertrauensbeweis für die amtierenden Landräte geführt, so der DLT-Hauptgeschäftsführer. Insgesamt seien 20 Personen neu ins Amt gekommen, die übrigen seien wiedergewählt worden.

Im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit neu gewählt worden seien acht Landräte, die alle der CSU angehören. Die Stichwahl am 29.3.2020 habe zudem unter bundesweit bisher einmaligen Bedingungen in der Zeit der Corona-Krise stattgefunden: Das Bayerische Infektionsschutzgesetz hatte vorgeschrieben, die Wahlen ausschließlich als Briefwahlen durchzuführen. Auch bei den Stichwahlen war die Wahlbeteiligung außerordentlich hoch.

Frauenanteil leicht gestiegen

„Von den sieben bisherigen Amtsinhabern, die in die Stichwahl mussten, setzten sich die fünf CSU-Kandidaten und ein Freier Wähler erneut durch, während der den Grünen angehörende Landrat des Landkreises Miesbach seinem CSU-Herausforderer unterlag, sodass es in Bayern künftig nur noch einen Landrat gibt, der den Grünen angehört, nämlich im Landkreis Miltenberg.“ Insgesamt seien zwölf neue Landräte in den Stichwahlen gewählt worden, von denen sieben der CSU und fünf den Freien Wählern angehören.

Der Frauenanteil konnte aufgrund der Stichwahlen von bisher fünf auf sieben und damit bundesweit auf 30 gesteigert werden. „Damit ist zumindest die 10-Prozent-Marke in Bayern fast erreicht und im Bundesgebiet sogar leicht überschritten“, so Henneke. ❐

Zusätzliche Hilfen für den Arbeitsmarkt

Bayern setzt bei der Bewältigung der Corona bedingten Herausforderungen für den Arbeitsmarkt neben bayerischen Finanzhilfen verstärkt auf den Europäischen Sozialfonds (ESF). Anlässlich des Europatags wies Bayerns Arbeitsministerin Carolina Trautner darauf hin, dass Europa sehr gut dabei unterstützen kann, den bayerischen Arbeitsmarkt wieder anzukurbeln: „Wir werden dieses und nächstes Jahr insgesamt 85 Millionen Euro ESF-Mittel für Qualifizierung und Ausbildung investieren. Die Europäische Union hat die Rahmenbedingungen für den Einsatz der europäischen Gelder verbessert und erweiterte Fördermöglichkeiten zur Bewältigung der Corona-Auswirkungen geschaffen. Damit werden wir Unternehmen und Beschäftigte in Bayern von den Kosten für Aus- und Weiterbildung erheblich entlasten. Die erweiterten Förderbedingungen bringen mehr Flexibilität für zukunftsfähige Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das ist genau das, was der Arbeitsmarkt in diesen außergewöhnlichen Zeiten braucht.“ ❐

Advertorial

Die regionale Energiewende im Blick

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft stellt sich vor

Jetzt beginnt sie – die neue Amtsperiode. Auf alle Kommunalvertreter stürmt derzeit vieles zu – besonders die Corona-Pandemie macht die Arbeit zu einer Herausforderung.

Um eines müssen sich die Kommunen keine Sorgen machen: die Energieversorgung durch die N-ERGIE Aktiengesellschaft. Denn das regionale Unternehmen kümmert sich – auch jetzt.

Über 100 Jahre Stromversorgung

Vor 100 Jahren schlossen das Fränkisches Überlandwerk (FÜW) und die EWAG viele Kommunen und die Stadt Nürnberg an das öffentliche Stromnetz an. Im Jahr 2000 entstand aus den beiden Traditionsunternehmen einer der ganz großen kommunalen Energieversorger: Die N-ERGIE.

Emissionsfreie Mobilität spielt bei der Energiewende eine zentrale Rolle. Bild: David Häuser

Netzbetreiber mit Verantwortung: Hohe Investitionen in Versorgungssicherheit

Für den Betrieb ihrer Strom- und Gasnetze ist das Tochterunternehmen N-ERGIE Netz GmbH verantwortlich. Durch hohe Investitionen – allein rund 100 Mio. Euro in das Stromnetz – erreicht die N-ERGIE eine im Deutschlandvergleich überdurchschnittliche Versorgungssicherheit.

Regionale Energiewende: Die N-ERGIE geht mit gutem Beispiel voran

Bereits über 52.000 dezentrale Erzeuger speisen aktuell in das Verteilnetz der N-ERGIE Netz GmbH ein. Außerdem betreibt die N-ERGIE derzeit 33 Anlagen, die Strom aus Sonne, Wind und Biomasse erzeugen. Positiver Nebeneffekt: Wenn Strom dort erzeugt wird, wo man ihn braucht, sinkt der Bedarf an Höchstspannungsleitungen.

Neue Mobilität für das Klima

Ein besonderes Anliegen ist dem Regionalversorger der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur. An den 520 öffentlichen Ladesäulen im Ladeverbund+, dessen Gründungsmitglied die N-ERGIE ist, laden E-Mobilisten ausschließlich Ökostrom.

Innovative Lösungen für Kommunen

In den Kommunen laufen viele Fäden zusammen, was Gebäude, Verkehr, Energiewirtschaft, Industrie und Landwirtschaft angeht. Gemeinsam mit den Kommunen entwickelt die N-ERGIE Lösungen in den Bereichen Heizen und Nahwärme, Straßenbeleuchtung oder der Versorgung mit Erdgas. Außerdem ist die N-ERGIE zuverlässiger Partner, wenn es um Betriebsführungen geht – von der technischen Betriebsführung für kleinere Netzbetreiber bis zum Komplettpaket wie bei der Wassergewinnungsanlage der Gemeinde Simmelsdorf.

Ein großes Thema ist auch das virtuelle Kraftwerk der N-ERGIE, das vor allem Landwirten dabei hilft, ihre Blockheizkraftwerke so zu steuern, dass sie optimale Erlöse für ihren Ökostrom erzielen. In Zukunft könnten auch große Kraftwerke, eine PV-Anlage oder die Batterien von Elektrofahrzeugen mit dem virtuellen Kraftwerk verbunden werden.

Persönliche Beratung und individueller Kontakt

Die N-ERGIE schätzt den Austausch mit den Kommunen und stellt jeder Kommune eine/n persönliche/n Ansprechpartner/in zur Seite. Darüber hinaus bietet sie „Kommunale Energiegespräche“, Info-Veranstaltungen für Netzbetreiber und kommunale Verwaltungen oder Schulungen sowie Veranstaltungen für die Feuerwehren in der Region.

Claudia Jordan von der N-ERGIE Schulinformation organisiert mit Schulklassen regelmäßig Graffiti-Workshops in den Schulen im Netzgebiet. Quelle: N-ERGIE

Engagement in und für die Region

Als Sponsor oder mit ihrer Spendenaktion „N-ERGIE für junge Menschen“ unterstützt die N-ERGIE die Menschen und das gesellschaftliche Engagement vor Ort. Auf der N-ERGIE Crowd können Vereine und andere gemeinnützige Organisationen Geld sammeln und werden dabei finanziell von der N-ERGIE unterstützt.

Kinder und Jugendliche erhalten mit den Aktionen der N-ERGIE Schulinformation Einblicke in viele Energie- und Umweltthemen. Spaß für Groß und Klein gibt es bei der N-ERGIE Kinotour, die seit 2005 jeden Sommer durch die Region zieht. Und das für einen guten Zweck: Die Eintrittsgelder kommen Einrichtungen in der jeweiligen Kommune zugute. ❐

Die Region versorgt sich zunehmend selbst mit Strom. Vielerorts sorgen insektenfreundliche Pflanzenmischungen und Insektenhotels für ein biodiverses Umfeld. Quelle: N-ERGIE

BMBF startet Ideenwettbewerb für Soziale Innovationen

Karliczek: Wir brauchen neue Ideen für unser gesellschaftliches Miteinander

Menschen mussten sich im Laufe der Geschichte permanent neuen Gegebenheiten anpassen – sozialen wie ökonomischen. Diese Anpassung erfolgt im Zuge Sozialer Innovationen. Es entstehen neue Modelle oder Kooperationsformen, die einen Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen leisten. Ein allen sehr vertrautes Beispiel für eine Soziale Innovation ist der Kindergarten. Die Herausforderung war hier: Eltern müssen arbeiten, kleine Kinder brauchen Betreuung. Gegenwärtig stellt die Corona-Pandemie das gesellschaftliche Leben vor solche neuen und erheblichen Herausforderungen. Dafür können Soziale Innovationen Lösungen bieten, indem sie das gesellschaftliche Miteinander neugestalten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert die Entwicklung Sozialer Innovationen und hat dafür den Wettbewerb „Gesellschaft der Ideen – Wettbewerb für Soziale Innovationen“ gestartet.

Zum Beginn erklärte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: „Wir Menschen haben ein natürliches Bedürfnis nach Sozialen Innovationen und wir wissen: Es gibt viele gute Ideen, wie unser gesellschaftliches Miteinander noch verbessert werden kann. Es gibt kreative Lösungen, es gibt neue Wege. Das zeigen uns vielfältige Beispiele im Umgang mit kleinen und großen Herausforderungen der Corona-Pandemie. Wir wissen aber auch, dass es oft an Zutrauen, Zeit, Unterstützung oder Partnern mangelt, um kluge Ideen umzusetzen. Mein Haus möchte deshalb dazu beitragen, gute Ideen zu verwirklichen.

Die Bedeutung Sozialer Innovationen zeigt sich gerade in Krisenzeiten wie der gegenwärtigen Pandemie besonders deutlich. Denn diese Zeiten konfrontieren uns von jetzt auf gleich sehr unvermittelt mit ungeplanten Änderungen. Wichtige Bereiche unseres Alltags und Miteinanders funktionieren plötzlich nicht mehr so, wie zuvor und brauchen neue Ansätze. Dafür gibt es in unserer Gesellschaft ein großes Potenzial und es freut mich zu sehen, wie sich Bürgerinnen und Bürger gerade neu vernetzen.“

Gesellschaft der Ideen

Im Rahmen des Wettbewerbs „Gesellschaft der Ideen“ ruft das BMBF Bürgerinnen und Bürger, Institutionen, Verbände, Vereine, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Unternehmen und viele mehr dazu auf, ihre Ideen für Soziale Innovationen einzureichen. Dies ist bis zum 30. Juni unter gesellschaft-der-ideen.de möglich.

Erfahrene Coaches, die bei der Umsetzung der Projekte beraten und unterstützen, ergänzen die finanzielle Förderung der Wettbewerbsteilnehmenden durch das BMBF. Die Förderung im Rahmen der „Gesellschaft der Ideen“ ist somit langfristig ausgerichtet und trägt zur nachhaltigen Etablierung der Innovationen bei.

Hintergrund

Mit dem Wettbewerb „Gesellschaft der Ideen“ möchte das BMBF die Entwicklung von Sozialen Innovationen fördern, die zur Lösung von gesellschaftlichen Herausforderungen beitragen können. Der Ideenwettbewerb stellt dabei die erste von drei Phasen des Wettbewerbs dar. Nach Ablauf der Einreichungsfrist am 30. Juni 2020 haben interessierte Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit, die Ideen im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Bedeutung zu bewerten und ihre Favoriten zu benennen. Die besten 30 Projekt-Ideen werden in der folgenden Runde zu Konzepten weiterentwickelt. Anschließend werden die Konzepte mit wissenschaftlichen Partnern erprobt. Ziel des Wettbewerbs ist es, ca. fünf praxistaugliche Lösungen für konkrete gesellschaftliche Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Für die Umsetzung dieser Lösungen ist eine Anschlussfinanzierung durch das BMBF geplant.

Soziale Innovationen

Soziale Innovationen sind neue Praktiken und Organisationsmodelle, die gesellschaftliche Herausforderungen nachhaltig lösen. Soziale Innovationen verändern das gesellschaftliche Miteinander. Das „Soziale“ der Sozialen Innovationen bezieht sich wie bei den Begriffen „Social Media“ und „Soziale Netzwerke“ auf zwischenmenschliche Interaktionen. Folglich kommen Soziale Innovationen in allen Bereichen des Lebens vor. Sie sind insbesondere nicht auf den Sozialbereich beschränkt.

Soziale Innovationen können sich in neuen Produkten oder Dienstleistungen sowie in neuen Arbeits- und Produktionsprozessen oder Kooperationsformen zeigen. Sie können gewinnorientiert sein, müssen dies aber nicht; sie können technologieinduziert sein, können aber auch unabhängig von Technologien entstehen. ❐

Zieht endlich die Reißleine!

Vor 30 Jahren wurde in Würzburg die bayernweit erste Umweltstation gegründet

In der Krise entdecken viele Menschen plötzlich ihre Passion für die Natur. Nachdem so vieles flachfällt, etwa Kneipen, Kino und Theater tabu sind, kann ein Vogelkonzert im Wald eine kleine, beglückende „Sensation" sein. Das macht Anja Knieper, Leiterin der Würzburger Umweltstation, Hoffnung, dass das Umwelt- und Naturbewusstsein wächst. Und damit womöglich auch die Bereitschaft, künftig anders zu leben. Mehr im Einklang mit der Natur. Weniger verschwenderisch.

Naturgemäßer zu leben, denken viele Menschen, verlangt persönliche Opfer. Doch genau das ist für Anja Knieper die falsche Einstellung: „Weniger zu konsumieren, bedeutet nicht zwangsläufig Verzicht." Wie Menschen dazu gebracht werden können, in genussvoller Weise Teil der ökologischen Transformation zu werden, dazu wird in der Umweltstation gerade schwerpunktmäßig gearbeitet. Die Einrichtung selbst kann heuer 30-jähriges Jubiläum feiern. Sie gilt als älteste Umweltstation in Bayern. In den letzten 30 Jahren zog sie immer weitere Kreise. Zu Veranstaltungen wie der „Wildobstbörse" kommen Menschen von weither – auch aus dem Main-Tauber-Kreis.

Wie stark das Thema „Öko" boomt, hängt unter anderem von der Quote der Arbeitslosen und der sozialen Lage der Menschen ab. Das, sagt Anja Knieper. lässt sich über die letzten drei Jahrzehnte hinweg gut beobachten. „Als wir vor 30 Jahren angefangen haben, gab es einen Run auf das Thema ‚Abfalltrennung'", erinnert sie sich. Der Gedanke, dass Müll ein Wertstoff ist und recycelt gehört, griff um sich. Kurz nach dem Start der Einrichtung kam die Wende: „Die sozialen Probleme stiegen." Der Umweltstation bescherten die Krisenjahre zwischen 1990 und 1992 in puncto Nachfrage eine Talfahrt. In jüngster Zeit war „Öko" wieder total angesagt: „Dank Fridays for Future."

Den meisten wurde klar, dass der Klimawandel sehr ernst zu nehmen ist. Dieses Bewusstsein, befürchtet Anja Knieper, könnte krisenbedingt nun wieder schrumpfen. Denn wer jetzt in Kurzarbeit ist oder gar gekündigt wurde, hat andere Sorgen. Gleichzeitig mehren sich die Stimmen, die darauf hinweisen, dass die Schäden an den Ökosystemen das Risiko von Krankheitsausbrüchen bis hin zu Pandemien steigern. Aus diesem Grund forderte Bundesumweltministerin Svenja Schulze kürzlich auch verpflichtende internationale Bestimmungen zum Schutz unserer Lebensgrundlagen.

Auch Knieper plädiert dafür, endlich die Reißleine zu ziehen und der Zerstörung von Umwelt, Natur und Klima Einhalt zu gebieten. Von der vermeintlich positiven Entwicklung während des Shutdowns, warnt sie, dürfe man sich nicht blenden lassen. „Die Medien kommunizieren, dass der CO2-Ausstoß deutlich heruntergegangen ist, was etwas oberflächlich denkende Menschen im Moment beruhigen mag", so die engagierte Umweltschützerin. Doch das sei eine falsche Beruhigung: „Die Produktion und der Verkehr werden wieder anlaufen, wir werden alles wieder dick hereinholen."

Wege zur Transformation entwickeln

Wege zur Transformation zu entwickeln, war in jüngster Zeit Thema vieler Meetings in der Umweltstation. Vor allem zwei Arbeitskreise, die sich in der Öko-Bildungsstätte der Stadt Würzburg treffen, arbeiten hierzu intensiv. Das ist zum einen der „Arbeitskreis Konsum", zum anderen ein Arbeitskreis, in dem sich Schulpsychologen und Leiter von Gymnasien mit Jugendlichen austauschen. Hierbei arbeitet die Umweltstation mit der Initiative „europafels" zusammen. Ziel ist es, Schülern die Idee der gesellschaftlichen Transformation nahe zu bringen. Die hier entwickelten Lerneinheiten sollen Schulen aus der ganzen Region zur Verfügung gestellt werden.

Spätestens im September, hofft Knieper, wird die Umweltstation wieder Veranstaltungen anbieten können. Geplant ist für den 26. September unter anderem die 2. Wildobstbörse, die erstmals in und an der Umweltstation stattfinden soll. Hierbei werden Produkte rund um heimische Wildobstarten vorgestellt, unter anderem Brände, Säfte, Marmeladen und Schreibutensilien. An Infoständen und bei Fachvorträgen wird über Wildobst informiert. Noch ist auch ein Tierschutzfestival in Planung. Es soll am 8. August stattfinden. Ob dies realisierbar ist, kann noch nicht abgeschätzt werden. Knieper: „Aber wir organisieren erst mal weiter, da es einfacher ist, abzusagen, als plötzlich neu zu planen."

Ging es vor 30 Jahren noch in erster Linie darum, einzelnen Bürgerinnen und Bürgern die „Basics" des Umgangs mit Abfall beizubringen und in allen Fragen zum Thema Müll zu beraten, steht heute die Arbeit mit Bündnissen und Einrichtungen im Fokus. Die Umweltstation kooperiert mit vielen ökologisch und transformativ ausgerichteten Initiativen aus der Region, aber auch mit konventionellen Institutionen. Für Anja Knieper ist zum Beispiel die Arbeit mit Senioren wichtig. So wurde unlängst in einem nahegelegenen Seniorenheim eine „Umweltgruppe" gegründet, an der zwölf Bewohner teilnehmen. Fünf Treffen fanden bisher statt.

Gerade Senioren können viele nützliche Tipps zur Reduzierung des Konsums geben. Wuchsen sie doch in einer Zeit auf, in der es nicht so viele Waren gab. Geschweige denn, dass man das Geld gehabt hätte, Wegwerfprodukte wie „Fast Fashion" zu kaufen: War etwas gerissen, wurde es geflickt. Anja Knieper wünscht sich diese Zeit in gewisser Weise zurück. Man hatte damals zwar weniger. War jedoch mit dem Wenigen oft sehr zufrieden. **Pat Christ**

Die Würzburger Umweltstation geht in ihrem Kern auf das Jahr 1990 zurück. Bild: Pat Christ

Staatsminister Glauber:

Umweltstationen in Corona-Pandemie gesichert

Verbesserte Förderung für Naturschutzmaßnahmen beschlossen

Bayern verbessert die Fördermöglichkeiten im Umweltbereich. Insbesondere werden durch eine einmalige Umgestaltung der Förderung im Jahr 2020 die von der Corona-Pandemie massiv betroffenen staatlich anerkannten Umweltstationen gesichert.

Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu: „Der Freistaat ist ein verlässlicher Partner für die Träger der Umweltbildung. Wir wollen die Umweltstationen in Bayern in dieser schwierigen Zeit bestmöglich unterstützen. Sie leisten wichtige Arbeit und sind ein Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Die hochwertigen flächendeckenden Angebote sollen unbedingt erhalten bleiben, auch wenn auf absehbare Zeit keine Veranstaltungen stattfinden können. Wir lassen niemanden allein und unterstützen unbürokratisch. Damit schaffen wir frühzeitig Planungssicherheit bei den Bildungsträgern und federn finanzielle Belastungen ab."

Zuwendungen im maximal fünfstelligen Bereich

Zahlreiche für dieses Jahr geplante Projekte der Umweltstationen, deren Förderung durch den Freistaat bereits beantragt oder bewilligt wurde, fallen wegen der Corona-Pandemie komplett oder teilweise aus. Normalerweise wäre in diesen Fällen eine Förderung nicht möglich, was für die Umweltstationen eine existenzielle Härte bedeuten würde. Um das Fortbestehen der Umweltstationen zu sichern, werden die erwarteten Zuwendungen deshalb trotzdem zur Verfügung gestellt – und das möglichst schnell. Die Beträge bewegen sich jeweils maximal im fünfstelligen Bereich.

Glauber: „Das Geld fließt nach Antrag der Umweltstationen umgehend und in voller Höhe. Damit können die Umweltstationen Engpässe überbrücken, Perspektiven für die Zeit nach Corona entwickeln und alternative Angebote aufbauen, zum Beispiel im Online-Bereich."

Jedes Jahr werden im Bereich der Umweltbildung in Bayern rund 35.000 Veranstaltungen zu Themen wie Klimaschutz, Artenvielfalt, nachhaltige Lebensstile und sauberes Wasser durchgeführt. Damit werden fast 900.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene erreicht. In Bayern gibt es aktuell 58 staatlich anerkannte Umweltstationen.

Daneben wird – unabhängig von der Corona-Pandemie – wie geplant die finanzielle Ausstattung von Naturparken sowie verschiedenen Naturschutzmaßnahmen grundlegend verbessert. Mit den gerade aktualisierten Landschaftspflege- und Naturpark-Richtlinien können Verbände, Kommunen und Landwirte jetzt neue Projekte umsetzen.

Staatsminister Glauber: „Die Corona-Pandemie ist die größte Herausforderung der Gegenwart. Dabei verlieren wir aber die vielen anderen Projekte, die für die Zukunft unserer Gesellschaft so wichtig sind, nicht aus den Augen. Maßnahmen und Projekte für Moore, Naturparke, ökologisch wertvolle Flächen in Städten oder Streuobstwiesen werden ab sofort mit bis zu 90 Prozent der Kosten unterstützt."

Konkreter Klimaschutz vor Ort

Für die Renaturierung von Mooren – und damit konkretem Klimaschutz vor Ort – stehen zusätzlich 16 Millionen Euro zur Verfügung. Der Fördertopf für blütenreiche Streuobstwiesen, kommunale Projekte zur Biodiversität sowie Maßnahmen in den 19 bayerischen Naturparken ist mit 15 Millionen Euro verstärkt worden. In den Naturparken fördert das Umweltministerium nun auch die Errichtung und den Betrieb von Naturparkzentren. Der Neubau eines Naturparkzentrums wird mit bis zu 2 Millionen Euro, der laufende Betrieb dieser Einrichtungen mit bis zu 200.000 Euro jährlich unterstützt. ❐

Erfolgreiches Kulturlandschaftsprogramm

Das Bayerische Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) ist bei den bayerischen Landwirten weiterhin sehr beliebt. Wie Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber in München mitteilte, sind die Landwirte heuer fast 103.000 Neu- oder Anschlussverpflichtungen für das umfangreichste Agrarumweltprogramm Deutschlands eingegangen. Gerade die im Zuge des Volksbegehrens noch attraktiver gestalteten oder erstmals neu aufgelegten Maßnahmen zur Steigerung der Biodiversität stießen auf rege Nachfrage bei den mehr als 43.000 Antragstellern.

„Das zeigt uns, dass wir mit unserer breiten Angebotspalette an Umweltmaßnahmen auf dem richtigen Weg sind", sagte die Ministerin. Die Landwirte hätten bewiesen, dass sie bereit sind, auf freiwilliger Basis für den Erhalt der Artenvielfalt einzutreten und auf breiter Fläche umweltschonende Landbewirtschaftung zu betreiben.

Mehr als die Hälfte der für fünf Jahre neu eingegangenen Verpflichtungen haben den Schwerpunkt „Verbesserung des Artenschutzes". Ein knappes Drittel der Neuverpflichtungen entfällt auf Maßnahmen zum Klima-, sowie Boden- und Gewässerschutz. Die zahlenmäßig am stärksten nachgefragten Maßnahmen der fünfjährigen Neuverpflichtungen sind die mehrjährigen Blühflächen, gefolgt von Gewässer- und Erosionsschutzstreifen sowie der extensiven Grünlandnutzung mit Schnittzeitpunktauflage.

Mit einem Plus von 45 Prozent hatten die einjährigen Blühflächen die stärkste Steigerungsrate unter den Neuverpflichtungen. Die 425 Antragsteller, die sich im KULAP in diesem Jahr für die Umstellung ihres Betriebs auf ökologische Bewirtschaftung entschieden haben, entsprechen einem Plus von knapp fünf Prozent.

Bislang werden bereits mehr als eine Million Hektar – also etwa ein Drittel der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Bayern – nach den Vorgaben der freiwillig eingegangenen KULAP-Verpflichtungen bewirtschaftet. Der genaue Flächenumfang der neuen Verpflichtungen steht nach Ende der Mehrfachantragstellung (15. Mai) fest.

Noch bis zum 30. Juni 2020 können im Rahmen des KULAP Anträge für die Erneuerung von Hecken und Feldgehölzen (bei den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) sowie für die regional bedeutsame Maßnahme „Wiederaufbau von Steinmauern in Weinbausteillagen" (bei der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau) eingereicht werden.

Die Tierwohlmaßnahme „Sommerweidehaltung" kann im Rahmen der aktuell stattfindenden Mehrfachantragstellung noch bis Mitte Mai beantragt werden. ❐

Alttextilbranche im Überlebenskampf

Die Maßnahmen zur Reduktion der Verbreitungsgeschwindigkeit der COVID-19-Epidemie fordern stündliche neue und flexible Anpassungen von Systemabläufen und Wirtschaftsvereinbarungen. In diesen schwierigen Zeiten bauen die Alttextilunternehmen auf einen engen lösungsorientierten Dialog mit ihren Vertragspartnern.

Die Mitglieder des bvse-Fachverbandsvorstandes Textilrecycling schlagen Alarm, denn die wirtschaftliche Ausgangssituation für Alttextilunternehmen spitzt sich täglich weiter zu.

„Immer mehr Sortieranlagen beantragen aufgrund der Corona-Krise Kurzarbeit oder schließen die Betriebe aufgrund von Quarantäne-Maßnahmen komplett", beschreibt der bvse-Vizepräsident und Vorsitzende des bvse-Fachverbands Textilrecycling, Martin Wittmann, die aktuelle Lage.

Die in Deutschland gesammelten Altkleidermengen gehen währenddessen mit zunehmendem „Social-Distancing", bereits bestehender oder noch zu erwartender Ausgangsbeschränkungen und einhergehenden Schließungen von Sammelstellen und Wertstoffhöfen in vielen Regionen stark zurück.

„Auf der Absatzseite sieht es noch düsterer aus. Mittlerweile verhindern weltweit angeordnete Maßnahmen, wie Ausgangssperren und Versammlungsverbote, die Möglichkeiten, überhaupt noch Erlöse zu erzielen. So müssen aufgrund behördlicher Anordnungen überall, auch in Osteuropa, Secondhand-Läden schließen. Damit versiegt die Nachfrage nach Altkleidern nahezu komplett.

Auch die afrikanischen Märkte leiden, angesichts knapper Geldmittel der einheimischen Verbraucher, am entsprechenden Nachfragemangel. So sind die für den Absatz der sortierten Ware notwendigen Märkte seit Mitte März 2020 global zusammengebrochen. Eine Vermarktung von tragbarer Second-Hand-Kleidung, aber auch von Produkten im Bereich des Recyclings und Putzlappensegmentes, ist aktuell weltweit nicht möglich. Somit gibt es derzeit keinerlei Perspektiven der Erlöserzielung im Endkundenbereich. Da die Transitzeit eines Alttextilstückes von der Erfassung über die Sortierung bis hin zur Endvermarktung in einem der weltweiten Märkte bis zu vier Monaten dauen kann, wird diese Situation sicherlich ebenso lange dauern, da eine positive Änderung der derzeitigen Pandemie-Gesamtlage nicht vorausgesetzt werden kann.

Den in Deutschland tätigen Entsorgern der Alttextilbranche geht es daher derzeit nur noch darum, die betrieblichen Strukturen aufrecht zu erhalten, um zu späterer Zeit Möglichkeiten zu finden, die bisherigen Vereinbarungen erfüllen zu können.

„Was wir jetzt dringend brauchen, sind gemeinsame, faire und wirtschaftsverträgliche Lösungen mit all unseren Vertragspartnern, damit beide Seiten diese Krise überstehen können. Die Situation auf vielen kommunalen, karitativen und oder privaten Plätzen sieht derzeit so aus, dass wir die Dienstleistung der Abfallsammlung und -verwertung zu hohen Kosten aufrechterhalten, aber aktuell nicht wissen, ob wir aufgrund der höheren Gewalt dafür auch entlohnt werden", erklärte Wittmann.

Vereinbarungen mit Kommunen

Erste Unternehmen der Branche haben daher schon Übereinkommen mit Kommunen geschlossen. Im Gegenzug für eine vorläufige Aussetzung der Zahlungsverpflichtungen für die Miete von Containerplätzen oder übernommene Sammelware wollen die privaten Unternehmen, trotz eigener Personalengpässe und erschwerten Bedingungen, alles dafür tun, um sicherzustellen, dass die Verwertung der Altkleider und Säuberung der Sammelplätze im Interesse des Allgemeinwohls weiterhin gewährleistet bleibt.

„Gleichzeitig möchten wir an alle Beteiligten appellieren, dass man bei krisenbedingten verspäteten Abholungen und Containerleerungen Verständnis hat. Die Bürger bitten wir dringend, keine Sammelware neben die Container zu stellen. Solange wir genügend Personal zur Verfügung haben, wird jeder Container geleert", versprach bvse-Vizepräsident Martin Wittmann. ❐

Abfallwirtschaftsbetrieb München:

Nachhaltige Erden am Erdenwerk Freimann

Auf dem Erdenwerk am Entsorgungspark Freimann bietet der AWM ein umfangreiches Erden-Sortiment an – regional und nachhaltig.

Kristina Frank, Kommunalreferentin und 1. Werkleiterin des AWM: „Wer gerne nachhaltig gartelt und pflanzt, dem empfehle ich die Münchner Erden des AWM. Mit dem Kauf leistet man einen Beitrag zum Umweltschutz, denn aus Münchner Bioabfällen werden wertvolle Erden produziert, wodurch ein geschlossener Verwertungskreislauf entsteht. So gewinnt der AWM aus regionalen Abfällen nicht nur Energie, sondern mit dem Kompost auch ein neues, wiederverwendbares Produkt."

Zunächst entsteht aus den Bioabfällen in einer Vergärungsanlage Biogas, das in Strom umgewandelt wird und pro Jahr bis zu 1.500 Münchner Haushalte mit Elektrizität versorgt. In einem zweiten Schritt kompostiert der AWM die Gärreste. Der so gewonnene Kompost in Biolandqualität wird entweder direkt verkauft oder dient als Grundstoff für zahlreiche Erden.

Am Erdenwerk finden Landschafts- und Hobbygärtner eine breite Produktpalette: vom Kompost bis zur torffreien Bio-Erde, von der Pflanzerde bis zur Blumenerde, beide stark torfreduziert. Zusätzlich bietet der AWM Rindenhumus, Rindenmulch, Hornspäne, Rasendünger und Spezialdünger an. Einige Sorten, wie zum Beispiel Pflanzerde, Bio-Erde torffrei, Kompost und Rasenerde, gibt es zu günstigeren Preisen auch als lose Ware zum Selbstabfüllen. Damit spart man Plastikverpackung und Geld. Großabnehmer können ihre Erden mit dem Anhänger abholen und von interessanten Mengenrabatten profitieren. Ist der Anhänger ohne Planengestell, kann er komfortabel mit dem Radlader befüllt werden.

Das AWM-Personal berät gerne ausführlich. Bis 22. Mai erhalten Kundinnen und Kunden außerdem bei einem Mindesteinkauf von 15 Euro einen kleinen Eimer mit Dünger geschenkt. ❐

Lebensmittelverschwendung mit künstlicher Intelligenz verringern

Hochschule Augsburg startet gemeinsam mit rund 30 Partnern aus Industrie, Verbänden und Forschung das auf drei Jahre angelegte Förderprojekt REIF

Jedes Jahr werden in Deutschland etwa elf Millionen Tonnen Lebensmittel bereits während des Herstellungsprozesses entlang der Wertschöpfungskette vernichtet. Sie landen im Abfall, noch bevor sie zum Endverbraucher gelangen. Dadurch kommt es nicht nur zu wirtschaftlichen Verlusten, sondern auch zu Umwelt- und Klimaschäden. Das Förderprojekt „REIF – Ressource-efficient, Economic and Intelligent Foodchain" setzt sich zum Ziel, die Verschwendung in der Lebensmittelindustrie zu minimieren – mithilfe des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI).

Die Umsetzungsphase des Forschungsvorhabens hat jetzt begonnen. Das Team der Hochschule Augsburg unter Leitung von Prof. Dr.-Ing. Stefan Braunreuther von der Fakultät für Maschinenbau und Verfahrenstechnik hat dabei die Konsortialführung übernommen.

Im Rahmen des Projekts werden in den kommenden drei Jahren Potenziale der Verschwendungsreduzierung mittels KI in den Branchen Molkerei, Fleisch und Backwaren erarbeitet. Angestrebt wird dabei eine Reduzierung der Lebensmittelverluste um bis zu 90 Prozent. Um dieses Ziel zu erreichen, sind entlang der Wertschöpfungskette zwei Punkte entscheidend: die Minimierung von Überproduktion und die Vermeidung von Ausschuss. Wo konventionelle Technologien an ihre Grenzen stoßen, könnte Künstliche Intelligenz innovative Lösungsansätze bieten. Beispielsweise kann mit Hilfe von KI die Nachfrage der Konsumenten genauer prognostiziert werden oder die Produktionsinfrastruktur dazu befähigt werden, kurzfristig sowohl auf schwankende Nachfrage als auch auf die schwankende Rohstoffqualität zu reagieren.

Vom Markenhersteller bis zum Start-up

Am Projekt beteiligt sind insgesamt 18 Konsortialpartner aus Industrie, Verbänden und Forschung, sowie 12 assoziierte Projektpartner – vom bekannten Markenhersteller bis zum jungen Start-up. Sie arbeiten in acht Teilprojekten entlang der Wertschöpfungskette. Die Roadmap für die Umsetzungsphase wurde im Rahmen der Wettbewerbsphase des Innovationswettbewerbs „Künstliche Intelligenz als Treiber für volkswirtschaftlich relevante Ökosysteme" durch das Fraunhofer IGCV, die Software AG sowie die Technische Universität München erarbeitet.

Die Hochschule Augsburg führt den Verbund unter Leitung von Prof. Stefan Braunreuther, Professor für Fabrikbetrieb und Produktion an der Fakultät für Maschinenbau und Verfahrenstechnik. Außerdem wirkt das Team um Prof. Braunreuther in einzelnen Teilprojekten wie „verschwendungsminimierende Produktionssysteme" mit.

„Der Fokus des Projekts liegt auf der Entwicklung einer ganzheitlichen Optimierungsstrategie über mehrere Wertschöpfungsstufen und -partner hinweg", erklärt Prof. Stefan Braunreuther. „Verschiedene Anwendungen der Künstlichen Intelligenz eröffnen uns hier die bisher einmalige Chance, die Verschwendung von Lebensmitteln drastisch zu reduzieren." ❐

Im März kamen an der Hochschule Augsburg die Projektpartner zur Auftaktveranstaltung der Umsetzungsphase des Projekts REIF zusammen. Bild: Jan Klöber-Koch, Fraunhofer IGCV

Deutscher Innovationspreis für Klima und Umwelt:

Auszeichnung für Puchheimer Unternehmen

Das Bundesumweltministerium und der Bundesverband der Deutschen Industrie haben den Deutschen Innovationspreis für Klima und Umwelt verliehen. Mit einem Preisgeld in Höhe von 25.000 Euro für jeden Preisträger wurden herausragende Umweltinnovationen von sieben deutschen Unternehmen und Forschungseinrichtungen prämiert, unter anderem für neue Wege im Artenschutz, intelligentes Energiemanagement in der Industrie und in den Kommunen, die nachhaltige Herstellung von Peptiden, Wärmemanagement in Bürogebäuden, intelligente Wasserzähler und die umweltfreundliche Herstellung von Plastikverpackungen.

In der Kategorie „Prozessinnovationen für den Klimaschutz" wurde die Gerotor GmbH aus Puchheim bei München ausgezeichnet. Das noch junge Unternehmen entwickelte das Prinzip des Schwungmassenspeichers basierend auf neuester Technologie einschließlich künstlicher Intelligenz zu einem innovativen Hochleistungsspeicher weiter. In ihren Dankesworten verwies das Unternehmen darauf, „dass die Energiewende nur durch einen Mix aus verschiedenen Speichertechnologien gelingen kann. Unsere nachhaltige Schwungmassentechnologie reduziert Stromspitzen, rekuperiert Verlustenergie und erhöht die Stromqualität in unterschiedlichsten industriellen Anwendungen." Das Team hinter der Gerotor verbinde die gemeinsame Motivation, einen Teil zu einer umweltfreundlicheren Welt beizutragen und die Energieeffizienz in der Industrie zu verbessern.

Laut Bundesumweltministerin Svenja Schulze „schützen Umweltinnovationen nicht nur unsere Lebensgrundlagen und den Industriestandort Deutschland, sondern sorgen auch für Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand. Mit dem Deutschen Innovationspreis für Klima und Umwelt ermutigen wir Unternehmen und Forschungseinrichtungen, mit kreativen Ideen neue Wege beim Klima- und Umweltschutz zu gehen."

„Beim Klimaschutz stehen wir vor einer Herkulesaufgabe, deren Lösung völlig neue Technologien und Innovationen erfordern. Die Siegerprojekte des IKU beweisen, welches Potenzial wir in unserem Land haben und dringend nach vorne bringen müssen", betonte Holger Lösch, stellvertretender BDI-Hauptgeschäftsführer. Mit innovativen Ideen lasse sich Geld verdienen. Dies müsse auch in Zukunft so bleiben, damit die drei Säulen der Nachhaltigkeit, Wirtschaft, Ökologie und Soziales, zusammenfinden. **DK**

Remondis scheitert mit DSD-Kauf

Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat entschieden, dass die Untersagung des Zusammenschlusses des Entsorgungsunternehmens Remondis mit dem Dualen System Deutschland (DSD) durch das Bundeskartellamt rechtens war. Im Juli vergangenen Jahres hatte das Amt den Zusammenschluss der beiden Branchenriesen untersagt. Als Begründung hatte das Amt unter anderem angeführt, dass das Vorhaben zu einer erheblichen Behinderung des wirksamen Wettbewerbs bei den dualen Systemen führen würde. So wären höhere Kosten für DSD-Wettbewerber, erhebliche Marktanteilsgewinne von DSD und letztlich höhere Preise bei der Entsorgung von Verpackungen zu befürchten. Dagegen hatte Remondis gerichtlich Beschwerde eingelegt.

Mit Erleichterung haben VKU und bvse das Urteil aufgenommen. Nach den Worten von VKU-Vizepräsident Patrick Hasenkamp „hat das Gericht mit der Bestätigung der Untersagung die richtige Entscheidung getroffen. Das Amt hat seine Entscheidung fundiert und nachvollziehbar begründet. Aus Sicht der kommunalen Abfallwirtschaft ist die Sache ebenfalls eindeutig: Hätten die beiden Marktriesen Remondis und DSD fusioniert, wäre eine neue Schwelle der Marktmacht überschritten gewesen. Mutter- und Tochterunternehmen hätten sich gegenseitig maßgeschneiderte Angebote zuspielen und dadurch Mitbewerber praktisch ausschalten können."

Der Zusammenschluss wäre aus Hasenkamps Sicht ein Katalysator für die ohnehin bestehende Erosion des Wettbewerbs auf dem Entsorgungsmarkt gewesen. „Remondis hat in den vergangenen Jahren mit einer aggressiven Strategie Dutzende kleine und mittelständische Entsorger übernommen. Die zunehmende Marktkonzentration hat dazu geführt, dass Remondis in einigen Regionen viele oder sogar alle Wettbewerber vom Markt verdrängt hat. Die Folge: Die Gesetze des Marktes sind außer Kraft gesetzt, was zu Lasten der Wettbewerber geht und bei den Bürgerinnen und Bürgern in Form von höheren Preisen ankommt."

Erfolgreicher Kampf für Interessen des Mittelstands

Wie Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, darlegte, „haben wir uns von Anfang an gegen diese geplante Übernahme ausgesprochen und als einziger Branchenverband erhebliche Anstrengungen unternommen, dagegenzuhalten. Gemeinsam mit dem Bundeskartellamt haben wir vor dem Oberlandesgericht beantragt, die Beschwerde gegen die Untersagung zurückzuweisen. Das zeigt, der bvse steht für den Mittelstand ein und kämpft erfolgreich für dessen Interessen. Insofern sind wir sehr zufrieden. Die Entscheidung ist aber vor allem eine gute Nachricht für die gesamte Recycling- und Entsorgungsbranche in Deutschland. Wir haben eine enorm positive Resonanz von Unternehmen weit über unseren Verband hinaus erhalten. Das hat uns zum Teil durchaus überrascht, aber vor allem natürlich sehr gefreut."

Erdrückende Marktmacht

„Wenn das mit großem Abstand größte Entsorgungsunternehmen das bis dahin größte duale System übernimmt, hätte das erhebliche Marktauswirkungen gehabt", fuhr Rehbock fort. Die Marktmacht sei im Falle von Remondis einzigartig und erdrückend. „Von daher ist auch unsere Einschätzung, dass es im Falle einer Übernahme zu erheblichen Wettbewerbsbehinderungen kommen würde, ganz offensichtlich zutreffend. Wenn es zur Übernahme gekommen wäre, hätte dies zu einer zusammenschlussbedingten marktbeherrschenden Position im Altglasbereich geführt. Das allein war für das Gericht schon ausreichend, um die Untersagungsentscheidung des Bundeskartellamtes zu bestätigen. Die Auswirkungen für die Branche wären unserer Meinung nach jedoch erheblich gravierender gewesen."

Die Fusion hätte nach Rehbocks Auffassung die Übernahmedynamik stark beschleunigt und so die mittelständische Struktur der Branche erheblich beschädigt. „Insofern gehe ich davon aus, dass die Entwicklung abgebremst worden ist. Nicht mehr, aber eben auch nicht weniger."

Grundsätzlich beobachtet der Hauptgeschäftsführer seit einiger Zeit eine wachsende Konzentration auf den Entsorgungsmärkten: „Viele mittlere Unternehmen werden von den Großen der Branche aufgekauft. In vielen Regionen Deutschlands gibt es eine rückläufige Beteiligung an den Ausschreibungen für Entsorgungsaufträge. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Hier muss man gezielt gegensteuern." **DK**

Motivation und Förderung für herausragende Umweltinnovationen

Augsburg. Seit seiner Gründung unterstützt das Kumas Umweltnetzwerk Umweltprojekte in ganz Bayern. Innovation und Motivation für den aktiven Umweltschutz werden so gefördert und für jedermann sichtbar gemacht. Deshalb zeichnet Kumas e. V. seit 1998 innovative Verfahren, Produkte, Dienstleistungen, Anlagen, Entwicklungen oder Forschungsergebnisse, die in besonderem Maße Umweltkompetenz demonstrieren, aus.

Die Auszeichnung „Offizielles Leitprojekt des Kumas Umweltnetzwerks" wird jährlich vergeben. Auch dieses Jahr werden wieder bis zu drei Projekte ausgezeichnet. Innovationsgehalt, Gestaltungsqualität und verbessernde Umwelteigenschaften stehen bei der Bewertung durch eine unabhängige Jury genauso im Vordergrund wie die Steigerung der Ressourceneffizienz und der Beitrag zum Klimaschutz.

Die ausgezeichneten Leitprojekte werden am 3. Dezember 2020 in einer offiziellen Feierstunde im Kreisgut in Aichach präsentiert und öffentlichkeitswirksam in den Medien, auf der Internetseite des Kumas Umweltnetzwerks sowie ein Jahr lang auf Messen und in den Kumas-eigenen Fachkongressen präsentiert.

Der Bewerbungsbogen kann unter www.kumas.de in der Rubrik „Umweltpreise" heruntergeladen werden.

Einsendeschluss für Bewerbung oder Vorschlag ist am 31. August 2020. ❐

E-Schrott-Recycling:

Schwere Marktverwerfungen

Laut einer Umfrage des bvse trifft die Corona-Pandemie die kleinen und mittleren E-Schrott-Recycler besonders hart. Die im Verband organisierten Unternehmen der Branche gaben an, dass sie aktuell im Mittel 56 Prozent weniger Altgeräte im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres erfassen konnten.

Durch die eingeschränkten Tätigkeiten in Industrie und Gewerbe sind die dort sonst erfassten Mengen an B2B-Geräten nahezu eingebrochen. Der Rückgang im gewerblichen Bereich wird mit 50 bis 70 Prozent angegeben. Auch die Schließung des Elektrogerätehandels hat zur negativen Entwicklung beigetragen. Die Rücknahme seitens der Elektrogeräte-Vertreiber fiel mit rund minus 90 Prozent nahezu komplett aus.

Erfassungssituation kommunaler Mengen

Unterschiedlich stellt sich die Erfassungssituation bei den kommunalen Mengen dar. In Regionen, in denen die Wertstoffhöfe geschlossen wurden, stand auch dort die Rücknahme still. Bei geöffneten Wertstoffhöfen lief es wie gewohnt weiter. So berichten einige Unternehmen von einem Rückgang kommunaler Mengen im Bereich 60 bis 80 Prozent, während andere Unternehmen in diesem Bereich keine Einbußen spürten. Mittlerweile öffnen die Wertstoffhöfe wieder, es wird nun für eine kurze Zeit mit einer erhöhten Abgabebereitschaft der Verbraucher gerechnet, da zu erwarten ist, dass zu Hause ausgemistet wurde.

„Durch die Kurzarbeiterregelung kann zwar ein Teil der Personalkosten aufgefangen werden, dabei ist es aber wichtig, dass eine schnelle Rückerstattung des in Vorleistung durch die Unternehmer gezahlten Kurzarbeitergeldes durch die Agentur für Arbeit erfolgt. Denn zudem drücken Fixkosten für Anlagentechnik, Fuhrpark, Gebäude und Plätze erheblich auf die Liquidität der Unternehmen“, betont der Vorsitzende für den bvse-Fachverband Schrott, E-Schrott und Kfz-Recycling, Bernhard Jehle. „Auch mit den Soforthilfen lassen sich laufende Zahlungen nur für kurze Zeit auffangen. Umso wichtiger ist es, schnellstmöglich wieder Umsatz machen zu können.“

bvse-Vizepräsident Sebastian Will zufolge „hoffen wir jetzt darauf, dass die Industrie langsam wieder anläuft und Tritt fasst. Die Automobilindustrie und auch die Stahlindustrie fahren ihre Produktion derzeit wieder hoch. Wenn es nicht zu einer starken zweiten Infektionswelle, die das Wirtschaftsleben nochmals lahmlegt, kommt, rechnen wir in der zweiten Jahreshälfte mit einem Schrottmarkt, der in normaleren Bahnen verlaufen wird.“

Der Überlebenskampf kleiner und mittlerer Unternehmen habe in der Branche bereits vor der Corona-Krise begonnen, stellt Will fest. Die Vergabe von Entsorgungsdienstleistungen im Bereich Altgerätebehandlung erfolge in der Regel in bundesweit angelegten Ausschreibungen. Flächendeckend agierende Systeme hätten dabei einen Marktvorteil, ein Unterschied zu dualen Systemen bestehe dabei kaum noch. Ausschreibungsbedingungen gäben zum Teil unangemessene Marktstandards vor, in dem beispielsweise bei langer Vertragslaufzeit kaum kalkulierbare Fixpreisangebote abgegeben werden müssen.

Größere Unternehmen verfügten über eine größere Kapitaldecke, sie seien robuster darin, eine Krise zu überstehen. Eine weitere Marktkonzentration aufgrund der Corona-Krise sei zu befürchten. Gerade auch aus diesem Grund müssten vor allem kleine und mittlere Unternehmen durch unbürokratische Staatshilfen in die Lage versetzt werden, ihren Zahlungen trotz Verdienstausfall nachzukommen.

Sinkende Rohstahlproduktion

Die Rohstahlproduktion, die für die Konjunktur eine Lokomotivfunktion hat, ist in Europa nach den vorläufigen Zahlen des Weltstahlverbandes Worldsteel im Jahresvergleich um 5,3 Prozent auf 158,8 Mio. Tonnen gefallen, in Deutschland gemäß Angaben der Wirtschaftsvereinigung Stahl sogar um 6,5 Prozent auf 39,7 Mio. Tonnen. Das erste Halbjahr 2019 verlief für die deutsche Schrottwirtschaft bei einem Rückgang der Rohstahlproduktion um rund 5 Prozent bei normalen Exportmöglichkeiten verhalten. Im zweiten Halbjahr sank die Rohstahlproduktion um 8 Prozent und die Wirtschaft begann sich merklich abzukühlen, mit Folgen für den Schrottmarkt. Laut bvse-Schätzung haben die Stahlwerke 4,8 Prozent weniger Schrott eingesetzt, laut BDGuss die Gießereien sogar 11,5 Prozent weniger als 2019.

Laut Sebastian Will war der Schrottmarkt im 2. Halbjahr 2019 sehr angespannt, was vor dem Hintergrund der hohen Verunsicherung der Marktteilnehmer in einigen Monaten zu Fehleinschätzungen der tatsächlichen Marktlage geführt hat. Die von Verbrauchern angebotenen Zu- oder Abschläge hatten zum Teil eine geringe Halbwertzeit. Sie lösten jedoch Entscheidungen aus, die Verwerfungen im Handelsmarkt nach sich gezogen haben. Angebot und Nachfrage konnten nicht immer in Einklang gebracht werden.

Schwächung des Industriestandorts

Nach Wills Worten erhielten die konjunkturellen Eckpfeiler der deutschen Wirtschaft, bestehend aus der Automobilindustrie und dem Maschinen- und Anlagenbau, empfindliche Dämpfer, während die relativ robuste Baukonjunktur für eine zwar reduzierte, jedoch kontinuierliche Auslastung der Baustahlhersteller sorgte und damit einen gewissen kontinuierlichen Schrottbedarf sicherten. Bedauerlich sei, dass eine in Teilen industriefeindliche Klimapolitik zu Standortverlagerungen in Drittländer führe, wodurch nicht nur Arbeitsplätze verloren gehen, sondern auch Schrottbeschaffungs- und Absatzmöglichkeiten für Schrottwirtschaft bzw. die Stahl- und Gießereiindustrie. Einmal verlagerte Standorte könnten in den seltensten Fällen zurückgeholt werden und schwächten den Industriestandort Deutschland.

Um die Sammlung und Verwertung von Elektroaltgeräten zu verbessern und die Sammelquote zu erhöhen, hatte der bvse gemeinsam mit fünf weiteren Verbänden dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit einen Maßnahmenkatalog zur Novelle des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) vorgestellt. Die geforderten Anpassungen setzen an bei der Elektroaltgeräte-Erfassung über Mitteilungspflichten und Quotenermittlungen bis hin zu Maßnahmen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft und der Ökodesign-Richtlinie. **DK**

UBA-Leitsätze:

Ordnung für die Kreislaufwirtschaft

Nach Aussagen des International Resource Panels gehen etwa 50 % der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen und 90 % des Biodiversitätsverlusts sowie des Wasserstresses auf die Gewinnung, Aufbereitung und Verarbeitung von Rohstoffen zurück. Die negativen Auswirkungen auf die natürliche Umwelt durch die gesamte Rohstoffwirtschaft und die daraus resultierenden Abfälle und Emissionen nehmen weiter zu. Unterdessen werden weltweit nur knapp 9 % des Rohstoffbedarfs durch ressourcenschonende Sekundärrohstoffe gedeckt.

Ein Umdenken findet langsam statt, um diesen Herausforderungen zu begegnen. In den nächsten Jahren gilt es nach Auffassung des Umweltbundesamtes, den systemischen Ansatz der Kreislaufwirtschaft auszugestalten und zu konkretisieren, damit auch die übergreifenden Ziele wie die Schonung der natürlichen Ressourcen, der Schutz der menschlichen Gesundheit sowie eine nachhaltigere Rohstoffversorgung erreicht werden.

Das UBA hat daher Leitsätze erarbeitet, die ein gemeinsames Verständnis für die Kreislaufwirtschaft, deren zentrale Begriffe, Prinzipien, Ziele, Maßstäbe und die wichtigsten Handlungsansätze schaffen sollen. Eingebettet darin ist die Abfall- und Sekundärrohstoffwirtschaft als wesentlicher Funktionsbereich für eine Kreislaufwirtschaft. Daneben finden auch übergreifende Ansätze wie Vermeidung, Design oder Abwägungen zum Umgang mit Schadstoffen ihren Platz.

„Die Kreislaufwirtschaft ist Teil einer ressourceneffizienten, nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise, welche die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen fördert und planetare Grenzen respektiert“, heißt es zunächst. Die Kreislaufwirtschaft beziehe über die klassische Abfallwirtschaft hinaus alle Phasen von Material- und Produktlebenszyklen in die Betrachtung ein. Sie müsse global, inklusive der grenzüberschreitenden Rohstoff-, Waren- und Abfallströme und damit verbundener ökologischer und sozialer Auswirkungen sowie in langfristiger zeitlicher Perspektive der Güterbestände und daraus hervorgehender Materialflüsse betrachtet werden.

Die Kreislaufwirtschaft diene der Schonung natürlicher Ressourcen einschließlich des Klimaschutzes, dem Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit unter Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips. Darüber hinaus ziele sie auf die Rohstoffsicherung ab.

Die Kreislaufwirtschaft solle zur Reduzierung der lebenszyklusweiten negativen Auswirkungen sowohl von Materialien und Produkten – durch Einsparung von Primärmaterialien und deren Substitution mit Sekundärmaterialien – als auch der Abfallerzeugung und Abfallbewirtschaftung beitragen.

Vermeidung von Abfällen und Reststoffen

Die Vermeidung von Abfällen und Reststoffen ist laut UBA der Kreislaufführung grundsätzlich vorzuziehen, da letztere immer verlustbehaftet und mit Energieaufwendungen verbunden ist. Des Weiteren sei das Inverkehrbringen von Produkten mit Stoffen, von denen Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit speziell für die menschliche Gesundheit sowie die Umwelt ausgehen, zu vermeiden. Sofern derartige Stoffe nicht substituierbar, bereits enthalten sind oder sich erst im Nachhinein als solche herausstellen, müssten sie zerstört oder durch Ablagerung in sichere Senken ausgeschleust oder in sicheren Kreisläufen geführt werden. Hierbei sei eine Schadstoffanreicherung zu verhindern.

„In einer Kreislaufwirtschaft tragen alle Akteure innerhalb von Produktlebenszyklen und entlang von Materialwertschöpfungsketten eine Verantwortung für das Erreichen der Ziele der Kreislaufwirtschaft“, heißt es zum Abschluss. Die Übernahme der Verantwortung müsse rechtlich sichergestellt werden, sofern diese anderenfalls nicht hinreichend wahrgenommen wird. **DK**

Was Hummeln auf Bergwiesen mit Flammschutzmitteln zu tun haben

Sie sind ein Sinnbild für unberührte Bergnatur: blumenbetupfte Bergwiesen mit brummenden Hummeln. Gestört wird diese Idylle durch die Tatsache, dass auch die Gipfel der Alpen nicht frei von Spuren menschlichen Wirtschaftens sind. Seit 2005 führt das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) an der Umweltforschungsstation Schneefernerhaus (UFS) auf der Zugspitze ein Überwachungsprogramm durch, in dem über hundert potentiell problematische Chemikalien in der Luft und im Niederschlag gefunden wurden. Zwar treten diese Chemikalien in äußerst niedrigen Konzentrationen auf, sie können sich jedoch in Lebewesen anreichern und sind schwer abbaubar.

Im EU-Projekt „protectAlps“, in dem bayerische und österreichische Partner zusammenarbeiten, soll geklärt werden, ob diese Chemikalien Auswirkungen auf wildlebende Insekten haben können. Den Rahmen für das Projekt bildet die Beobachtung, dass auch abseits intensiv landwirtschaftlich genutzter Flächen das Vorkommen von Insekten in den letzten Jahrzehnten massiv abgenommen hat. Aus diesem Grund schauen sich die Forscher aus Bayern und Österreich Insekten an der Zugspitze und am Sonnblick Observatorium (SBO) in den Hohen Tauern genauer an.

Anfangs wurde festgelegt, welche Insektenarten sich eignen: Es müssen ausreichend Insekten vorhanden sein und die Entnahme darf deren Population nicht beeinflussen. Hummeln, Ameisen und Totengräber-Käfer erfüllen diese Bedingungen und werden deshalb auf ihren Gehalt an schwer abbaubaren Chemikalien untersucht. Im Fokus stehen dabei die Chemikalien, die auch an der UFS und am SBO in den langjährigen Messreihen detektiert werden. Bei ersten Messungen in den Insekten konnten beispielsweise Flammschutzmittel aus Kunststoffen identifiziert werden. Ebenso lässt sich in jeder Probe Quecksilber nachweisen. In detaillierteren Untersuchungen werden diese Analysenergebnisse aktuell abgesichert.

Chemische Wirkung auf Ökosysteme

Ob und wie die Chemikalien auf die Insekten und die Ökosysteme wirken, lässt sich aktuell aufgrund mangelnder Daten noch nicht beurteilen. Doch auch dazu will protectAlps erste Erkenntnisse beisteuern. Zusätzlich sollen an allen gefangenen Insekten Körperstrukturen vermessen werden. So lassen sich Wachstumsschäden feststellen, da beispielsweise keimschädigende Chemikalien Deformationen an Flügeln bewirken können.

Ein weiterer Faktor, der auf Insekten auch in Schutzgebieten wirkt, ist der atmosphärische Eintrag von reaktivem Stickstoff, wie er in Ammoniak oder Stickoxiden enthalten ist. Stickstoff wirkt als Dünger und führt zu einer Veränderung der Pflanzengesellschaften. Dadurch verlieren viele Insekten ihre Wirtspflanzen.

Aus diesem Grund werden in protectAlps an UFS und SBO verschiedene Messverfahren zum Nachweis von reaktiven Stickstoffspezies in der Luft verglichen. Damit sollen, ähnlich der CO2-Konzentrationsmessungen beim Klimawandel, langfristige Aussagen zu Änderungen der Stickstoffeinträge ermöglicht werden. ❐

Blüten- und Bienenpaten gesucht

Verlängerung der Aktion bis 31.05.2020

Seit die Corona-Krise das tägliche Nachrichtengeschehen dominiert, sind Klima- und Artenschutz scheinbar wieder in den Hintergrund getreten. Dabei existiert zwischen ökologischem Handeln und der Virus-Pandemie ein direkter Zusammenhang: Denn Artenschutz ist auch ein aktiver Beitrag zur Eindämmung von Viren und anderen Krankheitserregern, wie etwa der WWF berichtet. Ein Grund mehr für Landwirt Edmund Wurm aus der niederbayerischen Gemeinde Oberschneiding im Landkreis Straubing-Bogen, sich vor die Bewegung „Rettet die Bienen“ zu stellen und durch die Vermittlung von Blüh- und Bienenpatenschaften (www.bienen-pate-bayern.de) aktiv zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen.

Egal ob Privatperson, Organisation oder Unternehmen: Jeder kann beim Projekt Bienen-Pate-Bayern mitmachen. Patenschaften für Blühflächen sind bereits ab einem täglichen Betrag in Höhe von acht Cent möglich, haben eine Laufzeit von wahlweise einem oder fünf Anbaujahren und eignen sich auch als Geschenk. Alternativ zur Blütenpatenschaft können Interessierte auch eine Bienenpatenschaft ab 75 Euro jährlich übernehmen. Bienenpaten dürfen sich einmal im Jahr über ein Glas Honig von „ihrem“ Bienenvolk freuen. Darüber hinaus erhalten alle Paten eine Urkunde. Pro Hektar Blühfläche spendet Bienen-Pate-Bayern im Jahr zudem 100 Euro für Kinder in Not. Weiterführende Informationen und die Antragsformulare für eine Patenschaft finden Interessierte auf der Website der Initiative. ❐

Uniper-Ortstermin in Wackersdorf:

Informationen über Rekultivierungs-Arbeiten auf dem Westfeld

Die Mitarbeiter von Uniper erkundeten mit Mitgliedern der Wackersdorfer Ortsgruppe von Bündnis 90/Die Grünen die verschiedenen Bereiche des Rekultivierungsgelände im ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohletagebau. Begleitet wurde die Gruppe von Teilen der im Gelände lebenden Rehe.

Andreas Stake, Uniper-Projektleiter für das Oberpfälzer Seenland, erklärte anhand der drei Bauabschnitte auf dem Westfeld, wie Uniper aus den mit Abbruchmaterial, Aschen und Abraum verfüllten Braunkohlegruben auf gut 80 Hektar einen ökologisch wertvollen neuen Lebensraum, weg von Fichten-Monokulturen hin zu hochwertigen Magerrasenstandorten mit Blühwiesen, schaffen wird. Wenn möglich, sollen die Flächen später auch öffentlich zugänglich sein. Die Kosten in einem höheren zweistelligen Millionen-eurobetrag trägt Uniper.

Der ökologisch zu betrachtende Raum umfasst 125 Hektar und reicht bis zum naturnahen Weiher- und Vogelschutzgebiet rund um den Hirtlohweiher. Zwischen Westfeld und Hirtlohweiher entsteht über Vernetzung und Wiedervernässung eines Moorwaldbestandes sowie den jüngst begonnenen ökologischen Umbau von reinen Nadelholzwäldern in klimarobuste Mischwälder ein Biotopverbund, der durch einen künftig gleichmäßigeren Wasserzustrom zum Naturschutzgebiet Hirtlohweiher zum Erhalt eines natürlichen Wasser- und Nährstoffhaushalts beiträgt und der drohenden, großflächigen Verlandung des Gebiets entgegenwirkt. Im Zuge des ökologischen Waldumbaus sollen in den kommenden drei Jahren rund 25.000 Bäume sowie bienenfreundliche Blühsträucher entlang der Waldwege gepflanzt werden. Parallel dazu sollen auch die Rekultivierungsarbeiten auf dem Westfeld bis dahin abgeschlossen sein.

Dr. Matthias Alte vom Planungs- und Gutachterbüro Base Technologies GmbH führte aus, dass den jetzigen Arbeiten auf dem Westfeld langjährige Bestandsaufnahmen über Flora und Fauna vorausgegangen sind, aus denen aufwändige Umsiedlungsaktionen der bedrohten Tiere resultierten. Auf den fertig rekultivierten Flächen wurden und werden zahlreiche Stein- und „Totholz-Habitate“ geschaffen, die als neue und zusätzliche Lebensräume für Tiere und Insekten dienen. Schließlich erläuterte Dr. Alte das laufende Forschungsvorhaben zur ressourcen- und energieschonenden Aufbereitung von verunreinigtem Sickerwasser über eine passiv-biologische Sickerwasseraufbereitungsanlage. Das von Base Technologies und der Universität Bayreuth vorangetriebene Vorhaben zur Einführung und Weiterentwicklung einer naturnahen und nachhaltigen Technologie zur Wasseraufbereitung unter vollständigem Verzicht von Energie und Chemikalien wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert und soll ein Leuchtturmprojekt zukünftig nachhaltiger Wasseraufbereitung werden.

Zum Abschluss blickte Stake in die nahe Zukunft: Die Fortsetzung der Rekultivierungsarbeiten auf dem Westfeld startet Dank des milden Winters voraussichtlich schon einen Monat früher als geplant. Damit rückt der Abschluss der Renaturierung des Geländes wieder ein Stück näher. ❐

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen:

Appelle in der Corona-Krise

Der VDV unterstützt den gemeinsamen Vorschlag aller Länderverkehrsminister nach einem Rettungsschirm von mindestens fünf Milliarden Euro für den Nahverkehr. Die Länder hatten dazu ein Schreiben an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer adressiert.

Laut VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff wird die finanzielle Lage bei den Verkehrsunternehmen und Verbünden zunehmend dramatisch: „Wir fahren bundesweit seit Beginn der Krise im Schnitt 80 % des normalen Angebots, haben aber nur noch maximal 30 % des sonst üblichen Fahrgastaufkommens. Den Unternehmen fehlen dadurch Fahrgeldeinnahmen in erheblichem Umfang. Je nach Verlauf des Lockdowns wird sich der Verlust bis Jahresende auf fünf bis sieben Milliarden Euro summieren. Wir brauchen schnelle finanzielle Hilfen, um kurzfristig das Überleben zu sichern. Und wir benötigen eine weitergehende Lösung, um die noch kommenden Verluste ausgleichen zu können. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Länderverkehrsminister ausdrücklich."

Enger Schulterschluss

Angesichts von nur noch maximal 30 % der sonst üblichen Fahrgäste hätten die Verkehrsunternehmen eigentlich ihre Angebote massiv zurückfahren und einschränken müssen, fuhr Wolff fort. Doch das Gegenteil sei der Fall gewesen. Tatsächlich wurde die Betriebsleistung teils gar nicht und insgesamt sehr zurückhaltend reduziert. So wurde im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in Absprache mit den Bundesländern und Aufgabenträgern das SPNV-Angebot im März um rund 9 % und im April um rund 24 % reduziert. In manchen Bundesländern wurden 100 % der Verkehre erbracht.

Auch im städtischen Nahverkehr wurde im engen Schulterschluss mit den Aufgabenträgern agiert. Im Ergebnis betragen die Reduzierungen im März rund 12 % und im April rund 20 %. „Rein betriebswirtschaftlich betrachtet hätten unsere Mitgliedsunternehmen ihr Angebot deutlich reduzieren müssen, um Kosten zu sparen und damit Einnahmenverluste auszugleichen. Aber wir sind in Deutschland ein zentraler Baustein der Daseinsvorsorge und haben einen weitergehenden Auftrag. Die ÖPNV- und SPNV-Unternehmen haben auch auf ausdrücklichen Wunsch der Politik von Beginn der Epidemie an in sehr hohem Maße die Verkehre weiter aufrecht erhalten, damit die Menschen, die Mobilität benötigen, an ihren Arbeitsplatz kommen konnten und das ganze Land weiter in Bewegung blieb. Gleichzeitig haben wir mit dem umfassenden Fahrplanangebot ganz überwiegend auch für ausreichende Abstände zwischen den Fahrgästen Sorge tragen können", stellte der Hauptgeschäftsführer fest.

Bus- und Bahnunternehmen: kaum Kurzarbeit

Der VDV weist zudem darauf hin, dass die Branche so gut wie keine Kurzarbeit angemeldet hat, obwohl die nötigen Voraussetzungen dafür vorgelegen hätten. Vergleiche man die Kurzarbeiterquote anderer in der Verkehrsbranche tätigen Unternehmen – beispielsweise dem Luftverkehr – hätten die Bus- und Bahnunternehmen rund 97.000 Beschäftigte in Kurzarbeit schicken können. Im Ergebnis wären dem Staat dadurch monatliche Aufwendungen für Kurzarbeit in Höhe von rund 90 Millionen Euro entstanden, die so erspart bleiben.

Trotz der geringen Angebotsreduzierungen seien erhebliche Mehraufwendungen entstanden, etwa durch Extrareinigungen von Fahrzeugen, Fahrzeugdesinfektion und Reinigungsmaterial sowie Atemschutzmasken für das eigene Personal. Infektionsschutzmaßnahmen zu Schichttrennungen in Leitstellen und Werkstätten steigerten den Personalaufwand. Dieser Mehraufwand liege in einer ersten Abschätzung für die Zeit des bisherigen Lockdowns in einer Größenordnung von 35 Millionen Euro branchenweit.

Kapazitäten schaffen

Daneben stünden Investitionen und Mehraufwendungen, die für den Hochlauf des Verkehrs seit dem 4. Mai notwendig sind – etwa für den Trennschutz bei Fahrerinnen und Fahrern, um wieder alle Bustüren öffnen zu können. Zudem müssten, je nach Fahrgastaufkommen, zusätzliche Kapazitäten, etwa durch die Anmietung von Reisebussen, beschafft werden. „Die zusätzlichen Kosten für diese Maßnahmen werden abschätzbar im dreistelligen Millionenbereich liegen. Auch hierfür müssen Bund und Länder gemeinsam eine kurzfristige finanzielle Lösung finden", befand Wolff.

Unterstützt wird vom VDV die Idee einer Mobilitätsprämie für Bürgerinnen und Bürger, mit der sich ein Bündnis aus Verbänden der Zivilgesellschaft und NGOs an die Bundesregierung gewandt hat. Zugleich betont der Branchenverband des Öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs, dass bei den nun zu treffenden politischen Beschlüssen die Sicherung und Zukunft des gesamten Verkehrssektors oberste Priorität haben muss.

Nach den Worten von VDV-Präsident Ingo Wortmann „bleibt die Verkehrswende das unter allen Umständen zu erreichende Ziel im Mobilitätssektor, sonst drohen Deutschland weitere Milliarden an Strafzahlungen von der EU. Insofern unterstützen wir die Idee einer Mobilitätsprämie, mit der die Bürgerinnen und Bürger selber und frei entscheiden können, für welches Verkehrsmittel sie dieses Geld einsetzen. Die Bevölkerung in Deutschland hat unterschiedlichste Mobilitätsbedürfnisse. Eine flexibel einzusetzende Prämie wäre daher ein passendes Mittel, um alle Verkehrsanbieter zu unterstützen.

Schienengüterverkehr

Darüber hinaus spricht sich der VDV gemeinsam mit den Branchenverbänden Allianz pro Schiene, Netzwerk Europäischer Eisenbahnen und dem Verband der Güterwagenhalter in Deutschland VPI für einen Stabilitätsfonds für den Schienengüterverkehr aus. In einer gemeinsamen Erklärung wird die Bundesregierung aufgefordert, die Unternehmen bei der Sicherung der Versorgung in der Corona-Krise zu unterstützen. Die Verbände verweisen auf die zentrale Rolle, die der Schienengüterverkehr in der Krise für die zuverlässige Lieferung von Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen Gütern spiele; auch wird vor Verkehrsverlagerungen von der Schiene auf die Straße gewarnt.

Die hohen Erwartungen der Politik habe die Branche voll erfüllt, heißt es in dem Papier. Für den hohen Aufwand müsse es eine Kompensation geben. Vor allem krisenbedingte Betriebsmehrkosten wie zum Beispiel Abstell- und Zwischenlagerkosten und Stornierungsentgelte müssten kurzfristig und unbürokratisch aufgefangen werden. Als Finanzrahmen für den Stabilitätsfonds halten die Verbände einen dreistelligen Millionenbetrag für angemessen.

Ruf nach Ausweitung der Trassenpreisförderung

Zudem fordern die Branchenverbände, die sogenannte Trassenpreisförderung von aktuell 47 auf bis zu 100 Prozent auszuweiten und die angekündigte Anlagenpreisförderung kurzfristig zu starten. Zudem müsse der Bund die Steuer- und Abgabenbelastung durch Stromsteuer, EEG-Umlage und Emissionshandel reduzieren, die den elektrisch betriebenen Güterverkehr auf der Schiene angesichts der stark gesunkenen Dieselpreise besonders trifft.

Die zur Überwindung der Krisenfolgen derzeit diskutierten Konjunkturprogramme müssen aus Sicht der Verbände eine Nachhaltigkeitsabschätzung durchlaufen. Weder den Kunden noch der Regierung wäre beispielsweise damit gedient, wenn wenige Monate vor dem Start der CO2-Bepreisung Spritschlucker durch Kaufprämien oder Mehrwertsteuerverzicht in den Markt gedrückt würden.

Umgekehrt wird darauf hingewiesen, dass im Schienenverkehr viele klimafreundliche Innovationen wegen mangelnder Beiträge des Bundes weiterhin im Wartestand stehen. Die ambitionierten eisenbahnpolitischen Ziele des Koalitionsvertrages spiegelten sich auch im beschlossenen Nachtragshaushalt des Bundes für 2020 leider noch nicht wider. **DK**

Die Bayernwerk Netz GmbH wird sich in den nächsten fünf Jahren in der Stadt Grafenwöhr in der Oberpfalz um die vollständige Wartung der Straßenbeleuchtung kümmern. Bild: Stephan Beimler / Bayernwerk

Grafenwöhr:

Partnerwahl für die Straßenbeleuchtung

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) wird sich in den nächsten fünf Jahren in der Stadt Grafenwöhr in der Oberpfalz um die vollständige Wartung der Straßenbeleuchtung kümmern. Nach zwischenzeitlicher Betreuung durch einen Wettbewerber konnte sich das Energieunternehmen mit Sitz in Regensburg nach einjähriger Testphase für die Vergabe der Wartung, Instandhaltung und Störungsbeseitigung ab 1. Mai 2020 empfehlen. Das gesamte Beleuchtungsnetz im Stadtgebiet umfasst rund 1.600 Brennstellen.

Grafenwöhr hat mit Beschluss des Stadtrats am 16. April 2020 dem Bayernwerk den Auftrag für die komplette Wartung und Instandhaltung der Straßenbeleuchtung bis Ende April 2025erteilt. Somit ist das Bayernwerk in den nächsten fünf Jahren für die Straßenbeleuchtung der Kommune und den sicheren Betrieb der rund 1.600 Leuchten verantwortlich. Ein Drittel der Leuchten ist bereits von konventioneller Technik auf moderne, umweltfreundliche LED-Technik umgestellt worden. Die Kommune beabsichtigt nach eigener Aussage in den kommenden Jahren noch weitere Umrüstungen auf LED.

Bestätigung guter Leistung

Kommunalmanager Markus Windisch vom Bayernwerk sagte zur Entscheidung der Kommune: „Das Bayernwerk hat sich mit guten Leistungen und einem überzeugenden Konzept für eine langfristig verlässliche Wartung der Straßenbeleuchtung durchgesetzt. Das entgegenbrachte Vertrauen ist für uns Bestätigung und Ansporn zugleich." Zum Umfang der angebotenen Leistung zählt neben der turnusmäßigen Wartung, Dokumentation, Reinigung und technische Prüfung eine 24-Stunden-Bereitschaft und regelmäßige Tests der Standsicherheit ausgewählter Masten.

Kosten: rund 200.000 Euro

„Wir freuen uns sehr, dass unsere guten Leistungen dazu geführt haben, dass wir die Stadt Grafenwöhr von einer Weiterführung unserer technischen Wartungsleistungen in der Straßenbeleuchtung überzeugen konnten", stellte Markus Windisch fest. Die Kosten für die Serviceleistungen liegen für die gesamte Vertragslaufzeit bei rund 200.000 Euro.

Grafenwöhr liegt im Zuständigkeitsbereich des Bayernwerk-Kundencenters Weiden. Vom Kundencenter Weiden aus betreuen mobile Servicetechniker das Bayernwerk-Netz in der Region. ❐

Landkreis Regensburg:

Abschlussbericht für neues Radmobilitätskonzept

Der Abschlussbericht für das neue Radmobilitätskonzept des Landkreises Regensburg liegt vor. Geschäftsführer Paul Fremer und Projektleiter Thorsten Zobel vom beauftragten Planungsbüro RV-K (Frankfurt am Main) konnten ihn nach einer Projektlaufzeit von knapp 12 Monaten jetzt Landrätin Tanja Schweiger zwar – coronabedingt – nicht persönlich aushändigen, aber dennoch auf elektronischem Wege zuleiten.

Der Abschlussbericht enthält 128 Neu- und Ausbaumaßnahmenvorschläge, 130 Vorschläge für punktuelle Verbesserungen wie etwa den Bau von Querungshilfen, Bordsteinabsenkungen oder Beschilderungsänderungen sowie 37 nicht-bauliche Maßnahmenempfehlungen wie die Ausweisung von Fahrradstraßen oder die Beleuchtung von Unterführungen. Weiter wurden alle 13 im Landkreis Regensburg gelegenen Bahnhöfe in Bezug auf die dortigen Rad-Abstellmöglichkeiten untersucht und bewertet.

Insgesamt ist ein Radverkehr-Zielnetz mit 887 Kilometern entstanden; davon 121 Kilometer überregionale Verbindungen, 278 Kilometer regionale Verbindungen und 488 Kilometer nahräumliche Verbindungen. Von den 887 Kilometern bedürfen 207 Kilometer eines Ausbaus oder einer Optimierung. So sollen nach den Vorschlägen des Radkonzepts beispielsweise auf 128,5 Kilometern Radwege neu gebaut werden, auf 40,6 Kilometern wird eine Asphaltierung und auf 7,4 Kilometern eine Ausbesserung der Oberfläche empfohlen. Das Konzept schlägt des Weiteren die Ausweisung von neun Fahrradstraßen mit einer Gesamtstreckenlänge von 9,4 Kilometern vor. Für 8,2 Kilometer wird empfohlen, die Benutzungspflicht aufzuheben. Im Konzept enthalten sind weiter vier Vorschläge für Fahrradschnellwege (Regenstauf-Zeitlarn-Regensburg, Bad Abbach-Pentling-Regensburg, Köfering-Obertraubling-Regensburg, Wörth a.d. Donau-Donaustauf-Regensburg).

Breit angelegtes Verfahren

Landrätin Tanja Schweiger: „Mit dem neuen Radmobilitätskonzept haben wir jetzt die konzeptionelle Grundlage für die dann folgende Umsetzung der konkreten Projekte durch die jeweils zuständigen Baulastträger geschaffen. Es liegt jetzt an den Gemeinden, am Staatlichen Bauamt Regensburg oder auch am Landkreis Regensburg selbst, die als wichtig festgestellten Radwegeprojekte in eigener Zuständigkeit zu realisieren. Der große Vorteil der gemeinsamen Zielplanung besteht darin, dass sich alle Projekte zu einem großen Gesamtplan zusammenfügen, unabhängig von deren Realisierungszeitpunkt."

In einem breit angelegten Verfahren wurden seit Mitte Mai 2019 alle beteiligten Behörden, Fachstellen und Verbände in die Konzepterstellung einbezogen. Mit unterschiedlichen Beteiligungsformen, wie etwa einer Online-Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger oder Workshops mit Schülerinnen und Schülern an den Realschulen Regenstauf und Neutraubling, wurden neben einer engen Einbindung der 41 Landkreisgemeinden sowie weiterer Straßenbaulastträger alle Informationen, Anregungen und Hinweise zusammengefasst. Mitte Februar 2020 wurden dann in einer großen Plenumssitzung die vom Planungsbüro vorgenommenen Priorisierungen nochmals diskutiert und anschließend in der eingerichteten Steuerungsgruppe final beraten.

Der Abschlussbericht ist auf der Homepage des Landkreises Regensburg unter http://www.landkreis-regensburg.de/wirtschaft-energie/radkonzept/ eingestellt. Die dort genannte Priorisierung der Maßnahmenvorschläge (Prioritäten: 1, 2 und 3) gibt deren Bedeutung aus radverkehrlicher Sicht wieder. Aufgrund der verschiedenen Zuständigkeiten muss dies aber nicht zwingend der Reihenfolge der Umsetzung entsprechen. Und selbstverständlich müssen die Umsetzungsprojekte auch die notwendigen Genehmigungsverfahren und Fachstellenbeteiligungen durchlaufen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit fördert die Konzepterstellung im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinititative mit rund 50 Prozent der Kosten. ❐

Staatsministerin Schreyer:

Drei Gleise jetzt, vier Gleise bleiben möglich

Die Ministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, Kerstin Schreyer, hat in einem Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Benjamin Miskowitsch und Landrat Thomas Karmasin bestätigt, dass die Staatsregierung die Stärkung der S-Bahn-Außenäste vorantreibe.

Es sei der politische Wille, in der Zukunft auch den viergleisigen Ausbau der S4 zu ermöglichen. Allerdings dürften die aktuellen Planungen für die Dreigleisigkeit dadurch nicht gefährdet werden, damit die Fahrgäste möglichst schnell entlastet würden. Die Planungen würden aber so realisiert, dass die Möglichkeit, später noch ein viertes Gleis zu realisieren, nicht verhindert wird.

Landrat Thomas Karmasin sieht seine Auffassung durch die Aussage der Ministerin bestätigt: „Ich bin dankbar, dass die Ministerin noch einmal klargestellt hat, dass die zeitnahe Realisierung des dritten Gleises einen späteren Ausbau auf vier Gleise nicht verhindert. Deshalb: jetzt schnelle Verbesserung für die Pendler und Pendlerinnen statt weiterer Verzögerungen für eine Optimallösung irgendwann!" Abgeordneter Miskowitsch, der den Termin organisiert hatte, sagte: „Der Termin mit der Ministerin war gut und wichtig, um die Brisanz der Thematik nochmals zu platzieren." ❐

jumbo group
smart dry GmbH

Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen

Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Novelle des Personenbeförderungsgesetzes:

Kommunale Steuerung und neue Mobilitätsformen

SGK-Bundesvorstand verabschiedet Positionspapier

Der SGK-Bundesvorstand hat auf seiner jüngsten Sitzung ein Positionspapier zur Novelle des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) verabschiedet. Bereits seit Beginn des vergangenen Jahres liegen hierzu Eckpunkte des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vor und eine Findungskommission wurde eingesetzt. Noch ist jedoch nicht absehbar, wann das Gesetzgebungsverfahren starten wird. Den anstehenden Gesetzgebungsprozess will die Bundes-SGK mit diesem Beschluss begleiten.

Im Koalitionsvertrag ist der Auftrag zur Reform des PBefG festgehalten. Darin heißt es u.a.: „Wir wollen, dass Mobilität über alle Fortbewegungsmittel (z. B. Auto, ÖPNV, E-Bikes, Car- und Ride Sharing, Ruftaxen) hinweg geplant, gebucht und bezahlt werden kann und führen deshalb eine digitale Mobilitätsplattform ein, die neue und existierende Mobilitätsangebote benutzerfreundlich miteinander vernetzt. Um dies zu erreichen, müssen einheitliche, offene Standards entwickelt und eingehalten werden. Wir wollen Ruf- und Bürgerbusse stärken und etwaige Regelungshindernisse beseitigen. Wir wollen digital organisierte private Mitfahrgelegenheiten unterstützen (insbesondere von Pendlern). Wir werden das Personenbeförderungsgesetz mit Blick auf neue digitale Mobilitätsangebote modernisieren. Wir wollen einen Rechtsrahmen für das autonome Fahren schaffen, der Datenschutz und Datensicherheit ebenso gewährleistet wie ein Höchstmaß an Sicherheit."

Kommunen müssten entsprechende Steuerungsmöglichkeiten erhalten. Gute soziale Rahmenbedingungen zum Schutz der Beschäftigten seien dabei zentrale Voraussetzung. Sowohl der Taxi- wie auch der Mietwagenbetrieb soll von regulatorischen Entlastungen profitieren. „Für einen attraktiven und in die Zukunft gerichteten ÖPNV wollen wir digitale Informations- und Vertriebssysteme fördern."

Städte in Bedrängnis

Laut SGK gibt es Beispiele aus den Städten Pforzheim und Hildesheim, die verdeutlichen, wie öffentliche Verkehrsunternehmen durch den im Personenbeförderungsgesetz verankerten Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre sowie dem Nebeneinander von Aufgabenträgern und Genehmigungsbehörden bei Zulassung und Verkehrsplanung in Bedrängnis geraten können – mit negativen Folgen für die Beschäftigten. Eine solche Entwicklung sei gerade mit Blick auf die Gewährleistung einer guten Mobilität für alle Regionen und die Herausforderungen zur Erreichung der Klimaziele zu verhindern.

Das PBefG soll den neuen Gegebenheiten der Digitalisierung, dem Klimaschutz, den neuen Mobilitätsformen und -Bedürfnissen in der Stadt und auf dem Land angepasst werden. Aus kommunaler Perspektive müssen Antworten auf folgende Fragen und Anforderungen gefunden werden: 1. Wie kann gewährleistet werden, dass die Kommunen die Steuerung und Kontrolle über die Mobilitätsangebote und ihre Standards behalten bzw. erlangen? 2. Wie können neue Mobilitätsformen, digitale Buchungsmöglichkeiten und Pooling inklusive der dazu notwendigen Plattformen in die Nahverkehrsplanung als sinnvolle Ergänzung für eine Ausweitung des Angebots integriert werden? 3. Der ÖPNV als Aufgabe der Daseinsvorsorge soll ausgebaut und attraktiver werden, um das Leben in der Stadt und auf dem Land zu verbessern. Dieses Ziel kann nur unter Einhaltung von ökologischen, sozialen und qualitativen Standards erreicht werden. Verantwortung und Kontrolle müssen vor Ort bei den Kommunen liegen.

Verpflichtendes Instrument

Der Nahverkehrsplan des Personenbeförderungsgesetzes soll aus Sicht der Bundes-SGK zum zentralen verpflichtenden Instrument der kommunalen Aufgabenträger werden, um den öffentlichen Verkehr nach den jeweiligen Bedürfnissen gestalten zu können. Dementsprechend muss die Novelle „die Kommunen als Aufgabenträger stärken, indem sie klarstellt, dass über die Nahverkehrspläne soziale, qualitative und ökologische Standards auch für eigenwirtschaftliche Verkehre gelten. Alternativ sollten für den Fall, dass eine Kommune keinen Nahverkehrsplan ausgearbeitet hat, Standards auch bereits über die Vorabbekanntmachung verankert werden können. Die Nahverkehrspläne sollten auch Festlegungen über Kapazitäten, Preise und Sicherheitsstandards enthalten und für die Genehmigungsbehörden bindend sein."

On-Demand und Ride-Pooling-Angebote sollten als Alternativen im ÖPNV zugelassen werden. Um dies rechtssicher zu ermöglichen, sei eine Verankerung der neuartigen Angebote im Nahverkehrsplan und deren Ermöglichung als integrierter Teil des ÖPNV bereits im PBefG als eigene Verkehrsform notwendig. „Sie können innerhalb des Nahverkehrs als Ergänzung zu den Linien- bzw. den Gelegenheitsverkehren vor allem in suburbanen und ländlichen Regionen sinnvoll sein, müssen aber zwingend in der Kontrolle der Kommunen ausgestaltet werden, um Fehlentwicklungen zu verhindern. Wenn ein kostendeckender Betrieb nicht möglich ist, kann der Aufgabenträger Leistungen ähnlich wie im Linienverkehr bestellen."

„Rosinenpickerei" verhindern

Aus kommunaler Sicht dürfen neue Mobilitätsformen nur zusätzliche Angebote generieren und bestehende Lücken füllen, ohne die Wirtschaftlichkeit und Effektivität der bestehenden Strukturen zu gefährden. „Rosinenpickerei" privater Anbieter, d.h. eine Strategie zur Übernahme nur von wirtschaftlich interessanten Verkehren, soll verhindert werden, weil deren Herauslösung aus dem bestehenden Gefüge öffentlicher Verkehre diesen insgesamt gefährden würde. Ähnliches gilt für eine Markteroberung über einen Dumpingwettbewerb.

Darüber hinaus muss durch eine Änderung des PBefG sichergestellt werden, dass durch die digitale Vermittlung von Beförderungsangeboten keine Schlupflöcher für eine vor Ort bestehende Genehmigungspflicht entstehen. Nur so können die Kommunen eine adäquate Planung ihres ÖPNV gewährleisten. Zudem muss das Taxi als eine bewährte Mobilitätsform erhalten bleiben. Eine Flexibilisierung der Tarifstrukturen bei Sharing-Angeboten im Taxenverkehr mit Ober- und Untergrenzen und der Ersatz der Ortskundeprüfung durch einen „kleinen Fachkundenachweis" (bei Fahrern von Taxi-, Mietwagen und Poolingdiensten) könnten hier unterstützend wirken.

„Gute Mobilität-Gesetz"

Nach Auffassung der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker muss ein größerer Wurf – ein „Gute Mobilität-Gesetz" – über das Ende der Legislaturperiode gedacht werden, „denn die Anforderungen durch Klimaschutz und Luftreinhaltung sind hoch. Wer in Zukunft einen attraktiveren öffentlichen Nahverkehr anbieten will, um den Modal-Split maßgeblich zu verändern, muss maximale Entscheidungs- und Planungsfreiheit haben."

Mit den bestehenden politischen Mehrheiten auf Bundesebene sei ein Ende des Vorrangs der Eigenwirtschaftlichkeit gegenwärtig nicht durchzusetzen. Darüber hinaus gebe es jedoch noch viele Möglichkeiten, den ÖPNV zu verbessern: zum Beispiel durch Zieldefinitionen für die Erreichbarkeit von Angeboten (Mobility as a Service) und die dazu notwendige digitale Infrastruktur sowie die Auflösung von Tarifgrenzen. In diesem Zusammenhang seien raumplanerische Fragen, Fragen des Straßenrechts (z.B. Sondernutzungsrecht) für nicht stationsbasierte Angebote und Finanzierungsfragen zu klären. **DK**

V.l.: Jörg Wohlfahrt (Taxi München eG), Verkehrsstaatssekretär Klaus Holetschek, Christian Hess (Isarfunk), Alfred Lehmair (Landesverband bayerischer Taxi- und Mietwagenunternehmen e.V.), Alexander Mönch (Free Now), Christoph Weigler (Uber), Donald Huber (Taxiunternehmer). Bild: StMB

Bayerisches Verkehrsministerium und Taxi- und Mietwagenbranche:

Maßnahmen zum Schutz von Fahrern und Fahrgästen

Mundschutz, häufiges Händewaschen, Niesen und Husten in die Ellenbeuge: Die üblichen Hygienehinweise zur Eindämmung des Corona-Virus gelten auch in Taxis und Mietwagen. Darüber hinaus haben der Bayerische Taxi- und Mietwagenverband e.V., Free Now, Uber, die Taxi München eG und IsarFunk gemeinsam mit dem Bayerischen Verkehrsministerium weitere Maßnahmen entwickelt, um Fahrgäste sowie Fahrerinnen und Fahrer zu schützen.

„Die Gesundheit steht jetzt an oberster Stelle", betont Bayerns Verkehrsstaatssekretär Klaus Holetschek. „Deshalb gibt es in immer mehr Fahrzeugen Trennvorrichtungen zwischen Fahrer und Fahrgast, die vor einer Ansteckung schützen sollen. Damit das funktioniert, sind wir auch auf die Mithilfe der Fahrgäste angewiesen: Bitte halten Sie Abstand und steigen Sie immer hinten ins Auto ein."

Hinweise an Beifahrertüren

Wie im gesamten öffentlichen Nahverkehr wird auch in Taxis und Mietwagen mit Fahrern eine Pflicht zur Mund-Nasen-Bedeckung gelten. „Genau wie in Bus und Bahn gilt auch hier: Bedecken Sie Mund und Nase mit einer Maske, einem Tuch oder Schal", so Holetschek.

Um auf die neuen Regeln hinzuweisen, hat ein Großteil der Unternehmen an den Beifahrertüren Hinweise angebracht, die an den Einstieg im hinteren Teil des Fahrzeugs erinnern. Außerdem bitten Holetschek und die Unternehmer schon ab einer Gruppe von drei Personen ein Großraumfahrzeug zu rufen und möglichst bargeldlos zu bezahlen. Hierfür haben die Unternehmen ihre Möglichkeiten zur bargeldlosen Bezahlung, beispielsweise per App oder EC-Karte, ausgeweitet.

Wichtige Rolle

„Ich freue mich sehr, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen und wir gemeinsam Lösungen erarbeiten konnten", so Holetschek weiter. „Dank dieser Maßnahmen ist es weiterhin bedenkenlos möglich, Taxi zu fahren oder sich einen Mietwagen mit Fahrer zu nehmen. Den Unternehmen, Verbänden und insbesondere den Fahrerinnen und Fahrern gilt an dieser Stelle mein ausdrücklicher Dank. Sie übernehmen eine wichtige Rolle in dieser Zeit, indem Sie unter anderem Krankentransporte durchführen und Menschen, die im Gesundheitsbereich oder anderen systemrelevanten Berufen tätig sind, zu ihren Arbeitsplätzen bringen. Dafür ein herzliches Vergelt's Gott!" ❐

Altlandrat Franz Meyer:

„Der Rufbus ist jetzt noch flexibler"

Dieses Angebot wird viele ÖPNV-Nutzer im Landkreis Passau freuen: Der Rufbus bringt seine Fahrgäste jetzt direkt zur gewünschten Zieladresse. Das hatte der Verkehrsausschuss des Landkreises Passau neben weiteren umfassenden Verbesserungen im ÖPNV beschlossen. Altlandrat Franz Meyer verweist auf die schnelle Umsetzung der Vorgaben: „Unser ÖPNV ist jetzt noch attraktiver."

Das Konzept des Rufbusses gibt es im Landkreis Passau bereits seit einiger Zeit. Fahrgäste können innerhalb eines festgelegten Fahrplans einen Rufbus zur Wunschhaltestelle bestellen und damit bequem und schnell von A nach B kommen. Das hat zunächst den Vorteil, dass öffentliche Verkehrsmittel auch an Orten genutzt werden können, die vom regulären Linienverkehr nicht bedient werden. Darüber hinaus fährt der Rufbus nur dann, wenn dieser bestellt wurde und tatsächlich genutzt wird. Dieses Angebot ist also auch im Hinblick auf den Klimaschutz eine zukunftsfähige Alternative. Denn Leerfahrten gibt es damit beim Rufbus nicht. Meyer: „Viele reden vom ÖPNV, wir tun etwas und handeln."

Mit der neuen einseitigen Zielanbindung wird das Rufbusangebot nun noch ein Stück flexibler. Fahrgäste können nun im Ort ihrer gewünschten Zielhaltestelle direkt an ein adressgenaues Ziel ohne Zusatzkosten befördert werden. Bisher mussten die Fahrgäste an den vorgegebenen Haltestellen aussteigen. Franz Meyer spricht von einer „deutlichen Attraktivitätssteigerung" des gesamten ÖPNV im ländlichen Raum und hofft, dass dieses Konzept auch in anderen Landkreisen bald Standard ist. Der Landkreis Passau ist bayernweit einer der Ersten, der so ein flexibles Rufbussystem anbietet. Fahrgäste können dieses Angebot für künftig 50 Euro pro Jahr auf allen Rufbuslinien im Landkreis Passau nutzen.

Neben den Verbesserungen im Rufbussystem hatte der Verkehrsausschuss auch eine Ausweitung der Gültigkeit des Öko-Netz-Tickets beschlossen, so Meyer. Dieses kann an Schultagen bereits ab 13 Uhr statt wie bisher ab 14 Uhr auf allen Linien – egal ob Bus oder Bahn – der Verkehrsgemeinschaft im Landkreis Passau (VLP) genutzt werden. Die Reaktionen auf dieses ausgeweitete Angebot sind sehr positiv. Außerdem fängt der Landkreis steigende Betriebskosten der Verkehrsunternehmer auf, so dass es für Fahrgäste erstmals in der Geschichte der Verkehrsgemeinschaft Landkreis Passau (VLP) zum Jahreswechsel keine Tariferhöhungen gibt.

2020 gibt der Landkreis Passau für den ÖPNV einschließlich der Kosten für die Schülerbeförderung rund vier Millionen Euro an Eigenmitteln aus. Basis dafür ist der mit großer Mehrheit kürzlich vom Kreistag beschlossene Kreishaushalt. Insgesamt kostet der ÖPNV mit Schülerbeförderung im Landkreis Passau rund zehn Millionen Euro, so der Altlandrat. „Geld aus unserem Kreishaushalt, das wirklich bestens angelegt ist." ❐

Luftfahrtbranche:

Förderprogramm geht an den Start

Aiwanger: „Geben der bayerischen Luftfahrtindustrie Rückenwind"

Mit dem Förderaufruf für ein millionenschweres Forschungsprogramm in der Luftfahrtindustrie stärkt Bayern seine Position als führender Hightech-Standort.

Laut Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger „ist die Luftfahrtbranche eine strategische Schlüsselindustrie und ein Innovationsmotor für Bayern. Mit unserem neuen Förderprogramm geben wir den Unternehmen der Luftfahrtindustrie Rückenwind und steigern ihre Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen innovativen Ideen zum Durchbruch verhelfen, um die bayerischen Luftfahrtstandorte auszubauen und Arbeitsplätze langfristig zu sichern."

Nachhaltiges Zeichen

Die Förderung von Vorhaben zur Steigerung der Produktivität und Materialeffizienz in der Luftfahrtindustrie (BayLu25) ergänzt die Luftfahrtforschung des Bundes (LuFo VI). Für die Jahre 2020 bis 2023 werden Fördermittel in Höhe von 20 Millionen Euro ausgereicht, die bei den beteiligten Unternehmen und Forschungseinrichtungen Investitionen von rund 40 Millionen Euro auslösen. Die Ergebnisse und Innovationen sollen auf weitere Branchen wie die Automobilindustrie, die Medizintechnik oder den Maschinenbau ausstrahlen.

„Damit setzen wir nicht nur ein starkes und nachhaltiges Zeichen für die Luftfahrtbranche, sondern investieren in die Zukunftsfähigkeit des gesamten Wirtschaftsstandorts Bayern", machte der Wirtschaftsminister deutlich. ❐

Landkreis Aschaffenburg:

Messkampagne auf den Kreisstraßen

Zur Zustandserfassung der Kreisstraßen wird derzeit eine Messkampagne im Auftrag des Landkreises Aschaffenburg – Kreisstraßenverwaltung durchgeführt. Die hierzu notwendigen Befahrungen werden – wetterabhängig – voraussichtlich bis zum 30.06.2020 abgeschlossen sein.

Für die Messkampagne wird ein mit Stereo- und Panoramakameras ausgerüstetes Fahrzeug das Straßennetz befahren und alle im Straßenkorridor befindlichen Objekte der Straßenausstattung und Straßenbestandteile dreidimensional erfassen. Die Kreisstraßenverwaltung benötigt die daraus generierten Informationen als Grundlage für verschiedene, gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben, insbesondere für Planungszwecke sowie für Bestands- und Zustandsanalysen der Kreisstraßen.

Datenschutzkodex

Die Befahrung erfolgt durch das Unternehmen iNovitas Deutschland GmbH, ein freiwilliges Mitglied des SRIW – Verein Selbstregulierung Informationswirtschaft e.V.. Um bei den Aufnahmefahrten sowie der späteren Verwendung der Bildaufnahmen geltenden Datenschutzbestimmungen Rechnung zu tragen und einen transparenten Umgang mit dem Bildmaterial zu gewährleisten, hat sich das durchführende Unternehmen freiwillig verpflichtet, den Datenschutzkodex für Geodatendienste des SRIW einzuhalten.

In den Bildern werden alle Kfz-Kennzeichen und Gesichter automatisch unkenntlich gemacht (verpixelt). Eine Veröffentlichung der Bilder ist nicht beabsichtigt.

Sollte es gewünscht sein, dass Fassaden von Privatgebäuden unkenntlich gemacht werden, steht den Betroffenen das Recht zu, Widerspruch gegen die Darstellung des Objektes einzulegen. Der Widerspruch kann unter Angabe der Adresse des Objekts in schriftlicher Form erfolgen. ❐

MVV-Verbundlandkreise übergeben Positionspapier S-Bahn München:

Außenäste stärken, neue Verkehrslösungen durchdenken

Der Großraum München boomt – das spürt auch die S-Bahn. Gebaut wurde sie für 250.000 Menschen, heute nutzen sie bis zu 840.000 Menschen jeden Tag. Gefragt sind deswegen neue Lösungen, um die S-Bahn als Rückgrat des Nahverkehrs rund um München fit für die Zukunft zu machen. In einem überarbeiteten und an Verkehrsministerin Kerstin Schreyer übergebenen Positionspapier haben die MVV-Verbundlandkreise dazu ihre Gedanken und Wünsche dargelegt.

„Zahllose Rückmeldungen der Pendler, die nahezu tagtäglich mit den Schwierigkeiten im System konfrontiert sind, sind für mich gleichermaßen Anspruch und Triebfeder, für weitergehende und schnell umsetzbare Verbesserungen im System einzustehen“, betonte Ebersbergs Landrat Robert Niedergesäß, Sprecher der MVV-Verbundlandkreise.

Rückgrat des ÖPNV

Laut MVV-Geschäftsführer Dr. Bernd Rosenbusch „ist die S-Bahn München, mit der Stammstrecke in der Innenstadt, nicht nur für die Landeshauptstadt eine Hauptschlagader des Verkehrs. Sie ist auch und gerade auf den Außenästen – zusammen mit den Busverkehren als Zubringer – das Rückgrat des ÖPNV in den Verbundlandkreisen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir gemeinsam Ideen entwickeln, diese umsetzen und an Stabilität und Angebot des Schienenpersonennahverkehrs im MVV-Raum arbeiten.“

Ergänzend zu den bereits vorgebrachten Schwerpunktforderungen werden in dem aktuellen Positionspapier weitere Handlungsschwerpunkte deutlich gemacht. So fordern die Landkreise sowohl Maßnahmen zur sofortigen und dauerhaften Verbesserung der Pendlersituation, auch und gerade während der anstehenden Bauphase, als auch die kurz-, mittel- und langfristige Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung verkehrlich sinnvoller Infrastruktur- und Betriebsmaßnahmen.

Kluge Planung erforderlich

„In diesem Zusammenhang gilt es auch den Grundsatz zu hinterfragen, wonach die DB Schienenstrecken nicht auf Vorrat und stets nach dem Gebot der Sparsamkeit planen und realisieren darf“, heißt es in dem Positionspapier. „Wir brauchen eine kluge und weitblickende Planung, damit eine Infrastruktur entsteht, die auch den Anforderungen künftiger Generationen gerecht wird.“

Aus Sicht der Landkreise gibt es vielfache Optionen, sowohl die Schieneninfrastruktur als auch das Angebot von S-Bahn München und Regionalzugverkehr entscheidend zu verbessern. Ergänzend zum Positionspapier aus 2017 wurden die Handlungsfelder „Angebotsverbesserungen bei der S-Bahn München“ (Schließen von Taktlücken, Frühfahrten, Fahrten in der SVZ / nachts, etc.), wo infrastrukturell und betrieblich möglich sofort und nicht erst mit Inbetriebnahme der 2. Stammstrecke umsetzen), „Angebotsverbesserungen bei den Regionalzügen“ (zusätzliche Halte und Angebote), „Prüfung und ggf. Weiterentwicklung vorliegender Störfallkonzepte“, „Erarbeitung stabiler Fahrplankonzepte“ sowie „kurzfristige Maßnahmen zur Ergänzung des SPNV“ in die Auflistung aufgenommen.

Vielfache Optionen

Daneben liegt der Fokus u.a. auf der Ausstattung der S-Bahnstationen (Modernisierung, Barrierefreiheit, Fahrgastinformationsanlagen an allen Stationen), der Schieneninfrastruktur (durchgehende Zweigleisigkeit, Beseitigung von Mischbetrieb, Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung, insbesondere tangentiale Schienenverbindungen), den Regionalexpressverbindungen (z.B. Ostbahnhof – Ottobrunn – Aying – Bad Aibling – Rosenheim), der Verknüpfung mit anderen Verkehrsmitteln (Hub-Stationen), dem Lärmschutz (nach Neubaustandard, abgestellte Fahrzeuge, Güterverkehr) sowie auf Tarif und Ticketing (Vertrieb, Kundencenter, Mobilitätsplattform etc.).

Kurzfristig kann das öffentliche Verkehrsangebot nach Auffassung der MVV-Verbundlandkreise nur verbessert werden, „wenn der SPNV durch zusätzliche Verkehrsangebote flankiert und ergänzt wird, die einfach, schnell und vergleichsweise kostengünstig realisiert werden können“. Der SPNV bilde nach wie vor als Rückgrat die Grundlage, sollte jedoch durch sog. BusRapidTransit-Systeme (BRT oder Schnellbussystem) ergänzt werden. Außerdem sei zu prüfen, ob auch Seilbahnen oder eine „Magnetbahn light“ kurzfristiger und kostengünstiger als konventionelle Schienensysteme realisiert werden könnten. Einige Landkreise arbeiteten bereits gemeinsam mit dem MVV an derartigen Prüfungen. Unterstützung sei dabei sowohl bezüglich der Planungsabläufe wie auch bei der Finanzierung von Seiten des Bundes und des Freistaats erforderlich, um eine rasche Umsetzung erreichen zu können.

Wichtige Partner

„Wir müssen uns den gesamten Großraum München anschauen, um das Verkehrssystem noch intelligenter aufzustellen. Die Landkreise und der MVV sind dafür wichtige Partner“, erklärte Verkehrsministerin Schreyer. Sie dankte den Landkreisen ausdrücklich für ihr Engagement in Bezug auf den ÖPNV. „Es ist unser gemeinsames Ziel, das System zuverlässig und fit für die Zukunft zu machen. Wir müssen alle Möglichkeiten durchdenken, von U-Bahn-Verlängerungen bis zur Seilbahn. Aber aus meiner Sicht braucht es vor allem eine erhebliche Beschleunigung des Ausbaus der Außenäste der S-Bahn und zusätzlich sinnvolle Querverbindungen. Hier müssen wir mit den zuständigen Landkreisen überlegen, wie wir uns noch besser aufstellen“, erläuterte die Ministerin.

Fahrgastinformation

Die Gedanken und Forderungen aus dem Papier der Landkreise würden nun im Rahmen des Programms „Bahnausbau Region München“ bewertet. Schreyer: „Mein Haus hat auch das erste Positionspapier aus dem Jahr 2017 aufgegriffen. Derzeit werden 40 Maßnahmen auf ihre Machbar- bzw. Umsetzbarkeit untersucht, weitere 28 Maßnahmen – darunter die 2. Stammstrecke als das zentrale Element – befinden sich bereits in der konkreten Planung, im Bau oder sind schon umgesetzt. Gemeinsam mit der DB, dem MVV und den Landkreisen konnte der Freistaat bereits zahlreiche Verbesserungen erzielen, so beispielsweise im Bereich der Fahrgastinformation. Aber wir dürfen nicht nachlassen: Gerade bei großen Störungen muss die Information der Fahrgäste noch deutlich besser werden.“ **DK**

Die Landräte bei der Übergabe des Positionspapiers an Verkehrsministerin Kerstin Schreyer. Das Bild entstand vor der Corona-Pandemie. Bild: STMB

Mehr Zug fürs Oberland

Neue Fahrzeugflotte der BOB bringt ab Juni 2020 mehr Zuverlässigkeit ins Oberlandnetz

Eine komplett neue Fahrzeugflotte verbessert ab Mitte Juni den Zugverkehr im Bayerischen Oberland. Die ersten Fahrzeuge wurden bereits ausgeliefert und sind derzeit zu Schulungs- und Testfahrten im Probebetrieb im Oberlandnetz unterwegs. Mit der neuen Flotte wollen die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahnverkehr in Bayern im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, und die Bayerische Oberlandbahn (BOB) vor allem die Zuverlässigkeit für die Fahrgäste erhöhen.

Derzeit ist beabsichtigt, die in die Jahre gekommenen Fahrzeuge der Typen „Talent“ und „Integral“ schrittweise gegen 25 fabrikneue Fahrzeuge des Typs „LINT“ auszutauschen. Im Anschluss an den Probebetrieb, zum kleinen Fahrplanwechsel Mitte Juni 2020, sollen in einem ersten Schritt die Fahrzeuge des Typs Talent ersetzt werden. Im zweiten Schritt – voraussichtlich Ende Juli 2020 – folgt der Austausch der Fahrzeuge des Typs Integral.

Zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2020 kommen sechs weitere Neufahrzeuge hinzu. Dadurch entsteht eine einheitliche Flotte, die zu mehr Betriebsstabilität führt. Die 31 identischen Fahrzeuge lassen sich beliebig miteinander kuppeln, dadurch steigt die Einsatzflexibilität der gesamten Flotte. Kapazitätsverbesserungen und zusätzliche Verbindungen werden möglich.

Verkehrsministerin Kerstin Schreyer freut sich über die Neufahrzeuge: „Für die Fahrgäste ist das ein echter Gewinn. Dabei geht es nicht nur darum, dass man natürlich lieber in einem neuen und moderneren Zug sitzt. Entscheidend ist, dass das Risiko von Zugausfällen sinkt und wir mit diesen Fahrzeugen die Zeit bis zur Elektrifizierung der Strecken vollständig überbrücken können.“

„Der Flottentausch bringt mehr Zuverlässigkeit in den Netzbetrieb und echten Mehrwert für die Fahrgäste. Wir erwarten weniger Zugausfälle und mehr Pünktlichkeit “, erklärt BEG-Geschäftsführerin Bärbel Fuchs. Darüber hinaus wird das Angebot ab Dezember 2020 ausgebaut: Im Berufsverkehr an Werktagen wird der Halbstundentakt am frühen Vormittag und am Abend erweitert. Für den Ausflugsverkehr am Wochenende gibt es im gesamten Netz mehr Sitzplätze sowie auf den Streckenästen nach Tegernsee und Lenggries einen weitgehenden Halbstundentakt über den ganzen Tag.

Echter Gewinn für die Fahrgäste

„Die Fahrzeuge vom Typ LINT sind langjährig erprobt, wenig störanfällig und sehr zuverlässig. Im Vergleich zur Bestandsflotte sind die neuen Fahrzeuge deutlich leiser, sie stoßen weniger Schadstoffe aus und sie bieten mehr Fahrkomfort. Unsere Lokführer sind von den Zügen begeistert“, sagt Fabian Amini, Geschäftsführer der Bayerischen Oberlandbahn. „Unsere Fahrgäste können sich unter anderem auf leistungsstarke Klimaanlagen, ein modernes Fahrgastinformationssystem und Gratis-WLAN freuen.“

Die neuen Züge sollen als Übergangslösung bis zur durchgängigen Elektrifizierung der Oberlandstrecken zum Einsatz kommen, die für Anfang der dreißiger Jahre angestrebt wird. Parallel soll die Infrastruktur ertüchtigt und ausgebaut werden. Im Ergebnis werden sich daraus weitere Optionen für Angebotsverbesserungen ergeben. ❐

Förderung für Inklusionstaxis

Der Landkreis fördert den barrierefreien Umbau mit bis zu 10.000 Euro

Die persönliche Mobilität ist für Menschen mit Behinderungen ein wichtiges Thema und gehört zu den zentralen Voraussetzungen einer selbstbestimmten, gleichberechtigten Teilhabe im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention. Im Rahmen der Umsetzung der Konvention wurde bereits 2015 ein Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung im Landkreis München erstellt. Auf diesem fußt auch das neueste Förderprojekt des Landkreises München: der Zuschuss für die Anschaffung oder den Umbau zum Inklusionstaxi.

Im März diesen Jahres verabschiedete der Sozialausschuss ein Förderkonzept für im Landkreis München ansässige, konzessionierte und gewerblich tätige Taxiunternehmen zur Beschaffung oder den Umbau barrierefreier, rollstuhlgerechter Fahrzeuge. Seit dem 1. April 2020 können Taxiunternehmen über das Landratsamt eine Förderung von bis zu 10.000 Euro zur Umrüstung oder Neuanschaffung eines „Inklusionstaxis“ erhalten. Es handelt sich dabei um eine einmalige Projektförderung, die grundsätzlich nicht zurückgezahlt werden muss.

Beitrag zur Mobilität

Mit dieser Förderung, die zunächst auf die Dauer von drei Jahren begrenzt ist, möchte der Landkreis München einen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe und Mobilität seiner Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen leisten und Taxiunternehmen aus dem Landkreis München einen finanziellen Anreiz für mehr rollstuhlgerechte Fahrzeuge in ihrem Fuhrpark geben.

Ziel: 30 Inklusionstaxis bis Ende 2022

Bis Ende des Jahres 2022 sollen auf diese Weise bis zu 30 Taxis im Landkreis München für Menschen mit Behinderung zur Verfügung stehen. Zukünftig sollen die Inklusionstaxis durch einen gut sichtbaren Aufkleber mit der Aufschrift „Inklusionstaxi“ erkennbar gemacht werden und für den neuen Service werben.

„Die Bezuschussung ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten für alle, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Mit der Förderung können Taxiunternehmen ihre Flotte inklusiver machen und sich dadurch auch strategisch einer neuen Kundschaft öffnen – ein Gewinn für alle Seiten“, hob Landrat Christoph Göbel hervor. ❐

Spatenstich zur Brücke über die Kleine Paar in Holzheim

„Trotz der Corona-Krise darf unsere regionale Wirtschaft nicht zum Erliegen kommen,“, erklärte Landrat Stefan Rößle (rechts) beim offiziellen Spatenstich zur Brücke über die Kleine Paar in der Gemeinde Holzheim: „Hierbei spielen auch öffentliche Aufträge eine wichtige Rolle. Denn der weitere Ausbau unserer Infrastruktur, muss auch in der momentanen Phase aktiv vorangebracht werden.“
Beim Spatenstich im Ortsteil Riedheim waren mit gebührendem Abstand neben Landrat Stefan Rößle auch der scheidende Bürgermeister Robert Ruttmann, sein Nachfolger Josef Schmidberger, Dietmar Bschorer von der Firma Vitus Rieder, Martin Stadelmann vom Ingenieurbüro Eibl sowie Gerhard Schappin, Leiter der Abteilung Tiefbau am Landratsamt Donau-Ries, vertreten.
Die 62 Jahre alte Brücke wies bereits Baumängel auf und entsprach auch nicht mehr den heutigen Anforderungen. Die neue Brücke wird nun nicht nur deutlich tragfähiger (60 Tonnen statt bisher 30 Tonnen Tragfähigkeit), sondern auch mit beidseitigen Gehwegen ausgestattet, um die notwendige Verkehrssicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger zu garantieren. Der Landkreis Donau-Ries investiert in die neue Brücke in Riedheim rund 450.000 Euro.

Bild: Macho/Landratsamt Donau-Ries

Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0 , info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de
Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG
www.gdk-mbh.de

Wirtschaftsminister Aiwanger:

„Wir brauchen eine heimische Produktion von Schutzgütern“

Maskenverbund Bayern will zu einem der größten Hersteller Deutschlands werden

Mit einer Kooperation der Unternehmen PIA Automation (Amberg), Sandler AG (Schwarzenbach) und Zettl Group (Weng) hat heute der „Maskenverbund Bayern“ die Produktion von Einweg-Atemschutzmasken gestartet. Der Verbund will in wenigen Wochen eine sechsstellige Stückzahl Masken täglich produzieren.

„Die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir bei bestimmten Schutzgütern eine heimische Produktion zur Krisenvorsorge brauchen. Bayerische Unternehmen wie PIA, Zettl und Sandler haben in dieser schwierigen Situation flexibel reagiert und in Rekordzeit eine neue Lieferkette mit innovativer Technologie aufgebaut, die auch irgendwann mit Masken ‚made in Bavaria‘ exportfähig werden kann“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Wertschöpfungskette vervollständigen

Die Kooperation dient dem Aufbau einer vollständigen Wertschöpfungskette für Atemschutzmasken in Bayern. Vor der Corona-Pandemie gab es in Deutschland keine Hersteller für Einwegmasken. Der Maskenverbund Bay ern hat sich zum Ziel gesetzt, eine führende Rolle unter den nunmehr neu entstandenen Einwegmasken-Herstellern Deutschlands zu übernehmen.

Das Oberpfälzer Unternehmen PIA baut seit kurzem Anlagen, die vollautomatisch Masken produzieren. „Automatisierung ist essentiell für eine kostengünstige Produktion von Schutzmasken im Inland“, erklärte PIA-Geschäftsführer Armin Schalk.

Dr. Ulrich Hornfeck, Vorstand der Sandler AG, betonte das Engagement aller Beteiligten: „Unser Dank geht an das engagierte Sandler-Team sowie an unsere Kooperationspartner und unsere Landespolitiker.“ Sandler stellt den Vliesstoff für die Einwegmasken her.

Wie Reinhard Zettl, Geschäftsführer der Zettl Group, ankündigte, wird der Maskenverbund in den kommenden Jahren weitere Lösungen für Atemschutzmasken entwickeln: „Unser Ziel ist es, die heimische Herstellung neu im Markt zu platzieren.“ Der Automobilzulieferer Zettl hat seine Produktion vor wenigen Wochen zum Teil auf die Herstellung von Atemschutzmasken umgestellt. Dazu setzt er künftig die Automaten von PIA ein. ❐

Verbraucherschutzminister Glauber:

Sichere Schutzausrüstung für den Freistaat

Bayerische Prüfstelle für Schutzgüter wird aufgebaut

Der Schutz der Bevölkerung hat oberste Priorität. Das gilt auch für den Bereich Schutzausrüstung. Deshalb wird jetzt auf Initiative des Bayerischen Verbraucherschutzministeriums die „Bayerische Prüfstelle für Schutzgüter“ (BayPfS) aufgebaut.

Bayerns Verbraucherschutzminister Thorsten Glauber betonte dazu in München: „Wir leisten jeden Tag einen Kraftakt, um mit möglichst unbürokratischen Bewertungsverfahren dringend benötigte Artikel wie etwa Atemschutzmasken dem Markt zuzuführen. Die geprüfte und bestätigte Qualität der Produkte ist entscheidend für die Gesundheit der Menschen und damit entscheidend für die Bewältigung der Pandemie. Die aktuelle Krise zeigt, wie wichtig die kurzfristige Prüfung und Zertifizierung von Schutzgütern sind. Wir werden nun unsere eigenen Prüfkapazitäten durch die Bayerische Prüfstelle für Schutzgüter ausbauen. Mit der neuen Prüfstelle sorgt Bayern dafür, dass in der Krise, nach der Krise und vor der nächsten Krise eine schnelle und sichere Bewertung der Schutzwirkung von Schutzausrüstungen vorgenommen werden kann.“ Die Prüfstelle soll Schutzausrüstungen wie Schutzanzüge, Masken und Handschuhe bewerten.

Geräteuntersuchungsstelle am LGL wird ausgebaut

Um mehr Produkte zu prüfen und um den Markt effektiv zu überwachen, wird die bestehende Geräteuntersuchungsstelle (GUS) am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) zur „Bayerischen Prüfstelle für Schutzgüter“ ausgebaut. Aufgabe der GUS war bisher die sicherheitstechnische Prüfung von Produkten, wie etwa Spielzeug und Elektrotechnik, im Rahmen der Marktüberwachung. Dringend benötigte Schutzgüter, wie beispielsweise die FFP-Atemschutzmasken, kommen jetzt hinzu. Die vorhandenen Prüfstellen, wie etwa die DEKRA Testing and Certification GmbH in Stuttgart oder die TÜV NORD CERT GmbH in Essen, stoßen hier an ihre Kapazitätsgrenzen. Deutschlandweit gibt es für Atemschutzmasken derzeit nur insgesamt vier Stellen, die die sichere Funktion der Masken in einem verkürzten Verfahren prüfen. Für den schnellen Aufbau dieser Untersuchungseinrichtungen stellt die Bayerische Staatsregierung rund 2,7 Millionen Euro aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie bereit.

Für fairen Wettbewerb

„Wir wollen die notwendigen Prüfressourcen aufbauen, um den Markt effektiv zu überwachen. Wir erhöhen den Druck auf die Wirtschaftsakteure: Nur Produkte mit dem erforderlichen Sicherheitsniveau dürfen in Umlauf gebracht werden. So schützen wir auch heimische Unternehmen, die sich an die Regeln halten. Wir sorgen damit für einen fairen Wettbewerb. Der Aufbau der Prüfstelle ist zudem ein wichtiger Baustein beim Aufbau der heimischen Herstellung von Schutzgütern“, betonte Glauber.

Auch nach der Corona-Krise wird die Marktüberwachung weiterhin damit beschäftigt sein, Produkte, die nicht den Vorgaben entsprechen, vom Markt zu nehmen. Um die notwendigen Prüfungen in der gebotenen Qualität und Quantität durchzuführen, sollen die sieben bayerischen Gewerbeaufsichtsämter personell entsprechend verstärkt werden. Die erforderlichen Personalmittel für den nachhaltigen Aufbau der Prüfeinrichtung und die Stärkung der Marktüberwachung werden im Rahmen der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2021/22 eingebracht. ❐

Das neue LF KatS ersetzt laut Bundestagsabgeordnetem Florian Oßner ein 32 Jahre altes Löschgruppenfahrzeug in der Feuerwache an der Watzmannstraße. ❐

Neues Katastrophenschutz-Fahrzeug für Landshut

Bund stellt der Stadt ein Löschgruppenfahrzeug für Löschzug Rennweg zur Verfügung

Die Freiwillige Feuerwehr Landshut bekommt ein neues Löschgruppenfahrzeug Katastrophenschutz (LF KatS). Wie der Bundestagsabgeordnete Florian Oßner mitteilt, stellt der Bund das Fahrzeug im Wert von rund 400.000 Euro dem Freistaat Bayern zur Verfügung, der es der Stadt Landshut zugeteilt hat. Es ersetzt ein 32 Jahre altes Löschgruppenfahrzeug LF 16-TS des Löschzugs Rennweg in der Feuerwache an der Watzmannstraße.

Vor kurzem wurde das neue Löschgruppenfahrzeug beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn von einer Abordnung der Landshuter Feuerwehr um Florian Mayer, stellvertretender Zugführer des Löschzugs Rennweg, abgeholt.

Enorme Geländegängigkeit

Nun finden für etwa vier Wochen Übungen und Einweisungen für die Maschinisten und die Mannschaft statt. Das Fahrzeug ist bereits im neuen Feuerwehrbedarfsplan der Stadt Landshut vorgesehen, das LF KatS zeichnet sich laut Stadtbrandrat Gerhard Nemela vor allem durch seine enorme Geländegängigkeit, seinen Allradantrieb und seine Bereifung aus: „Damit bekommen wir ein universell für viele Schadenslagen einsetzbares Einsatzfahrzeug. Neben dem Einsatz bei Großschadenslagen kann das Fahrzeug mit seinem Löschwassertank und der allgemeinen feuerwehrtechnischen Ausstattung auch gut bei Brandeinsätzen und Einsätzen zur technischen Hilfeleistung eingesetzt werden.“ „Wir haben lange auf dieses Fahrzeug gewartet. Umso mehr freue ich mich, dass unsere Feuerwehr nun bald mit ihrem neuen LF-KatS ausrücken kann. Unsere Freiwillige Feuerwehr leistet eine hervorragende Arbeit, wie man auch in diesen Tagen wieder bei der Bewältigung der Corona-Krise sieht. Deshalb hat sie die bestmögliche Ausstattung verdient“, ergänzt Landtagsabgeordneter Helmut Radlmeier, der sich schon vor Jahren für eine Erneuerung der Katastrophenschutz-Fahrzeuge ausgesprochen hatte. gerade erstellt wird.

„Der Bund übernimmt mit der Ergänzung des Katastrophenschutzinventars der Länder und Kommunen mit Fahrzeugen, Ausstattung und Gerät eine wichtige Aufgabe zur Stärkung der inneren Sicherheit“, bekräftigt der Infrastrukturpolitiker Oßner, der selbst ehrenamtlicher Feuerwehrmann ist. „In der stark wachsenden Stadt Landshut ist das Löschgruppenfahrzeug deshalb auch besonders sinnvoll“, so Oßner. ❐

Mehr Geld vom Bezirk für den Krisendienst Mittelfranken:

Krisenversorgung wird ausgebaut

Der Krisendienst Mittelfranken wird weiterentwickelt und ausgebaut, dafür bekommt dieser rückwirkend zum 1. Januar mehr Geld vom Bezirk Mittelfranken. Bezirkstagspräsident Armin Kroder hat die neuen Budgets in Form einer dringlichen Anordnung beschlossen.

Bereits seit Ende der 1990er Jahre verfügt der Bezirk Mittelfranken über einen Krisendienst,

Armin Kroder. ❐

Träger ist der Förderverein ambulante Krisenhilfe. Neben der täglich erreichbaren Anlaufstelle in Nürnberg planen vier Koordinatorinnen und Koordinatoren bei den Sozialpsychiatrischen Diensten in Ansbach, Neustadt-Aisch, Hersbruck und Roth die Einsatzbereitschaft vor Ort.

Öffnungszeiten

Hauptamtliche Mitarbeiter und Honorarkräfte kümmern sich um Hilfe suchende Menschen in den verschiedensten Lebenslagen. Bereits zu Beginn dieses Jahres sind die Öffnungszeiten des Krisendienstes erweitert worden. Unter Telefon 0911/424855-0 ist die Leitstelle in Nürnberg seither täglich von 9 bis 24 Uhr für Menschen in seelischen Notlagen zu erreichen. Zuvor war der Krisendienst Montag bis Donnerstag erst ab 18 Uhr, Freitag ab 16 Uhr sowie an Wochenenden und Feiertagen ab 10 Uhr zu erreichen.

Zur Finanzierung der weiteren personellen Ausstattung der Leitstelle in Nürnberg und der vier Außenstellen bewilligte Bezirkstagspräsident Kroder jährliche Budgets mit einem Gesamtvolumen von über 400.000 Euro. ❐

„Joint Venture“ für 5.000 Vollgesichtsschilde

Stettler Kunststofftechnik Burgwindheim und RZB Bamberg stellen Schutzausrüstung für Stadt und Landkreis Bamberg her

Was wir nicht herbekommen, machen wir selbst! Die Region Bamberg zeigt nach den Worten von Landrat Johann Kalb bei der Herstellung sogenannter Vollgesichtsschilder (Faceshields) einmal mehr, was sie gemeinsam zu leisten imstande ist. Nachdem Berufsschulen sowie die Hallstadter Firma Stürmer die Halterung für diese Gesichtsschilder bereits seit wenigen Wochen einzeln per 3-D-Drucker herstellen, steigen nun zwei Unternehmen aus der Region Bamberg in die Serienproduktion per Spritzguss ein.

Stettler Kunststofftechnik aus Burgwindheim stellt die Halterung her. RZB Bamberg schneidet die Folien zu. Beide Unternehmen stellen dem Landkreis das Material zum Selbstkostenpreis zur Verfügung.

Zusammengefügt und mit einem Haltegummi versehen werden die Vollgesichtsschilder durch Mitarbeiter der Führungsgruppe Katastrophenschutz beim Landkreis Bamberg. 5.000 Gesichtsschilde werden hergestellt, um diese an Krankenhäuser, Pflegeheime, Ärzte oder Pflegedienste in Stadt und Landkreis Bamberg zu verteilen.

Nachdem der Bedarf für solche Vollgesichtsschilde in der Führungsgruppe Katastrophenschutz offenkundig wurde, scheiterten die Bemühungen, diese überhaupt und für akzeptable Preise zu erwerben. „Ich bin sehr stolz, dass wir kreative Menschen haben, die hier schnell Lösungen finden“, so Landrat Johann Kalb. ❐

Ortungssystem für in Not geratene Rettungskräfte

Ob bei Bränden, nach Erdbeben oder in anderen Gefahrensituationen – oft müssen Rettungskräfte Personen aus Gebäuden befreien. Diese Einsätze stellen jedoch ein hohes Risiko dar: Gefahren lassen sich vorab schwer einschätzen, auch die Helferinnen und Helfer selbst können in Not geraten. Um sie schnellstmöglich unterstützen zu können, haben Wissenschaftler des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) ein System zur Lokalisierung verletzter oder verschütteter Rettungskräfte in Gebäuden entwickelt, das ohne GPS-Signal auskommt.

Gängige Lokalisierungsmethoden, die im Außenbereich funktionieren, stoßen in Gebäuden an ihre Grenzen. So ist eine Satellitenortung, beispielsweise per GPS, sehr ungenau, sobald Hindernisse den direkten Sichtkontakt zum Satelliten beeinträchtigen. „Auch ein funktionierendes WLAN-Signal für eine Funkortung oder Baupläne eines Gebäudes können in Krisensituationen nicht vorausgesetzt werden“, erklärt Nikolai Kronenwett vom Institut für Regelungs- und Steuerungssysteme des KIT. „Bislang existiert noch keine Technologie, die eine zuverlässige Indoor-Lokalisierung ermöglicht.“ Gemeinsam mit Gert Trommer, emeritierter Professor des KIT, hat Kronenwett nun ein autonomes System entwickelt, das eine Lokalisierung von Einsatzkräften speziell in Gebäuden ohne Funkverbindung nach außen ermöglicht.

System für den Fuß misst Richtung und Geschwindigkeit

Das Messsystem ist nur wenige Zentimeter groß und lässt sich leicht am Schuh der Nutzerin oder des Nutzers befestigen. Durch Sensoren, die Beschleunigungen und Drehraten messen, erkennt es, in welche Richtung und mit welcher Geschwindigkeit sich eine Person bewegt – eine Technologie, die beispielsweise auch in Smartwatches eingesetzt wird.

„Das größte Alleinstellungsmerkmal des Messsystems ist die intelligente Standphasen-Klassifikation. Sie analysiert den menschlichen Gang und unterteilt ihn in vier verschiedene Phasen: die Stand- und die Abrollphase, die Schwungphase sowie die Belastungsantwort“, so Kronenwett.

Dies entspreche einem normalen Vorwärtsschritt. Außerdem erkenne die Sensorik durch die Montage des Messsystems am Fuß, wann der Nutzer stehen bleibt. Durch diese Null-Geschwindigkeitsmessungen könnten Sensorfehler geschätzt und kompensiert werden. Das verbessere die Genauigkeit der Lokalisierung enorm.

Vor dem Betreten eines Gebäudes erfasst das System einmalig die aktuelle Position mittels GPS. Danach benötigt es keine weiteren Signale. Die Lokalisierung der Person geschieht allein durch einen Algorithmus, der den aktuellen Standort auf Grundlage der Bewegungsinformationen berechnet, welche die Sensoren liefern. Über eine externe Funkverbindung werden dann die aktuellen Positionen aller Einsatzkräfte dem Einsatzleiter auf einen Computer übermittelt. So kennt dieser in einer Notsituation den genauen Standort der einzelnen Personen und kann schnellstmöglich reagieren.

Neben dem Messsystem für den Fuß arbeitet Kronenwett außerdem an einem handgetragenen System. „Das Fußsystem bestimmt sehr genau die Position des Nutzers, es übermittelt aber keine Informationen über die Umgebung und den Aufbau des Gebäudes“, so der Wissenschaftler. „Das handgetragene System erhält eine Kamera, die mit Infrarot die Umgebung abscannt und so ein 3D-Modell der Räume erstellt, durch die eine Person läuft.“ Hiermit erhalte der Einsatzleiter einen besseren Überblick über die Situation innerhalb des Gebäudes.

Das Messsystem kann aber nicht nur bei der Ortung von in Not geratenen Rettungskräften helfen. Es könnte auch eingesetzt werden, um Polizei und Sicherheitspersonal an Flughäfen, Einkaufszentren oder (U-)Bahnhöfen zu lokalisieren, um Minenarbeiter in unterirdischen Höhlen oder Stollen zu orten oder auch als Orientierungshilfe für Blinde. ❐

Corona-Pandemie:

Stark geforderte Feuerwehren

Zahlreiche Ehrenamtliche kümmern sich um die Weiterverteilung des zugeteilten Schutzmaterials im Landkreis München. Auch am Wochenende sind die Einsatzkräfte oft im Dienst. „In der Bewältigung der Corona-Pandemie spielen die Kreisbrandinspektion, der ABC-Zug München-Land und alle Freiwilligen Feuerwehren eine äußerst bedeutsame Rolle. Nur durch den täglichen Einsatz unzähliger Ehrenamtlicher kann gewährleistet werden, dass das so dringend benötigte Schutzmaterial vom Zentrallager dann auch innerhalb des Landkreises zielgerichtet an den zahlreichen einzelnen Stellen ankommt, wo es gebraucht wird“, so Landrat Christoph Göbel. ❐

Alle amtierenden Landräte aus dem Regierungsbezirk Schwaben sowie die drei ehemaligen Landräte v.l.: Stefan Rößle, Dr. Klaus Metzger, Maria Rita Zinnecker, Anton Klotz, Indra Baier-Müller, Elmar Stegmann, Alex Eder, Hubert Hafner, Leo Schrell, Martin Sailer, Thorsten Freudenberger, Hans-Joachim Weirather und Dr. Hans Reichart. Bild: Daniela Hintereder

Schwäbischer Landkreistag:

Neuwahlen beim Bezirksverband Schwaben

Landrat Elmar Stegmann aus Lindau ist neuer Vorsitzender

Dillingen a.d. Donau / Lindau (Bodensee) – Der Bezirksverband Schwaben im Bayerischen Landkreistag hat sich bei seiner Arbeitstagung in Dillingen a.d. Donau neu aufgestellt. Der Lindauer Landrat Elmar Stegmann wurde einstimmig zum Vorsitzenden und damit zum Sprecher der schwäbischen Landräte gewählt. Er dankte seinen Kolleginnen und Kollegen für diesen Vertrauensbeweis und freut sich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit. Elmar Stegmann folgt damit auf Hubert Hafner aus Günzburg, der zum Monatsende nach 24 Jahren als Landrat von Günzburg in den Ruhestand tritt. Zu Stegmanns Stellvertreter wurde der Neu-Ulmer Landrat Thorsten Freudenberger gewählt.

Neben den Neuwahlen stand auf der Tagesordnung der Austausch der amtierenden und neugewählten Landkreischefs mit Regierungspräsident Dr. Erwin Lohner über die aktuelle Coronalage. Während derzeit die Landratsämter mit ihren Gesundheitsämtern und weiteren Fachbereichen die Hauptarbeit bei der Bekämpfung der Pandemie leisten, muss man sich jetzt auch auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen nach Corona einstellen, so Landrat Stegmann. Denn eines ist für den neuen Bezirksvorsitzenden Elmar Stegmann klar: „Einbrechende Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Soziallasten werden zu erheblichen Mehrbelastungen in den kommunalen Haushalten führen.“ Hier sind der Bund und der Freistaat Bayern gefordert einen finanziellen Schutzschirm auch über die Kommunen zu spannen.

„Neben den Hilfs- und Rettungspaketen für die Wirtschaft dürfen die Kommunen nicht aus den Augen verloren werden“, betonen die Landkreisvertreter. Zusätzlich zu den Kosten, die unmittelbar für die Krisenbewältigung anfallen, rechnen die Landräte mit erheblichen Mehraufwendungen im Bildungs- und Betreuungsbereich sowie für die soziale Sicherung und die Jugendhilfe. Neue Unterrichtsformate wie Homeschooling bedürfen weiterer Investitionen in die IT-Infrastruktur und die IT-Ausstattung. Auch hier sehen die Landkreise den Freistaat Bayern in der Pflicht.

Durch die Ausgangsbeschränkungen sowie die Schutzvorkehrungen bei den Behörden ist auch deutlich geworden, dass die Online-Angebote der öffentlichen Verwaltung dringend weiter ausgebaut werden müssen. Viele Behördengänge könnten zwischenzeitlich online erledigt werden. Hier sehen sich die Landkreisvertreter in der Verantwortung mit dem Freistaat Bayern gemeinsam die Angebote sowie deren Zugänglichkeit schnellstens weiter auszubauen. „Da besteht noch Luft nach oben und diese Herausforderung nehmen wir seitens der Landkreise gerne an“, so Stegmann abschließend. ❐

Unser Bild zeigt (von links) den scheidenden Bezirksvorsitzenden Dr. Karl Döhler, Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz und den neuen Vorsitzenden der oberfränkischen Landräte, Christian Meißner. ❐

Bayerischer Landkreistag/Bezirksverband Oberfranken:

Meißner ist neuer Vorsitzender

Christian Meißner ist neuer Vorsitzender des Bezirksverbands Oberfranken beim Bayerischen Landkreistag. Im Rahmen des jüngsten Landräte-Treffens trat der einstimmig gewählte Lichtenfelser Landrat die Nachfolge von Landrat Dr. Karl Döhler (Wunsiedel) an, der vor sechs Jahren bis 30. April 2020 in sein Amt gewählt worden war.

Seit Dezember 2011 bekleidet Meißner das Amt des Landkreischefs im Landkreis Lichtenfels. Bereits 1998 wurde der CSU-Politiker nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg Mitglied des Landtags. Dort fungierte er unter anderem als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit sowie als Leiter des Arbeitskreises für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit.

Meißners bisheriges Amt des Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden übernimmt der Bamberger Landrat Johann Kalb. Neben Dr. Karl Döhler scheidet auch der Bayreuther Landrat Hermann Hübner aus seinem Amt aus. Deren langjähriges Engagement und äußerst effektive Arbeit wurden von Meißner entsprechend gewürdigt: „Landrat Hermann Hübner war ein Spezialist auf dem Gebiet der Finanzen und Sparkassen. Zusammen mit seinem Kollegen Dr. Karl Döhler haben sich beide hartnäckig dafür eingesetzt, dass oberfränkische Kommunen die wichtigen Stabilisierungshilfen erhalten. Karl Döhler ist Mitautor des Sonderförderprogramms ‚Förderoffensive Nordostbayern‘, das eine attraktive Innenentwicklung der Städte, Gemeinden und Dörfer ermöglicht. Als Europabeauftragter des Bayerischen Landkreistags war er zudem ein wichtiger Kontaktmann nach Brüssel. Beide Landräte haben mit ihrem überlegten und beharrlichen Vorgehen großen Anteil an der positiven Entwicklung oberfränkischer Landkreise.“

Die oberfränkischen Landräte wünschten ihrem neuen Vorsitzenden viel Glück, große Durchsetzungskraft und gutes Gelingen. Sie zeigten sich davon überzeugt, dass Christian Meißner ein energischer Kämpfer in der Sache ist und viele gute Entscheidungen für Oberfranken herbeiführen wird. **DK**

Bezirksverband Oberbayern:

Landrat Karmasin als Vorsitzender wiedergewählt

Auch die oberbayerische Landrätin und ihre Landratskollegen hielten ihre konstituierende Sitzung ab. In geheimer Wahl wählten sie mit 100 % der abgegebenen Stimmen – natürlich unter Einhaltung der Abstandsregelungen – im Münchner Landratsamt den Fürstenfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin erneut zu ihrem Vorsitzenden.

An der Sitzung nahmen neben sechs der acht neu gewählten Landräte auch die Regierungspräsidentin der Regierung von Oberbayern, Maria Els, und das Geschäftsführende Präsidialmitglied im Bayerischen Landkreistag, Dr. Johann Keller, teil. Ebenfalls mit 100 % der Stimmen wiedergewählt wurde auch Karmasins bisheriger Stellvertreter Martin Bayerstorfer.

Forum des Austauschs

Landrat Karmasin nach der Wahl: „Ich freue mich über das Vertrauen, das größer nicht sein könnte. In Oberbayern gibt es in Teilen andere Herausforderungen als in den anderen Regierungsbezirken, ich nenne als Beispiele die Verdichtung, den Verkehr und die Wohnungsfrage. Es ist wichtig für mich, diese besonderen Belange der oberbayerischen Landkreise auch weiterhin deutlich zu artikulieren und mich für sie einzusetzen, freilich gleichzeitig auch die gesamt-bayerischen Anliegen im Blick zu behalten. Das zeichnet ja den bayerischen Landkreistag aus: als Forum, in dem sich die Landrätinnen und Landräte ganz Bayerns austauschen und Strategien entwickeln.“ ❐

Oberpfälzer Landräte tagten im Regensburger Landratsamt

Regensburg (R/L). Der Bezirksverband Oberpfalz des Bayerischen Landkreistages traf sich vor kurzem im Regensburger Landratsamt zu seiner konstituierenden Sitzung für die ab dem 1.5.2020 neu begonnene Wahlzeit 2020/26. Landrätin Tanja Schweiger konnte als Gastgeberin Landrat Richard Reisinger (Landkreis Amberg-Sulzbach) als amtierenden Vorsitzenden dieses Gremiums ebenso begrüßen wie dessen Stellvertreter Landrat Wolfgang Lippert (Tirschenreuth), des Weiteren die Landräte Franz Löffler (Cham), Willibald Gailler (Neumarkt i.d.OPf.), Andreas Meier (Neustadt/Waldnaab) und Thomas Ebeling (Schwandorf) sowie Regierungspräsident Axel Bartelt und Dr. Johann Keller als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages. An der Tagung nahm des Weiteren der Bürgermeister der Stadt Mitterteich, Roland Grillmeier, teil, seit 01.05.2020 Nachfolger von Landrat Wolfgang Lippert.

Im Mittelpunkt der Arbeitssitzung standen die Konstituierung der Gremien sowie die Coronakrise, deren Bewältigung auch die Landkreise vor große Herausforderungen stellt.

Die von Dr. Johann Keller geleiteten Neuwahlen ergaben jeweils einstimmige Ergebnisse. Landrat Richard Reisinger wird den Bezirksverband Oberpfalz auch in der kommenden Wahlzeit als Vorsitzender führen. Zum neuen Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wurde Landrat Thomas Ebeling gewählt. Neben Landrat Richard Reisinger, der von Amts wegen im Präsidium des Bayerischen Landkreistags vertreten ist, wurde die Regensburger Landrätin Tanja Schweiger ins Präsidium gewählt; in den Landesausschuss des Bayerischen Landkreistages die Landräte Thomas Ebeling und Willibald Gailler. Im Anschluss daran wurden durch jeweils einstimmige Beschlussfassungen sowohl die Benennung von Mitgliedern für die fünf Fachausschüsse des Landkreistages vorgenommen als auch die Vertretungen in den zahlreichen Gremien geregelt, in denen der Bayerische Landkreistag einen Sitz hat.

Regierungspräsident Axel Bartelt beleuchtete bezugnehmend auf die aktuellen oberpfalzweiten Corona- Fallzahlen verschiedene Gesichtspunkte, die für die Regierung der Oberpfalz aber auch für die Landkreise von Bedeutung seien. Nicht prognostizierbar sei, in welchem Maß die Wirtschaft von den Folgen der Coronakrise betroffen sein werde. Sicher sei nur, dass sie massive und langfristige Auswirkungen haben werde und letztendlich der Steuerzahler finanziell belastet werden müsse. Richtig sei, dass Mitte Mai die Klinikkapazitäten wieder verstärkt für den Normalbetrieb eingesetzt werden könnten. Er halte es für derzeit ausreichend, wenn dann etwa 25 Prozent der Klinikbetten für Coronapatienten freigehalten würden.

Zum Abschluss der Beratungen gab Dr. Johann Keller einen kurzen Ausblick auf die nächste Landkreisversammlung Ende Mai in Erding und kündigte an, dass die im Herbst stattfindende Landrätetagung unter dem Motto „Stabilität und Wirtschaft“ stehen werde.

Landrat Richard Reisinger brachte als Sprecher der Oberpfälzer Landräte noch seinen Wunsch zum Ausdruck, auch in den kommenden sechs Jahren „effizient und freundschaftlich“ zusammenzuarbeiten. ❐

Landrätin Tanja Schweiger war Gastgeberin der konstituierenden Sitzung des Bezirksverbands Oberpfalz des Bayerischen Landkreistages. Sitzung wie Pressefoto waren geprägt von der Coronakrise; v. l.: Landrat Franz Löffler (Landkreis Cham), Regierungspräsident Axel Bartelt, Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayer. Landkreistages, Landrätin Tanja Schweiger (Landkreis Regensburg), Landrat Willibald Gailler (Landkreis Neumarkt i.d.OPf.), Landrat und Bezirksverband-Vorsitzender Richard Reisinger (Landkreis Amberg-Sulzbach), Roland Grillmeier (neu gewählter Landrat des Landkreises Tirschenreuth), Landrat Thomas Ebeling (Landkreis Schwandorf), Wolfgang Lippert (bisheriger Landrat des LandkreisesTirschenreuth) und Landrat Andreas Meier (Landkreis Neustadt a.d.Waldnaab). Bild: LRA / Hans Fichtl

Der Landkreis Amberg-Sulzbach und die Stadt Amberg machen beim Klimaschutz gemeinsame Sache. Das wurde bereits bei einer Ausstellung zum Thema Elektromobilität im Juni 2019 deutlich. Das interkommunale Klimaschutzbündnis soll diese Zusammenarbeit noch stärker betonen. Das Bild zeigt Landrat Richard Reisinger, Joachim Scheid (Klimaschutzkoordinator Landkreis Amberg-Sulzbach), Corinna Loewert (Klimaschutzmanagerin Stadt Amberg) und Florian Junkes (Vorsitzender ZEN e.V.) bei der Eröffnung der Ausstellung im vergangenen Jahr. Bild: Christine Hollederer (Archiv Juni 2019)

Grünes Licht für mehr Nachhaltigkeit

Landkreis und Stadt beschließen Klimaschutzbündnis

Amberg-Sulzbach. Es gibt noch andere Themen als Corona und viele Arbeitsbereiche, die ungeachtet des Virus weiter vorangetrieben werden müssen. Nachhaltigkeit und Klimaschutz gehören dazu und stehen auf der politischen Agenda des Landkreises Amberg-Sulzbach seit Jahren ganz weit oben. Als ein weiterer Meilenstein wurde jetzt die Gründung eines Klimaschutzbündnisses mit der Stadt Amberg beschlossen. „Es freut mich, dass wir die zahlreichen Erfahrungen und Initiativen, die wir auf diesem Gebiet haben, einbringen können", freut sich Landrat Richard Reisinger und begrüßt die interkommunale Zusammenarbeit. Der Ferienausschuss des Landkreises Amberg-Sulzbach gab dafür grünes Licht.

Das Klimaschutzbündnis zwischen Landkreis und Stadt soll vorhandene Ressourcen bündeln, Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg bringen und die Bürgerbeteiligung fördern. Bei einem ersten Treffen mit Landrat Richard Reisinger, Oberbürgermeister Michael Cerny, Florian Junkes, 1. Bürgermeister der Gemeinde Hohenburg und Vorsitzender des ZEN e.V., Joachim Scheid, dem Klimaschutzkoordinator des Landkreises, und der Klimaschutzmanagerin der Stadt Amberg, Corinna Loewert, wurden vier Arbeitsfelder identifiziert: Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Mobilität und kommunale Entwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung, Lebensstil und Konsum.

Konkrete Maßnahmen und Projekte

Davon werden in den kommenden Wochen per Videokonferenz konkrete Maßnahmen und Projekte abgeleitet. Schwerpunkte sind u.a. moderne Systeme zur Energiespeicherung und -steigerung, e-Mobilität, interkommunale Radwege und regionale Vermarktungsstrategien. Die Beteiligung der Bevölkerung ist ein weiterer wichtiger Faktor. „Inzwischen weiß man, dass der individuelle Lebensstil und das Konsumverhalten der Menschen wichtige Hebel für mehr Klimaschutz sind", erklärt Joachim Scheid. Für eine nachhaltige Umstellung auf eine klimabewusste Region brauche es neben den Kommunen, Unternehmen und der Landwirtschaft das aktive Mitwirken der Bevölkerung.

Für Landrat Richard Reisinger ist der Klimaschutz nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern genießt hohe Priorität. Ein Klimaschutzziel, das im Leitbild des Landkreises „Deine Zukunft. 2030 Amberg-Sulzbach" vor vier Jahren definiert worden ist, sei fast erreicht. Dort heißt es, dass sich bis 2030 der Landkreis zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien versorgt. „Die Auswertung zeigt, dass wir 2018 bilanziell bereits bei einem Versorgungsgrad von 85 Prozent lagen", so Reisinger. Nachbesserungsbedarf bestehe dagegen noch bei der Wärmeerzeugung mit Ölheizungen und dem hohen Wärmeverbrauch in Bestandshäusern.

Potenziale sieht Klimaschutzkoordinator Joachim Scheid beim Ausbau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Rund 27 Windräder stehen im Landkreis und tragen bislang zu einem knappen Drittel der benötigten Strommenge bei. Wer sich für die Investition in eine PV-Anlage auf seinem Dach interessiert, dem empfiehlt Scheid das Solarpotenzialkataster unter www.solare-stadt.de/amberg-sulzbach. Welche Standorte sich im Landkreis und der Stadt Amberg für Photovoltaik und Solarthermie eignen, ist damit ganz einfach zu prüfen: Die Adresse der Immobilie eingeben und schon erfährt man, wie intensiv die Sonneneinstrahlung und welche Anlage ratsam ist. ❐

Kreisjugendring München-Land:

Jugendarbeit in Zeiten von Corona

Ist Jugendarbeit in Zeiten von geschlossenen Schulen, Jugendzentren und #stayathome überhaupt machbar? Diese Frage führte seit Beginn der Coronakrise zu vielen innovativen Lösungsansätzen in der Kinder- und Jugendarbeit beim Kreisjugendring München-Land.

In den diversen digitalen Arbeitsgruppen innerhalb des KJR werden viele Möglichkeiten für die Beziehungsarbeit in Zeiten von Social Distancing mit jungen Menschen erarbeitet und ausprobiert. Besonders das virtuelle Jugendzentrum ist dabei eine interessante Möglichkeit, sich online mit Freund*innen zu treffen, zu spielen, aber auch Rat bei den Pädagog*innen zu erfragen. Seit Anfang April sind die ersten Jugendtreffs, z. B. das Gleis 3 in Neubiberg und die Jugendkulturwerkstatt in Unterhaching, online. Über die Plattform Discord, mit denen viele Jugendliche über YouTube und das Gaming bereits vertraut sind, finden Teenager nun wieder einen neuen Aufenthaltsraum mit diversen Aktivitäten. Aber auch Beratungsangebote der Jugendsozialarbeit sind über (Video)chatformate möglich und umsetzbar. ❐

In die Zukunft investieren

Bezirk Oberbayern fördert mit einer Million Euro Gewinnung von Fachkräften
Programm startet für Ausbildungsjahr 2020/21

Geschlossene Gruppen in Heilpädagogischen Tagesstätten, freie Zimmer in Wohnangeboten für Menschen mit Behinderungen und Förderstätten, die nicht alle Plätze belegen können, obwohl es eine Warteliste gibt: Ursache ist bei allen Beispielen der Mangel an Fachkräften in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Abhilfe verspricht sich der oberbayerische Bezirkstag von einem mit einer Million Euro dotierten Programm, das 2020 die Gewinnung von Fachkräften erleichtern soll.

„Der Fachkräftemangel ist für den Bezirk Oberbayern ebenso wie für die Einrichtungen und Dienste der Eingliederungshilfe eine große Herausforderung", sagte Bezirkstagspräsident Josef Mederer. Das Gremium Gesundheits-, Sozial und Versorgungsplanung (GSV) habe deshalb die Arbeitsgruppe „Fachkräftemangel" ins Leben gerufen. Der Arbeitsgruppe gehörten neben Mitarbeitenden des Bezirks Oberbayern unter anderem Vertreterinnen und Vertreter der Wohlfahrtsverbände, des Bundesverbandes privater Anbieter (bpa) und der Regierung von Oberbayern an.

Ergebnis ist das mit einer Million Euro ausgestattete Programm „In die Zukunft investieren heißt in die Menschen investieren", das der Sozialausschuss jetzt beschlossen hat.

Das Programm zielt speziell auf die Gewinnung von Fachkräften in der Eingliederungshilfe ab. Bezahlte Praktika in Einrichtungen und Diensten für Menschen mit Behinderungen, aber auch in den Bereichen Psychiatrie, Sucht und Wohnungslosenhilfe, sollen dazu genutzt werden, um dauerhaft Fachkräfte zu rekrutieren und für die Arbeit in der Eingliederungshilfe zu begeistern.

Hintergrund ist, dass es in der Eingliederungshilfe nicht viele Möglichkeiten gibt, Praktikumsstellen beispielsweise für zukünftige Erzieherinnen und Erzieher oder Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zu finanzieren. So kommen diese für die Arbeit in den Einrichtungen und bei den Diensten so wichtigen Berufsgruppen während ihrer Ausbildung oft zu wenig mit diesen Einsatzfeldern in Berührung.

Angemessene Praktikumsvergütungen

Das neue Programm setzt genau hier an und möchte mit angemessenen Praktikumsvergütungen Auszubildende und Studierende bewusst in Einrichtungen der Eingliederungshilfe locken. „Wir halten Praktika für ein wirksames Instrument, um Menschen für die anspruchsvolle Arbeit in der Eingliederungshilfe zu gewinnen", erklärte Bezirkstagspräsident Mederer. „Deshalb refinanziert der Bezirk Oberbayern Praktikantengehälter in Einrichtungen und Diensten für Menschen mit Behinderungen. Dieses Programm ist ein Novum in der sozialen Landschaft."

Eine Million Euro für 75 Praktikumsstellen

Konkret stellt der Bezirk Oberbayern eine Million Euro für zirka 75 Praktikumsstellen im Ausbildungsjahr 2020/2021 bereit. Bei entsprechender Nachfrage und erfolgreicher Durchführung soll das Programm perspektivisch ausgeweitet werden können. Die Gehälter sind abhängig von der Ausbildungs- und Einrichtungsart. So finanziert der Bezirk für angehende Erzieherinnen, die ihr Anerkennungsjahr in einer Einrichtung der Eingliederungshilfe leisten, ein Praktikumsgehalt in Höhe von bis zu 23.000 Euro. Bei der Erzieherausbildung mit optimierten Praxisphasen (OptiPrax) sind es 19.000 Euro und beim Sozialpädagogischen Seminar im Rahmen der Ausbildung zum Erzieher bis zu 9.500 Euro.

Anerkennende Worte gab es für das Programm im Sozialausschuss besonders von den Sachverständigen der Wohlfahrtspflege. „Das ist für uns ein immens wichtiges Projekt", sagte beispielsweise Sibylle Fuhlbrügge, Referentin der Lebenshilfe in Oberbayern. „Damit haben wir endlich die Chance, mehr junge Menschen für unsere Arbeit zu gewinnen." ❐

Strategische Gestaltung der Personalpolitik

Bezirk Schwaben mit Zertifikat
zum audit berufundfamilie ausgezeichnet

Augsburg (pm). Erstmals erhielt der Bezirk Schwaben nun das Zertifikat zum „audit berufundfamilie" überreicht. Gewürdigt wird damit die strategische Gestaltung der Personalpolitik des Bezirks, die besondere Familien- und Lebensphasen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Blick nimmt. „Sowohl Familien mit Kindern, aber auch Mitarbeiter, die beispielsweise in der Pflege ihrer Angehörigen engagiert sind, stehen immer wieder vor Herausforderungen, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht", erläutert Bezirkstagspräsident Martin Sailer. „Im Rahmen der Corona-Krise hat sich nun überdeutlich gezeigt, wo die Rahmenbedingungen gerade auch für den Normalbetrieb künftig noch verbessert werden könnten, unter anderem, was das Home Office anbelangt."

Das Zertifikat, das als Qualitätssiegel für eine betriebliche Vereinbarkeitspolitik gilt, wird vom Kuratorium der berufundfamilie Service GmbH erteilt. Voraussetzung für die Zertifizierung ist das erfolgreiche Durchlaufen des dazugehörigen Auditierungsprozesses, in dem der Status quo der bereits angebotenen familiengerechten Maßnahmen ermittelt und das betriebsindividuelle Potenzial systematisch entwickelt wurde. Im Rahmen der Auditierung wurden nicht nur strategische Ziele, sondern auch konkrete Maßnahmen definiert, die in einer Zielvereinbarung festgehalten sind. Diese gilt es nun während der dreijährigen Zertifikatslaufzeit bedarfsgerecht zu realisieren. Die praktische Umsetzung wird von der berufundfamilie Service GmbH jährlich überprüft.

Der Bezirk Schwaben hatte dabei bereits gute Startvoraussetzungen, wie Birgit Zeitz von der Personalverwaltung ausführt: „Angebote wie die betriebseigene Kinderbetreuung, aber vor allem die flexiblen Arbeitszeitmodelle kommen Mitarbeitern sehr entgegen." Neu eingeführt wurde zudem – bereits vor Corona – die Ausweitung des Arbeitens im Home Office. Aber man möchte noch weitere Ziele erreichen, nicht zuletzt auch deshalb, um als Arbeitgeber wettbewerbsfähig zu sein. „So arbeiten wir an einer Dienstvereinbarung zur optimierten Regelung der Arbeitszeit", erläutert Birgit Zeitz. Darüber hinaus wird beim Bezirk Schwaben ein Personalentwicklungsangebot aufgebaut, das verschiedene Lebensphasen berücksichtigt. Einen hohen Stellenwert hat zudem ein bezirkseigenes Schulungsprogramm für Nachwuchskräfte, das bereits begonnen hat. ❐

Stadt und Stadtwerke Dinkelsbühl:

Kurzarbeit für Beschäftigte

Als nach eigenen Angaben erste Kommune in Bayern hat die Große Kreisstadt Dinkelsbühl im westlichen Mittelfranken in Folge der Corona-Krise Kurzarbeit für fast ein Drittel ihrer 250 Beschäftigten angeordnet. Dinkelsbühl ist stark touristisch geprägt, so dass die derzeitige Krise die Stadt sehr trifft. Hinzu kommen hohe Ausfälle im Theaterbereich und bei den Gewerbesteuereinnahmen.

Konkret sind von der Krise laut Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer insbesondere das Landestheater, der Touristik Service mit Tourist-Info sowie Hallenbad, Sauna und Freibad. Auch die Stadtbücherei, die Jugendpflege sowie einige Hausmeister und Reinigungskräfte können derzeit nicht oder nur in ganz geringem Umfang beschäftigt werden. Hinzu kommen bereits erfolgte und noch zu erwartende Einnahmeausfälle in einem gewaltigen Umfang, der jetzt noch nicht völlig abgeschätzt werden kann: Es fehlen Einnahmen im Theater, den Bädern, aus der Vermittlung von Unterkünften und Gruppenreisen, in weiteren Bereichen und letztlich Steuern und Beiträge.

Aufstockung auf 95 Prozent

Die Kommune wird das Kurzarbeitergeld in Höhe von 60 Prozent – bzw. 67 Prozent der Nettobezüge für Betroffene mit Kindern – auf 95 Prozent aufstocken. Die rund zehn Beamten unter den städtischen Bediensteten können nicht in Kurzarbeit gehen. Kurzarbeit im öffentlichen Dienst ist eine Rarität. Erst vor kurzem hatten die Tarifparteien einen entsprechenden Tarifvertrag auf den Weg gebracht, der diesen Weg ermöglicht.

Für Rathauschef Hammer war es wichtig, sofort zu reagieren, denn „jeder Tag ohne die staatliche Unterstützung bringt der Stadt ein weiteres, vermeidbares Defizit". Für die gute Kooperation mit dem Personalrat als Vertretung der Beschäftigten und der Agentur für Arbeit dankt er ausdrücklich. „Ohne sie wäre die Umsetzung der Kurzarbeit so schnell nicht möglich gewesen.

Die Dauer der Kurzarbeit hängt vor allem davon ab, wie lange die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu Einschränkungen bei Stadt und Stadtwerken führen. „Sobald es möglich ist, werden die Beschäftigungsverhältnisse wieder hochgefahren", machte Hammer deutlich. **DK**

Amtsübergabe in Aschaffenburg

Am 15. März wurde Dr. Alexander Legler mit deutlicher Mehrheit zum Nachfolger von Dr. Ulrich Reuter als Aschaffenburger Landrat gewählt. Aufgrund der momentanen Situation fand die Schlüsselübergabe lediglich amtsintern statt. „Ich weiß bei meinem Nachfolger Dr. Legler den Landkreis in guten Händen! Das macht mir den Abschied etwas leichter.", so Dr. Ulrich Reuter, der sich ab Mai neuen Aufgaben widmet. Dr. Legler, bisher 1. Bürgermeister der Stadt Alzenau, bedankte sich bei Dr. Reuter für dessen geleistete Arbeit und sein hervorragendes Engagement um den Landkreis Aschaffenburg. „Meinem Vorgänger wünsche ich für seine zukünftige Tätigkeit viel Erfolg und alles Gute", so der neue Landrat. „Ich übernehme einen sehr gut aufgestellten Landkreis und werde mich mit ganzer Kraft, viel Freude und Leidenschaft für diesen einsetzen!" Bild: LRA Aschaffenburg

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine: siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Rekordjahr im Landkreis Weissenburg-Gunzenhausen:

Nachhaltige Bewirtschaftung

Das Jahr 2020 hat die vorangegangenen – auch schon guten – Jahre für den Bayerischen Vertragsnaturschutz im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen noch einmal deutlich übertroffen: Die Landwirtinnen und Landwirte haben sich dazu verpflichtet, weitere 2.700 Hektar Fläche nachhaltig und auf ökologisch wertvolle Weise zu bewirtschaften. Die Gesamtfläche umfasst damit fast 4.000 Hektar. Über 1,5 Millionen Euro fließen ab 2020 zusätzlich nach Altmühlfranken.

Die Gesamtsumme, die ab diesem Jahr über das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) an landwirtschaftliche Betriebe im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen ausbezahlt wird, liegt bei über 2,1 Millionen Euro. Der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt auf den Wiesen und deren Bewirtschaftung, welche möglichst die ökologische Vielfalt fördern soll.

Durch den Verzicht auf jegliche Düngung in Kombination mit einem späten Schnittzeitpunkt, in der Regel ab dem 15. Juni oder 01. Juli, werden langfristig floristisch sehr wertvolle Wiesen erhalten oder neu geschaffen. Der Düngeverzicht ist auch zum Schutz und der Verbesserung von Wasserqualität und Gewässerökosystemen eminent wichtig.

Besonders erfreulich sind aus naturschutzfachlicher Sicht die rund 275 Hektar, die im Wiesenbrütergebiet, entlang der Altmühl abgeschlossen wurden. Gerade in diesem Bereich ist eine auf Ökologie, Naturverträglichkeit und Artenvielfalt abzielende Bewirtschaftung besonders wichtig. Das Hauptaugenmerk liegt hier auf dem Erhalt und den Schutz der Lebensräume für wiesenbrütende Vogelarten wie zum Beispiel Großer Brachvogel, Uferschnepfe, Bekassine und Kiebitz.

Um die Wiesenbrüter und deren Lebensraum zu schützen, ist auf den Flächen im Wiesenbrütergebiet eine Bewirtschaftungsruhe ab dem 15. März bis zum vereinbarten Schnittzeitpunkt einzuhalten. Dadurch werden Störungen der Altvögel bereits bei der Revierabgrenzung sowie bei der Brut und der Jungenaufzucht vermieden und die Chance auf eine erfolgreiche Brut erhöht.

Extensive Beweidung

Erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch der Abschluss von gut 208 Hektar Fläche, die ab diesem Jahr im Landkreis mit dem Messerbalken gemäht werden. Mit der Wahl eines Messerbalkens kann die Zahl der Tiere und vor allem der Insekten, die durch die Mahd getötet werden, deutlich reduziert werden. Anders als mit einem Kreiselmähwerk entsteht bei einem Messerbalken keine zusätzliche Sogwirkung. Daher wäre eine Steigerung der mit Messerbalken gemähten Flächen in den kommenden Jahren wünschenswert.

Den zweitgrößten Anteil der Maßnahmen und der Flächen nehmen die Beweidungsflächen ein. Hier wird über das Vertragsnaturschutzprogramm die extensive Beweidung „schwieriger“ Flächen gefördert. Solche Flächen sind zum Beispiel an den Hängen am Hahnenkamm und vor allem im Altmühl- und Anlautertal zu finden. Die Beweidung der mageren Hangstandorte erfolgt überwiegend mit Schafen und Ziegen, die so die Offenhaltung der sehr artenreichen Magerrasen gewährleisten.

Auch Äcker und Teiche sind förderfähig, wenn die entsprechenden Bewirtschaftungsauflagen eingehalten und die naturschutzfachlichen Ziele erreicht werden. Äcker müssten zum Beispiel brachgelegt werden, damit durch die Strukturanreicherung und eine verringerte Ansaatdichte die Vielfalt der Ackerkräuter gefördert wird. Aber auch Feldbrütern wie Feldlerchen oder Wiesenweihen würde dadurch die erfolgreiche Brut möglich werden.

Bei ökologisch wertvollen Teichen erreicht man die Lebensraumverbesserung für gefährdete Arten ebenfalls durch eine extensive Nutzung. Dies bedeutet, dass Besatzvorgaben oder ein vollständiger Nutzungsverzicht vereinbart werden.

Durch die außergewöhnlich hohe Nachfrage der Bewirtschafter in diesem Jahr und die sehr gute Ausstattung mit Haushaltsmitteln konnten viele Flächen außerhalb der üblichen, naturschutzfachlich besonders wertvollen Gebietskulissen, wie Naturschutzgebieten, Natura2000-Gebieten oder dem Wiesenbrütergebiet im Altmühltal, ins Programm aufgenommen werden.

„Dieses Jahr konnte somit ein erster Schritt zur Erreichung eines flächigen Biotopverbunds gemacht werden, indem der Naturschutz mehr in die Fläche gebracht wird und sich nicht nur auf die Hotspots im Landkreis beschränkt“, sagt Naturschutzfachkraft Helen Sylvestre von der Unteren Naturschutzbehörde am Landratsamt. „Wir freuen uns sehr über dieses besondere Engagement unserer Landwirtschaft im Landkreis und hoffen, dass wir uns auch 2021 wieder steigern können“, motiviert Helen Sylvestre abschließend. ❐

Im Vordergrund Soldaten mit Carsten Breuer (Generalmajor des Heeres der Bundeswehr), im Hintergrund (v.r.): Matthias Wenzel (Oberstleutnant, stellv. Leiter KVK Bamberg-Land), Dr. Susanne Paulmann (Gesundheitsamt), Landrat Johann Kalb, 1. Bürgermeister Burgebrach, Johannes Maciejonczyk. Bild: Landratsamt Bamberg

General zum Truppenbesuch im Landkreis Bamberg

Der Generalmajor des Heeres der Bundeswehr, Carsten Breuer, macht sich ein Bild von der Arbeit der Truppe im Corona-Einsatz

„Sie sind hier das Gesicht der Bundeswehr. Sie geben der Bundeswehr ein positives Gesicht. Dafür gilt Ihnen mein höchster Respekt. Das ist echt super, was Sie hier leisten!“ Der Generalmajor des Heeres der Bundeswehr und Kommandeur des Kommandos Territoriale Aufgaben der Bundeswehr, Carsten Breuer, würdigte am Mittwoch den Einsatz der Soldatinnen und Soldaten des Panzerbataillons 104 aus Pfreimd im Corona-Einsatz im Landkreis Bamberg. Landrat Johann Kalb hatte die Unterstützung angefordert, nachdem die Kapazitäten der zivilen Kräfte in Pflegeheimen erschöpft waren.

„Was fehlt Ihnen? Wie wurden Sie informiert? Was nehmen Sie sich vor?“ Der Generalmajor stellte den jungen Soldatinnen und Soldaten Fragen, um zu bewerten, wie sich Entscheidungen in Berlin vor Ort auswirken. „Sie geben einem Amtshilfeantrag ein Gesicht. Mir ist es wichtig, zu sehen, ob unsere Hilfe hier gut ankommt oder ob wir etwas besser, anders machen können.“

„Das, was ich gesehen habe, hat mich überwältigt“, so Generalmajor Breuer. Ich habe große Dankbarkeit gesehen. Dankbarkeit von zwei Seiten. Dankbarkeit von den Soldatinnen und Soldaten, die hier eingesetzt sind. Die mir gesagt haben, dass das sehr erfüllend ist, sich um alte Menschen zu kümmern. Sie haben mir gesagt, dass sie diese Erfahrung mit in ihr Leben hineinnehmen. Also sehr bereichernd für die Soldatinnen und Soldaten. Auf der anderen Seite habe ich von den Verantwortlichen vor Ort gehört, dass die Hilfe ankommt und dass diese Hilfe sehr geschätzt wird.“

„Wir helfen alle zusammen“

„Es ist nicht nur die Unterstützung unserer Pflegeeinrichtungen. Es ist auch das Signal, dass die Bundeswehr aussendet: Wir helfen alle zusammen, um diese Krise zu bewältigen“, dankte Landrat Johann Kalb für die schnelle und unbürokratische Hilfe: „70 helfende Hände, die hier eine unschätzbare humanitäre Leistung für unseren Landkreis vollbringen und denen beistehen, die jetzt unseren besonderen Schutz und Rückhalt brauchen, unsere Risikogruppen in den Alten- und Pflegeheimen.“

Seit vergangener Woche unterstützen 35 aktive Soldatinnen und Soldaten des Panzerbataillons 104 aus Pfreimd nahe der Stadt Cham in der Oberpfalz den Landkreis Bamberg in der Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Pandemie. Die Soldaten werden vorerst für sechs Wochen flexibel über den Landkreis in die jeweiligen Alten- und Pflegeheime verteilt und dort als Hilfskrankenpfleger eingesetzt, da die Kapazitäten der zivilen Kräfte mittlerweile erschöpft sind. Vor dem Einsatz erfolgt eine Corona-Testreihe an den Soldaten, um eine Ansteckungsgefahr für die Bewohner und das Pflegepersonal auszuschließen. ❐

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Man muss die Zeit einfach nutzen, die man jetzt – zumindest gefühlt – dazu bekommen hat. Mal was mit der Hand machen. Mal was, bei dem man das Ergebnis auch anfassen kann.“ Mein Chef, der Bürgermeister, überraschte uns mit diesem Lob des Haptischen nicht schlecht.

Sonst ist er ja nicht so der Typ Do-it-yourself. Er hat eine gehörige Portion Respekt vor der Leistung von Handwerkern und ehrlicherweise auch etwas Manschetten vor der Kritik aus dem Familienkreis, wenn eine seiner Konstruktionen nicht allen Erwartungen gerecht werden kann.

Und so richtig viel Zeit hat er in der Krise ja auch nicht. Videokonferenzen, Telefonschaltungen, Sitzungen von Stäben und die Diskussion von immer neuen Papieren, wie das Leben wieder normal werden kann und wie in unserer Stadt die Schäden der wirtschaftlichen und sozialen Zwangspause der vergangenen Wochen wieder einigermaßen überwunden werden können. Das hält ihn und uns im Rathaus ganz schön auf Trab, auch wenn es natürlich weniger Gremiensitzungen gibt, die Parteiarbeit außer im Cyberspace praktisch zum Erliegen gekommen ist und die vielen Pflichttermine bei Vereinen, auf Festen oder Veranstaltungen – gerade der Mai ist ja eigentlich ein Festmonat! – naturgemäß ausfallen müssen. Dazu kommen freilich die vielen Stunden, die er nicht im Auto oder in der Bahn sitzen muss, weil es so gut wie keine persönlichen Meetings mehr gibt.

Quarantäne – die hohe Zeit des Heimwerkers

Also hat er den Baumarkt und das Gartencenter entdeckt, in denen er sich regelmäßig Inspirationen holt, was er denn als nächstes anpacken könnte. Es wurde im Vorfeld ja ein wenig geätzt, was gerade an Bau- und Gartenmärkten die Systemrelevanz ausmachen sollte, die ihnen ein früheres Öffnen als anderen und größere Verkaufsflächen bescherte. Warum nicht Möbelhäuser, warum nicht Klamottenläden? Die Antwort ist einfach: Bau- und Gartenmärkte geben uns was zu tun. Sie bieten nicht nur die Möglichkeit zu passivem Konsum, auch wenn der Kauf einer schönen Lampe oder einer gemusterten Legging – dem musthave der Homeofficeära – durchaus glücklich machen kann.

Aber der Kübel Farbe und die Profigarnitur Rollen und Pinsel, mit denen man – ausgehend von der Gäste-Toilette, die als erstes Versuchslabor herhalten muss – das ganze Haus wieder auf Vordermann bringen will, beinhaltet ja noch viel mehr als nur ein Stück mehr im Regal oder im Kleiderschrank. In ihnen vereinigt sich die Freude über einen Schnäppchenkauf (zwei Pinsel zum Preis von einem) mit der Vorfreude auf ein gelungenes Werk. Sie sind der Ausgangspunkt von Planungen, Diskussionen im Familienkreis, Kreativität und Strategien zur Schadensminimierung, wenn sich herausstellt, dass die verkleckste Farbe sich doch nicht so leicht vom Parkettboden ablösen lässt, wie in der Werbebroschüre angekündigt.

Dann eben der Garten. Gras ist ja gut und schön, ebenso Hecken und ein paar Blumenrabatten, aber ein Obstgehölz würde dem Ganzen doch etwas mehr Pfiff geben. Oder warum nicht Rosen einpflanzen? Die spenden einen Hauch vom Romantik und Schönheit in den Vorgarten, den Thujen nunmal nicht verbreiten können. Aber welche Pflanze wohin pflanzen? Braucht sie direkte Sonne? Oder ist Schatten besser? Steht zwar alles im Internet, aber dort ist halt kein Plan des eigenen Gartens zu finden. Mühsam.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich in der Zeit der Schließung der Friseurläden zwar keinen Langhaarschneider gekauft, kennt aber eine Reihe von Leuten, die ziemlich kleinlaut wieder in den Salon ihres Vertrauens zurückgekehrt sind. So hat er mich auch gebeten, ihm doch bei Gelegenheit die Adresse eines guten Malers und eines geschickten Gärtners herauszusuchen, mit denen er gerne einige Ideen besprechen wollte, die ihm in jüngster Zeit gekommen seien. Das habe ich ihm versprochen und dabei schamhaft einen Werbespruch des Handwerks in meinen WhatsApp-Status eingefügt: „Am Anfang war Himmel und Erde – den Rest haben wir gemacht“.

Ihre Sabrina

„Unser Dorf hat Zukunft“

Erfolgsgeschichte geht trotz Verschiebung weiter

Unter dem Motto „Mitmachen – Dabei sein – Gewinnen!“ starteten im vergangenen Jahr 155 bayerische Dörfer in den 27. Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Der Zieleinlauf verzögert sich aber. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat coronabedingt den Wettbewerb um ein Jahr, von 2022 auf das Jahr 2023, verschoben.

Diese Entscheidung hat auch Auswirkungen auf den weiteren Verlauf des bayerischen Wettbewerbs, teilte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber mit. Die Gewinner auf Landkreisebene stünden zwar fest, momentan sei es in den Dörfern aber schwierig, sich mit aller Kraft und Energie auf die ausstehenden Wettbewerbe auf Bezirksebene vorzubereiten.

Verschiebung um ein Jahr

Deshalb wurde beschlossen auch die noch ausstehenden bayerischen Wettbewerbe jeweils um ein Jahr zu verschieben. Die Ministerin ist überzeugt, dass die Erfolgsgeschichte des Bayerischen Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ trotzdem weitergehen wird. Aber in Zeiten der Corona-Krise, können sich die Dörfer nicht optimal vorbereiten. Arbeitskreistreffen könnten nicht stattfinden, Ideen nicht verwirklicht werden. Jetzt würden häufig andere Prioritäten gesetzt.

Der Bezirksentscheid wird um ein Jahr auf das Jahr 2021 verschoben, entsprechend auch der Landesentscheid von 2021 auf das Jahr 2022. Die ermittelten bayerischen Landesieger nehmen am Bundesentscheid teil und werden von der Bundesbewertungskommission im Jahr 2023 bereist. Die Auszeichnung der Siegerdörfer soll im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2024 in Berlin stattfinden.

Weitere Bereisungen im Jahr 2021

Landwirtschaftsministerin Kaniber dankt allen bisher teilnehmenden Dörfern für ihr herausragendes Engagement und auch den Kreisfachberatern, die auch in der Vergangenheit viel für den Erfolg des Wettbewerbs beigetragen haben. „Ich wünsche allen teilnehmenden Dörfern, Akteuren, Organisatoren und Mitwirkenden viel Erfolg beim weiteren Wettbewerbsverlauf.“ Sie freue sich auf die Bereisungen auf Bezirksebene im Jahr 2021.

Bei der Aktion „Unser Dorf hat Zukunft“ werden besonders das Engagement der Bewohner und herausragende Ideen und Projekte zur zukunftsfähigen Entwicklung der Dörfer herausgestellt. Seit dem ersten Wettbewerb im Jahr 1961 beteiligten sich über 27.000 bayerische Dörfer an der Aktion.

Detailinformationen finden sich auch im Internet unter www.lwg.bayern.de/dorfwettbewerb. ❐

Freistaat fördert drei Projekte im Landkreis Günzburg

„Der Freistaat Bayern unterstützt mit fast 250.000 Euro drei Kunst- und Kulturprojekte im Landkreis Günzburg. Förderung aus dem Kulturfonds erhalten das Schulmuseum Ichenhausen und das Neue Theater Burgau“, teilte der Landtagsabgeordnete Alfred Sauter mit.

Für die Außenverschattung und Klimatisierung des Erweiterungsbaus des Schulmuseums erhält der Zweckverband Bayerisches Schulmuseum Ichenhausen in diesem Jahr 179.200 Euro und im kommenden Jahr 44.900 Euro. So ist beispielsweise künftig der Besuch der Dauerausstellung „Jüdische Schule in Bayern“ auch bei sommerlichen Außentemperaturen möglich.

Für die Ausstellung „Fleisch! – Jäger, Fischer, Fallensteller in der Steinzeit“ im Schulmuseum erhält Ichenhausen rund 10.000 Euro. Das Neue Theater Burgau kann sich über 15.500 Euro aus dem Kulturfonds 2020 für die Aufführung „Adelheid Markgräfin von Burgau“ freuen.

Sauter hatte sich nachhaltig dafür eingesetzt, dass Fördermittel aus dem Kulturfonds in seinen Landkreis fließen und zeigt sich erfreut über die Unterstützung: „Auch in Zeiten von Corona zeigt sich der Freistaat einmal mehr als verlässlicher Partner der Kulturförderung. Im Landkreis Günzburg können somit wichtige Impulse zur Bereicherung unserer vielfältigen Kulturlandschaft gesetzt werden.“ ❐

Gemeinsam gegen die Ausbreitung

Im LRA München arbeiten die Fachkräfte bereichsübergreifend an der Eindämmung der Pandemie

Seit fast acht Wochen gilt in Bayern nun der Katastrophenfall. Ausgangsbeschränkungen regeln weite Teile des öffentlichen und privaten Lebens. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, auch die Behörden im Freistaat befinden sich durch das Coronavirus in einer Ausnahmesituation.

Im Landratsamt München sind flexible Sonderstrukturen entstanden, um das Infektionsgeschehen im Landkreis bestmöglich zu kontrollieren. Herzstück der Sonder-Organisationsstruktur Infektionsschutz ist der Koordinierungsstab. Er bildet die Schnittstelle, an der alle Informationen sowohl aus dem administrativ-organisatorischen als auch aus dem operativ-taktischen Bereich zusammenlaufen. Die administrative Leitung des Gremiums obliegt der Referatsleitung Kommunales und Verbraucherschutz, in deren Zuständigkeitsbereich auch der Vollzug des Gesundheitsrechts liegt. Die medizinische Leitung liegt bei der ärztlichen Leitung des Gesundheitsamts.

Zu den weiteren Mitgliedern des Koordinierungsstabs gehören die Leitung der Führungsgruppe Katastrophenschutz, Vertreter der Bereiche Infektionsschutz (Vollzug), Personal und Organisation sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Je nach Bedarf werden weitere interne und externe Experten hinzugezogen.

In diesem Gremium werden mehrmals wöchentlich die aktuelle Lage skizziert, notwendige Maßnahmen wie etwa die Beschaffung von Schutzausrüstung oder die Lage in den Teststationen besprochen und Aufgaben an die jeweiligen Verantwortlichen delegiert, um weitere Schritte in die Wege zu leiten. Auf taktisch-operativer Ebene übernehmen darüber hinaus Gesundheitsamt, Infektionsschutz und Führungsgruppe Katastrophenschutz zahlreiche Aufgaben im eigenen Zuständigkeitsbereich. Wie im Koordinierungsstab gibt es auch hier zahlreiche Schnittstellen und Querschnittsfunktionen.

So kümmert sich das Gesundheitsamt unter anderem um die Betreuung der Pflegeeinrichtungen im Landkreis, leitet die Fallsteuerung, ermittelt aus den Rückmeldungen der Ärzte und Labore positive und negative Fälle, führt die Übersicht über das gesamte Infektionsgeschehen im Landkreis und beantwortet die zahlreichen Anfragen aus Kommunen, von niedergelassenen Ärzten und von Betroffenen. Zudem treffen die Ärzte des Gesundheitsamts medizinisch-fachliche Einschätzungen zu vorgeschlagenen Maßnahmen und Regelungen und beurteilen die Lage gegenüber Medien und Öffentlichkeit. Unterstützt werden sie in ihren Aufgaben von den Kollegen aus dem gesundheitsrechtlichen Vollzug, die die operativen Aufgaben des Infektionsschutzes übernehmen. So koordinieren sie beispielsweise über den eigens installierten Versorgungsarzt die gemeindlichen Testzentren. Daneben läuft auch die Beauftragung der 29 kreisangehörigen Kommunen zur Ermittlung der Kontaktpersonen der bestätigten Infektionsfälle im Landkreis München unter der Federführung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes.

Die Führungsgruppe Katastrophenschutz, die seit der bayernweiten Ausrufung des Katastrophenfalls auch im Landkreis München in voller Einsatzstärke zusammengetreten ist, kümmert sich neben den FüGK-typischen Aufgaben wie Dokumentation der Lage und deren Übermittlung an die übergeordneten Behörden derzeit unter anderem intensiv um die Beschaffung ausreichender Mengen an persönlicher Schutzausrüstung für Bedarfsträger des Gesundheitswesens sowie für weitere Bedarfsträger der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, wie z.B. die Feuerwehren. Zudem bildet die FüGK des Landkreises auch die Schnittstelle zum Ärztlichen Leiter, der für Stadt und Landkreis München die Belegung und Auslastung der örtlichen Krankenhäuser steuert. Mehr als 80 Personen sind derzeit innerhalb dieser Organisationsstruktur überwiegend mit der Bewältigung der Pandemie auf Landkreisebene befasst.

Der gesamten Sonderorganisationsstruktur übergeordnet ist als politisch Verantwortlicher Landrat Christoph Göbel, der vom Nutzen der zeitlich begrenzten Sonderstrukturen überzeugt ist: „Natürlich ist das Wesen einer Behörde und auch ihre Stärke die klare Zuweisung von Zuständigkeiten. Im Tagesgeschäft funktioniert das auch wunderbar. Aber in besonderen Lagen und noch einmal mehr in Krisensituationen wie der aktuellen Pandemie müssen viele Rädchen ineinandergreifen, damit wir den Herausforderungen effizient begegnen können. Über klar definierte Zuständigkeiten und direkte, unkomplizierte Abstimmung innerhalb der flexiblen Organisationsstruktur sind wir als Kreisverwaltungs-, sowie Untere Staatsbehörde auch in der aktuellen Ausnahmesituation in der Lage, schnell und agil auf sich ändernde Voraussetzungen und neue Entwicklungen zu reagieren. Der regelmäßige Informationsaustausch erlaubt es uns darüber hinaus, mit dem nötigen Weitblick die Auswirkungen der aktuellen Situation so früh wie möglich zu erkennen und vorausschauend die nächsten Schritte in Angriff zu nehmen“, so der Landrat.

Aber auch abseits der konkreten Pandemie-Bewältigung haben sich in vielen anderen Arbeitsbereichen die Aufgabenschwerpunkte durch das Coronavirus verlagert, wie z.B. im Jobcenter oder in der Wirtschaftsförderung. Dennoch ist die Behörde selbstverständlich auch weiterhin zu den gewohnten Zeiten für die Bearbeitung regulärer Anliegen erreichbar – wenn auch derzeit bevorzugt telefonisch und per E-Mail. ❐

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11, die am 28. Mai 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Kommunale Energiethemen**
- **Kommunale Finanzthemen**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Kommunaler Bau**
- **Handwerkliche Dienstleistungen**
- **Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude**

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN
juwi
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau.
Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910
Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß ▪ 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS
Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen
PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas
informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW®
Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach
mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen
(ab 3.000 m³/h Luftleistung)
GSWT®
- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: SaturnArena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.d
www.krenzer-sitzmoebel.d